

Schwerpunktausgabe **Direkte Demokratie**

Justiz sieht Grassers Geldkoffer-Version als widerlegt an

Schwiegermutter war laut Protokoll nicht zur behaupteten Geldübergabe in Schweiz

Wien – Die Staatsanwaltschaft bringt Karl-Heinz Grasser im Buwog-Verfahren in Bedrängnis. Sie will nach STANDARD-Informationen herausgefunden haben, dass die vom Exfinanzminister vorgetragene Version, wonach er eine halbe Million Euro von seiner Schwiegermutter erhalten und im Geldkoffer nach Wien gebracht habe, nicht stimmen könne. Der Grund: Zu dem von Grasser angegebenen Zeitpunkt befand sich Marina Giori-Lhota gar nicht in der Schweiz, so die Staatsanwaltschaft.

Das ist deshalb relevant, weil die Justiz vermutet, dass es sich bei dem Geld um Provisionen aus dem Buwog-Verkauf handle. Die

Staatsanwaltschaft beruft sich laut dem Akt auf Aufzeichnungen von Giori-Lhota über ihre Aufenthalte, die diese aus steuerlichen Gründen führe. Grasser bleibt bei seinen Angaben zum Geldtransfer, sein Anwalt meint, die Angaben der Schwiegermutter müssten nicht stimmen. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Hart geht die Justiz auch im finanzstrafrechtlichen Verfahren gegen Grasser vor, in dem es um 2,8 Millionen Euro geht. Zur Nachzahlung tragen die Leasing-Sonderkonditionen für den Porsche 911 C 4 bei, bei dem 23.469 Euro nicht versteuert worden sein sollen. Für Aufregung sorgt dabei ein Schreiben von Ex-Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, in dem sich dieser herzlich bei Grasser für die Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens bedankt. (red) Seite 23

HEUTE



Manager unter Druck

Trends in der Weiterbildung und Anleitungen für gutes Management in unsicheren Zeiten.

10 Seiten ManagementStandard

Scheuch zahlt für „Kröte“

Kärntens Vizelandeshauptmann Kurt Scheuch teilt beim Richter seines Bruders verbal aus und muss 6600 Euro Strafe zahlen. Seiten 15, 44

Raiffeisen: Betrugsanzeige

Der vor Jahren getätigte Verkauf der Raiffeisen-eigenen IT-Gesellschaft Syscom an die Spot AG beschäftigt nun die Strafjustiz. Seite 25

STANDARDS

NetBusiness, Wissenschaft . . .	12
Sport	22
Kommunikation, Blattsalat . . .	34
Veranstaltungen	38, 39
TV, Switchlist	40, 41
Kunstmarkt, Reise, Rätsel A 5 – A 8	
Sudoku	K 19
Wetter	24

Westen:	Süden:	Osten:
-9 bis +1°	-9 bis -1°	-5 bis -3°

Nachrichten in Echtzeit auf **derStandard.at**



IWF: Griechenland braucht weiteren Schuldenschnitt

Washington – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat neue Bedenken bezüglich des griechischen Rettungsprogramms angemeldet. Zur Sanierung des Haushaltes benötige das Land „aus heutiger Sicht“ einen weiteren Schuldenschnitt, heißt es in einem am Freitag veröffentlichten IWF-Papier. Der Fonds bringt einen Erlass der bilateralen Griechenlandkredite der Euroländer ins Spiel, was Österreich mit maximal 1,56 Milliarden Euro trafe. (red) Seite 27

Was noch stinkt

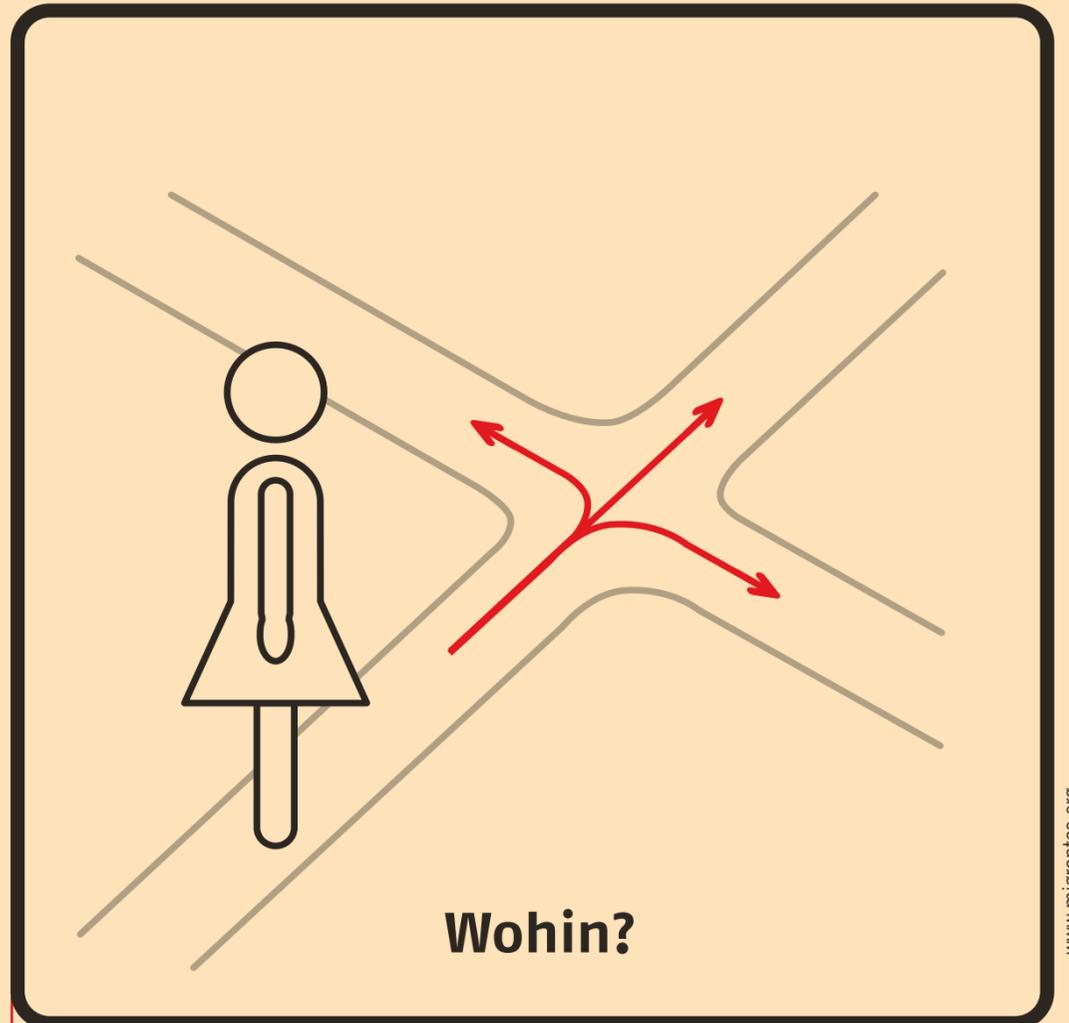
Der Richter im Mensdorff-Pouilly-Prozess begründete den Freispruch wegen Geldwäsche so: Die Sache stinkt, aber nicht genug für eine Verurteilung.

Nun, es stinkt noch so einiges im Staate Österreich. Eine unvollständige Auswahl: Der Eurofighter-Komplex ist nicht einmal ansatzweise ausgeleuchtet; in die Entscheidung über diesen Milliardenkauf waren jedenfalls Kanzler

RAU

Schüssel (VP), Finanzminister Grasser (damals FP), Verteidigungsminister Scheibner (FP), Rumpold (FP-naher Werber) und etliche andere involviert; der Komplex Grasser/Meisberger/Plech/Buwog geht inzwischen ins fünfte Jahr. Ob es zu einer Anklageerhebung wegen Bereicherung kommt, ist unklar, ein Prozess wegen Steuer-

hinterziehung scheint jedoch wahrscheinlich. Im Telekom-Austria-Komplex ist die Anklage gegen den ehemaligen FPÖ-Funktionär Gernot Rumpold und andere fertig. Zahlreiche andere Manager und Politiker stehen in Sachen Telekom in Untersuchung. Der ehemalige Haider-Sekretär Koloini hat demnächst seinen Prozess (Staatsbürger-schaft gegen Geld – wie bei Uwe Scheuch). Rund um den „Blaulicht“-Funk bestehen bei Ernst Strasser und Alfons Mensdorff-Pouilly Gerichtsverfahren. Die Inseratenaffäre rund um Kanzler Faymann und Staatssekretär Ostermayer riecht wirklich nicht gut, muss aber nicht strafrechtlich relevant sein. Die Justiz hat jedenfalls noch genug zu schnuppern.



Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir haben die Volksbefragung zur Wehrpflicht zum Anlass genommen, uns intensiv mit dem Thema „Direkte Demokratie“ zu befassen. Es ging uns darum, nicht nur einen Befund zum Zustand der Demokratie in Österreich vorzulegen, sondern auch internationale Beispiele vorzustellen. Wir verweisen aber auch auf die Kehrseiten plebiszitärer Abstimmungen.

Das Konzept der Schwerpunktausgabe – ein Thema zieht sich durch die ganze Zeitung – ist bekannt. Auch diesmal waren Bettina Stimedter und Rudi Reiterer für die Koordination und Gestaltung verantwortlich. Die Bildsprache stammt vom Künstlerinnenkollektiv Migrantas, über das sie mehr auf Seite 36 erfahren. Diesmal gibt es eine Neuerung: Wir haben unsere Leser und User eingeladen mitzureden und die Frage gestellt: Welche Themen interessieren Sie? Diese Anregungen haben wir in der Ausgabe besonders ausgedrückt. Mehr über das Projekt, das Anita Zielina betreut hat, lesen Sie auf den Seiten 3 und 42. Danke für Ihr Mitleid!

Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin

Österreicher nach Geiselnbefreiungsaktion in Algerien wohlauf

Algier – Der Österreicher, der unter den Geiseln auf dem algerischen Gasfeld In Amenas war, ist nach der blutigen Befreiungsaktion vom Donnerstag wohlauf, wie das Außenministerium bestätigte. Am Ort des Geschehens war die Lage am Freitag weiter unübersichtlich. Algerien sprach davon, dass 650 Geiseln befreit worden seien, darunter 100 der 132 Ausländer. In einem Teil der Anlage wurden weiterhin Terroristen vermutet. (red) Seite 9, Kopf des Tages Seite 44

Frühling
Sommer
Herbst
Jänner

Verkürzt den Winter.
Die Kopfraumheizung AIRSCARF,
auf Wunsch im neuen SL.



Mercedes-Benz

Österreichs Politiker halten Distanz zum Volk

Ein Packerl gegen das Diktat der Parteien

Marionetten der Parteizentralen statt Anwälte von Bürgerinteressen: Viele Wähler fühlen sich von den Politikern ignoriert. Die Koalition will die Entfremdung mit einem Demokratiepaket bekämpfen. Doch Kritiker sehen nur Kosmetik.

Gerald John

Es gibt Momente in der Politik, da erliegen sogar abgebrühte Routiniers einem Anflug von Sentimentalität. „Vergessen Sie mir nicht auf die Vorzugsstimmen“, mahnt Josef Cap und unternimmt einen Exkurs in die Achtzigerjahre. Damals hatte der Jungsozialist so viele persönliche Stimmen ergattert, dass er, obwohl vom Parteiestablishment auf Platz 46 der Wahlliste verräumt, ins Parlament einzog. 62.457 waren es, weiß Cap noch ganz genau.

Ein Herzensanliegen sei es ihm, dass so ein Husarenstück künftig einfacher wird, sagt der zum SP-Clubobmann aufgestiegene Ex-Rebell. Helfen soll jenes Demokratiepaket, das die Koalition noch im Jänner im Verein mit der Opposition unter Dach und Fach bringen will (Details siehe unten).

Gesucht werde ein „taugliches Rezept“, sagt Caps ÖVP-Pendant Karlheinz Kopf, um die „Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern“ zu bekämpfen.

Diese Verdrossenheit entzündet sich nicht zuletzt an der Allmacht der Parteien, die im Wahlsystem angelegt ist: Die Bürger verteilen zwar ihre Stimmen, doch welche Personen in die Parlamente kommen, entscheiden in der Regel die Parteien. „Wer kennt schon die Nummer zwei oder drei auf den Kandidatenlisten?“, fragt der Wahlforscher Peter Filzmaier rhetorisch. Was als Immunisierung gegen Führerkult historisch wohl begründet war, führe heute, nach Jahrzehnten stabiler Demokratie, zur vielbeklagten Distanz zwischen Volk und Vertretung.

Die Folgen kennt Heinrich Neisser aus leidvoller Erfahrung. Oft genug habe er in Parteivorständen miterlebt, erzählt der ehemalige ÖVP-Politiker, dass Wahlkandidaten nicht nach Kompetenz, sondern nach „Seilschaften, Cliques, Pfründen“ ausgesucht wurden: „Akzeptierst du meinen Indianer, akzeptiere ich deinen.“ Kein Wunder, dass viele der angeblich freien Mandatare nicht nur bescheidene Qualität verkörpernten, sondern auch devot dem Diktat der Parteizentralen folgten: „Noch nie war das Parlament so unbedeutend. Es mangelt an Selbstwertgefühl.“

Als Gegenmittel fordert die Initiative MeinOE bei ihrem „Demokratiebegehren“ im April eine Wahlrechtsreform: Die Hälfte der Abgeordneten soll in Wahlkreisen, wo nur ein Mandat vergeben wird, direkt gewählt werden. Eine moderate Version praktizieren die Deutschen, die Erststimmen für Direktkandidaten abgeben können. Kalkül: Abgeordnete müssten sich dann stärker am Willen ihrer persönlichen Wähler orientieren als an der Parteilinie.

Doch so weit wagen sich Österreichs Politiker nicht vor. Das „Demokratiepaket light“ (Filzmaier) senkt lediglich jene Schwellen, ab denen Kandidaten mit vielen Vorzugsstimmen Wahllisten auf den Kopf stellen können (siehe unten). Die Hürden seien immer noch viel zu hoch, kritisiert Neisser: „Keine Partei ist bereit, ihren Machtbereich aufzugeben.“

User „herrkleemann“ wollte wissen: „Wozu noch Parteien, wenn wir alles via Volksabstimmung beschließen könnten?“

Die Initiative MeinOE bei ihrem „Demokratiebegehren“ im April eine Wahlrechtsreform: Die Hälfte der Abgeordneten soll in Wahlkreisen, wo nur ein Mandat vergeben wird, direkt gewählt werden. Eine moderate Version praktizieren die Deutschen, die Erststimmen für Direktkandidaten abgeben können. Kalkül: Abgeordnete müssten sich dann stärker am Willen ihrer persönlichen Wähler orientieren als an der Parteilinie.



In Summe findet der MeinOE-Aktivist nichts „Substantielles“ im Reformvorschlag: „Es fehlt Courage. Das ist kein Paket, sondern ein Packerl.“

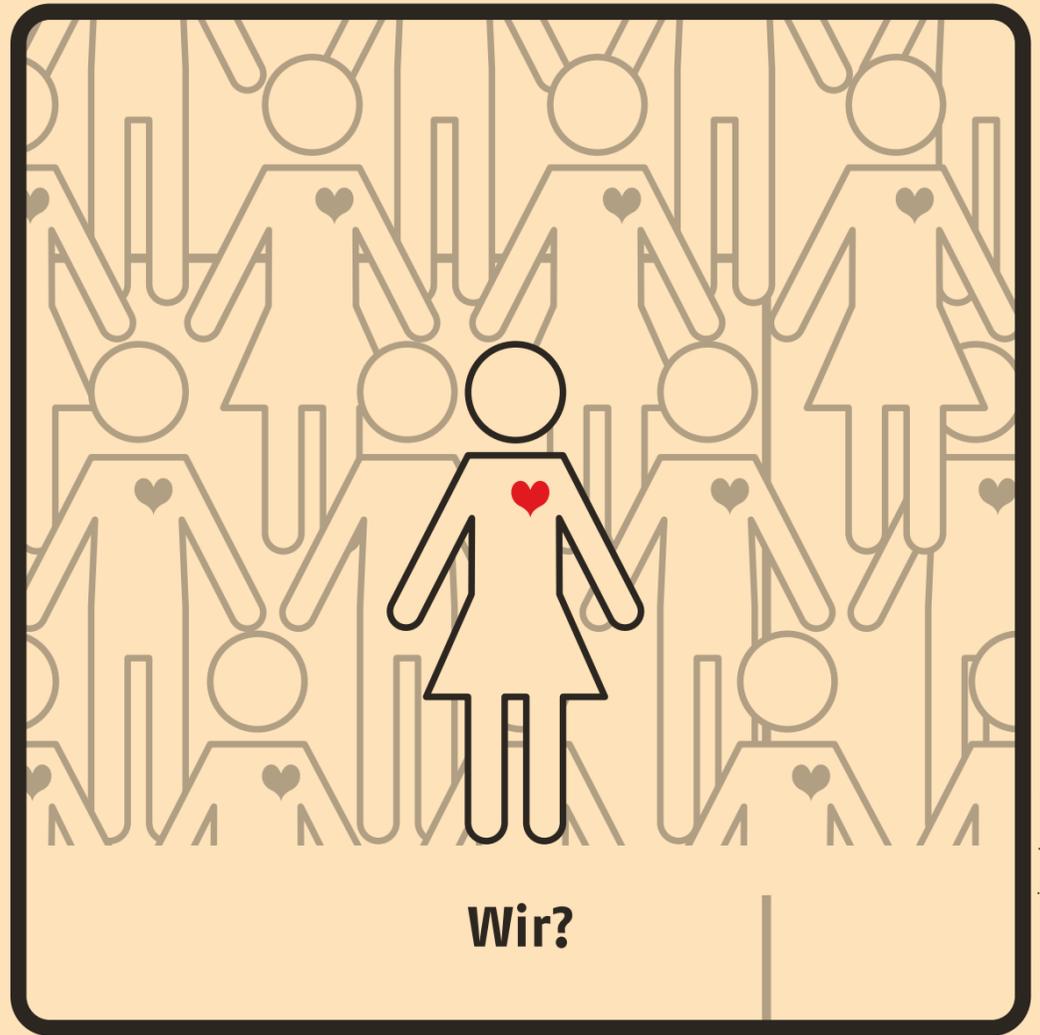
Unter den Erwartungen blieb auch jener Teil, der den von der Politik meist ignorierten Volksbegehren mehr Schlagkraft verleihen soll. Alle vier Oppositionsparteien vermissen einen Automatismus, der solche Initiativen ab einer gewissen Zahl von Unterstützern in eine Volksabstimmung

münden lässt; das „lieblose Notfallpaket“ (FPÖ-Mandatar Harald Stefan) sieht „nur“ Verpflichtungen für gebührende Debatten im Nationalrat vor. „Erfinder“ Cap sieht darin nichtsdestotrotz ein vom Parlament selbst auferlegtes „Druckszenario“ mit „Zwang zum Konsens“, die Grüne Daniela Musiol hingegen „Selbstverständlichkeiten“, die das Etikett „Reform“ nicht verdienen.

Laut Musiol hat sich die SPÖ gegen einen Automatismus für Volksabstimmungen gesträubt, dem Vernehmen nach gibt es aber Vorbehalte quer durch alle Lager: etwa weil bei simplen Ja/Nein-Entschei-

dungen Minderheitenmeinungen auf der Strecke blieben und vor allem (reiche) Populisten mit rabiaten Kampagnen profitieren könnten. Dennoch kündigt VP-Klubchef Kopf einen neuen Anlauf in Sachen Automatik an.

Kann schon der bis dato erzielte Kompromiss gegen die Politikverdrossenheit helfen? Der Politologe Anton Pelinka sieht zumindest eine „taugliche Therapie von Oberflächenproblemen“. Allerdings sollte die Politik die Instrumente der direkten Demokratie auch als solche ernst nehmen: „Die Erfahrung zeigt, dass Parteien Volksbegehren kidnappen.“



www.migrantas.org

Bessere Chancen für populäre Wahlkämpfer

Demokratiepaket verspricht mehr Wirkung für Vorzugsstimmen und Volksbegehren

Am 30. Jänner will die Koalition ihr Demokratiepaket im Nationalrat besiegeln: Eine Reihe von Reformen soll die Politik bürgernäher machen.

■ **Wahlrecht** Revolutionen auf den Kandidatenlisten der Parteien sind schon bisher möglich: Wer bei Wahlen genügend Vorzugsstimmen sammelt, kann sich in Landes- und Regionalwahlkreisen an die Spitze katapultieren. Allerdings waren die Hürden hoch.

Künftig können Kandidaten auch bundesweit sammeln, sieben Prozent der Parteistimmen bedeuten das Ticket nach vorn. Auf Landesebene reichen zehn Prozent der Wahlkreisstimmen, auf regionaler Ebene 14 Prozent.

■ **Volksbegehren** 100.000 Unterstützer garantieren eine Sonder-sitzung im Nationalrat inklusive Vorberatung in einem besonderen Ausschuss. Absolut Novum: Die Initiatoren bekommen ein Rede-recht im Plenum. Außerdem gibt es die Möglichkeit, Volksbegehren elektronisch zu „unterschreiben“ – eine große Vereinfachung. Unter

anderem dafür ist eine zentrale Wählerevidenz im Innenministerium geplant.

■ **Bürgeranfrage** Finden sich mindestens 10.000 Menschen zusammen, können diese, ebenfalls elektronisch, eine Bürgeranfrage stellen. Die Regierung verspricht Antworten in eigenen Fragestunden im Nationalrat. Pro Jahr sollen vier derartige Veranstaltungen im Hohen Haus stattfinden.

Der Beschluss von Bürgeranfrage und Volksbegehrensreform ver-

langt eine Mehrheit von zwei Dritteln im Nationalrat. SPÖ und ÖVP wollen die Opposition aber für das ganze Paket an Bord haben, am 25. Jänner wird verhandelt. FPÖ, Grüne, BZÖ und Team Stronach sehen allesamt keinen großen Wurf und verlangen mehr – etwa dass Volksbegehren ab einem gewissen Erfolg automatisch zu einer Volksabstimmung führen. Problem: Jede Partei wünscht sich die kritische Grenze auf einer anderen Höhe. (jo)



Nahm sich selbst als Vorbild für die Reform: Josef Cap anno 1982, vor dem Sprung ins Parlament dank Vorzugsstimmen.

Foto: Votava

GLOSSAR

In der Bundesverfassung sind drei Elemente direkter Demokratie verankert:

■ **Das Volksbegehren** ist eine Form der Gesetzesinitiative. Es ist ein Weg für Bürger, selbst ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. 100.000 Stimmberechtigte oder je ein Sechstel der Stimmberechtigten dreier Länder können auf diese Weise einen Vorschlag im Nationalrat einbringen. Das Verfahren gliedert sich in drei Abschnitte: das Einleitungsverfahren (Beantragung beim Innenministerium), das Eintragungsverfahren (alle Wahlberechtigten können sich eintragen) und das Ermittlungsverfahren (die Bundeswahlbehörde stellt das Ergebnis fest). Die Abgeordneten müssen dann von Fall zu Fall über eine Umsetzung beraten.

■ Bei einer **Volksabstimmung** wird das ganze Volk zu einem Gesetzesbeschluss des Nationalrats befragt. Das Verfahren wird nur bei wesentlichen Fragen eingesetzt, und sein Ergebnis ist – anders als bei Volksbegehren oder Volksbefragung – bindend. Bei einer Gesamtände-

rung der Bundesverfassung ist eine Volksabstimmung verpflichtend. Bisher wurde dieses Instrument in Österreich zweimal genutzt. Im Jahr 1978 wurde über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf abgestimmt (50,5 Prozent stimmten mit Nein). Im Jahr 1994 wurde positiv (66,6 Prozent) für den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union abgestimmt.

■ Eine **Volksbefragung** dient dazu, vor der Beschlussfassung eines Gesetzes die Meinung der Bevölkerung einzuholen. Die Politik muss dieser jedoch nicht folgen (im Fall der Wehrpflichtvolksbefragung hat sich die Regierung auf die bindende Wirkung geeinigt). Grundsätzlich soll die Haltung der Bevölkerung ergründet werden. Die Fragestellung hat entweder aus einer mit Ja oder Nein zu beantwortenden Frage oder aus zwei alternativen Lösungsvorschlägen zu bestehen. Die Durchführung ist von einer Mehrheit des Nationalrats zu beschließen. Die Wehrpflichtbefragung ist die erste bundesweite. (mika)

Neue politische Gruppen versprechen mehr Mitbestimmung

Piraten, Neos und andere Wutbürger

Frust über die bestehende Parteienlandschaft, Mitbestimmung, die erst durch das Internet möglich wurde oder einfach eine sichtbare Plattform für Nicht- und Weißwähler – neue Parteien locken vor allem mit dem Versprechen der direkten Demokratie.

Zahlreiche neue Kleinparteien, Initiativen und Bürgerbewegungen drängen seit Monaten auf die politische Bühne. Mehr als 900 sind es bereits. Mit im Gepäck führen die meisten von ihnen die Zusage, direkte Demokratie viel besser umsetzen zu können, als es die etablierten Großparteien vermögen.

Zu festgefahren seien diese, zu gefangen in ihren starren Netzwerken der Macht. Unmittelbare Teilnahme an politischen Entscheidungen soll den Bürger von seinem Schicksal als Zaungast erlösen. Direkte Demokratie, so das verlockende Versprechen, sei der Schlüssel zu Transparenz und ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit.

Doch der Wunsch, das Volk entscheiden zu lassen, treibt nicht nur die Kleinparteien an – auch die FPÖ und Teile der Grünen wollen via Volksabstimmung Gesetze am Parlament vorbei erzwingen lassen. Eine potenzielle Gefahr dieser Direktlegislative sei etwa das Erstarken der Boulevard-Medien, befürchten Experten. Auch die Frage, wer für Fehlentscheidungen durch das Volk die Verantwortung übernimmt, bleibt vorerst unbeantwortet.

Einige der jüngst entstandenen Parteien haben durchaus Potenzial, viele Wähler für sich zu gewinnen. Vor allem frustrierte Weiß- und Nichtwähler könnten in ihnen eine neue politische Heimat finden. Hier eine Auswahl:
Die Piraten: Beflügelt von den Erfolgen der Piraten in Deutschland,

wurden sie schnell zur Pionierpartei für direkte Demokratie. Jeder soll über alle Beschlüsse mitbestimmen können, möglich gemacht über Liquid Democracy (siehe Artikel unten). So soll es neben dem bedingungslosen Grundeinkommen etwa jedes Quartal Volksabstimmungen geben, für die die Bürger selbst die Themen vorgeben. Doch was in Deutschland nicht so richtig gelingen will, bringt auch die Piraten in Österreich ins Strudeln:

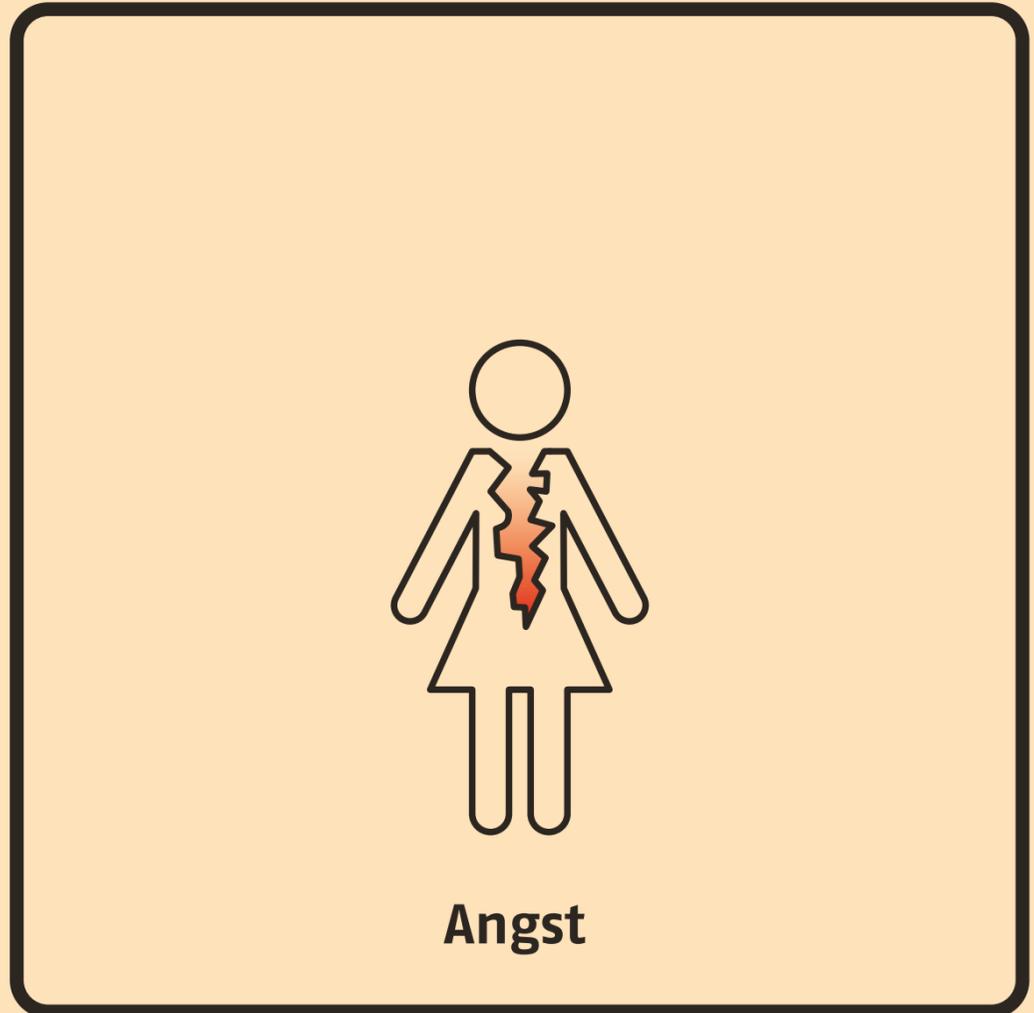
Viele Leser wollten wissen: „Was machen die Piraten im Bereich Mitbestimmung eigentlich anders als klassische Parteien?“

Machtkämpfe und die nicht immer einfache Umsetzung der Basiswünsche führten zu mehrmaligen Partei-austritten und Abspaltungen.

Dort wo Transparenz auf herkömmliche Gremien stößt, kann es zu neuen rechtlichen Fragen kommen. Philip Pacanda, der Pirat, der nun in den Grazer Gemeinderat einzieht, weiß das. Wie etwa macht er Abstimmungen im Klub bei vertraulichen Unterlagen? „Wir werden versuchen datenschutzrelevante Details in eine neutrale Sprache zu übersetzen, bevor sie ausgeschickt werden.“

Im Klartext heißt das: Wenn etwa die Stadt mit einem Privaten um ein Grundstück verhandelt, wird dessen Name gestrichen, bevor alle Piraten und damit alle Grazer, die das möchten, im Internet mitlesen können.

Die Neos: Während viele Kleinparteien vor allem die Landtagswahlen aufmischen wollen, steckt sich „Neos – Das Neue Österreich“ hohe Ziele: zehn Prozent bei den Nationalratswahlen. Das soll ge-



Angst

www.migrantas.org

meinsam mit dem Liberalen Forum (LIF) gelingen – die Kleinparteien verhandeln derzeit einen Kooperationsvertrag, um im Herbst als Wahlplattform anzutreten. „Wir wollen in die Regierung“, sagt Neos-Vorsitzender Matthias Strolz, ehemals ÖVP. Die von ihm im Oktober 2012 gegründete Partei hat inzwischen mehr als 1000 Mitglieder, das Credo: „Neue Köpfe, neuer Stil, neue Politik.“ Kernthemen sind etwa parteipolitische Entfesselung der Schulen, Stär-

kung des Parlaments, Personenwahlrecht und Abschaffung der Landtage, wenn die Länder keine finanzielle Eigenverantwortung übernehmen.

Die Mutbürger: Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von rund zehn Parteien und Initiativen, die bei der Landtagswahl in Niederösterreich und bei den Nationalratswahlen antreten wollen – sofern sie die Unterstützungserklärungen (50 pro Gemeinde beziehungsweise 2600 für

Österreich) zusammenbekommen. Das gilt natürlich für alle Kleinparteien. Einer der Mutbürger-Partner ist die **Onlinepartei**, die zu Jahresende eine Abstimmungsplattform vorgestellt hat.

Die unzufriedenen Österreicher: Sie sind eine klassische Protestpartei. Sie wollen in keine Regierung, aber den Weiß- und Nichtwählern eine Signalwirkung bieten und mit deren Stimmen einen Machtverlust für die Großparteien erzielen. (juh, mika, cms)

Dialog als journalistisches Grundprinzip

Liquid Democracy ermöglicht Kommunikation mit den Lesern auf Augenhöhe

Anita Zielina

Am Anfang stand eine simple Idee der STANDARD-Chefredaktion: Was, wenn wir Leser und User mitentscheiden lassen, welche Texte für die Schwerpunktausgabe zur direkten Demokratie letztendlich recherchiert und geschrieben werden? Wir wollten nicht nur über Mitbestimmung reden, sondern diese auch in unserer journalistischen Arbeit leben.

Klar ist, und das betrifft keineswegs nur Österreich: Journalismus verändert sich. Aus einer eindimensionalen Informationsvermittlung wird immer mehr eine Kommunikation mit dem Leser



oder User auf Augenhöhe. „The people formerly known as the audience“, nennt Internet-Guru Jay Rosen die neuen, mündigen, teilnehmenden Medienkonsumenten. Diese Sicht einer Zwei-Wege-Kommunikation liegt der Schwerpunktausgabe zugrunde.

Als Kooperationspartner wählte der STANDARD den Verein Adhocracy.de aus, eine unabhängige

und überparteiliche Beteiligungsplattform, die nach dem Grundsatz der Liquid Democracy arbeitet. Der Grundgedanke ist, dass Organisationen, Interessengemeinschaften, Parteien oder Medien mit ihren Mitgliedern, Bürgern oder Lesern in einen offenen Dialog eintreten und sie in Entscheidungen miteinbeziehen.

Liquid Democracy steht für die Idee, dass die Grenze zwischen repräsentativer und direkter Demokratie fließend verläuft. Menschen sollen sich durch Onlineplattformen direkt an Entscheidungsprozessen beteiligen können, wenn sie das wollen. „Berühmt“ wurde die Praxis durch die Piratenpartei, mittlerweile nutzen auch andere Institutionen die Prozessdemokratie.

So wurde in Deutschland damit bereits das *Zeit-Magazin* thematisch gestaltet, die Partei Die Linke führte eine elektronische Programmdebatte durch. Die SPD-Bundestagsfraktion benutzte den „ZukunftsdialoG Online“, um die Transparenz von Meinungsbildungsprozessen und politischen

Entscheidungen zu erhöhen. In Österreich nützt neuerdings die Volkspartei Liquid Democracy, um ihre netzpolitische Position gemeinsam mit Sympathisanten zu erarbeiten. Langsam wandert Liquid Democracy von einer Nische in den Mainstream.

Ideen und Vorschläge

Für den STANDARD ist das Fazit dieser Aktion durchwegs positiv. 120 Vorschläge gingen auf Adhocracy.de ein, etwa 150 per E-Mail oder via Posting auf *derStandard.at*.

Die Zeitung, die Sie heute lesen, ist in bewährter journalistischer Qualität entstanden – die Themen, die Sie darin vorfinden, gehen aber zu einem guten Teil auf Leseraneurgen zurück. Viele Themen, die sich unsere Leser gewünscht haben, hatten auch wir bereits angedacht. Andere, die stark nachgefragt wurden, hatten wir aber überhaupt nicht auf dem Radar.

So wurden etwa viele Fragen zu Demokratie in der Schule, Mitbestimmung in der Europäischen Union oder zur Einbeziehung von Mitarbeitern in Unternehmensentscheidungen gestellt, die uns selbst zunächst nicht eingefallen sind. Sie alle haben in Artikel die-



Einst als Eigenheit der Piraten abgetan, wird Liquid Democracy heute von vielen Parteien und Organisationen eingesetzt. Foto: dpa

ser Ausgabe Eingang gefunden.

Und dann gibt es da noch die Themen, die mehrfach an uns herangetragen wurden und heute keinen oder nur wenig Platz hatten: die Entwicklungen im Bereich des Urheberrechts, die Vor- und Nachteile der Vorratsdatenspeicherung, das in Österreich nicht existierende Transparenzgesetz oder das bedingungslose Grundeinkommen. Auch diese Anregungen nehmen wir mit und werden sie in den nächsten Wochen behandeln. Und schließlich erreichten uns noch viele Vorschläge für konkrete Artikel und Recherchen

in der Print- und Onlineausgabe, die wir verfolgen werden und zum Teil auf der heutigen Leserbriefseite abbilden.

Die Schwerpunktausgabe mit Leser-Input war ein Experiment, das wir gern weiterführen möchten, sondern begleitet unsere tägliche Arbeit. Wir hoffen auf viele weitere Anregungen, Wünsche und Ideen. **Anregungen im Detail Seite 42**
 Alle Infos zur demokratischen Schwerpunktausgabe auf derStandard.at/Mitreden

Die Hoffnung auf Mitregieren in den USA

Zwischen Mitbestimmung und „Zuschauerdemokratie“

Vor 101 Jahre führte Kalifornien die Möglichkeit von Referenden ein. Inzwischen stimmen die Amerikaner selbst sogenannte Propositions über Rechtschreibfehler ab. Und gelegentlich manövrieren die Bürger ihre Bundesstaaten damit auch in den finanziellen Ruin.

Frank Herrmann aus Washington

Vielleicht wird Proposition 30 eines Tages als Wende in die Wahlchronik Kaliforniens eingehen. Die Rede ist von einem Referendum über höhere Steuern, initiiert von Jerry Brown, dem Gouverneur, der ein bemerkenswertes Comeback feierte, als er vor gut zwei Jahren in dasselbe Amt gewählt wurde, das er schon in den Siebzigern innehatte, seinerzeit noch exzentrisch „Governor Moonbeam“ genannt.

Brown also warb für die ganz und gar nicht exzentrische Idee, den Haushalt des Pazifikstaats nach einer Serie von Rekorddefiziten endlich einmal auszugleichen. Nicht nur durch drastische Sparrunden, etwa die 25-prozentigen Kürzungen an den staatlichen Universitäten, die Kalifornien einst so bewundertes Hochschulsystem in die Krise rutschen lassen, sondern auch indem man die Einnahmen erhöht. Die Sales Tax, der Aufschlag auf verkaufte Waren, entfernt vergleichbar mit der Umsatzsteuer europäischer Länder, sollte ebenso steigen wie die Einkommenssteuer für Besserverdiener. Das Ergebnis: eine fulminante Überraschung, 54 Prozent Ja-Stimmen. Es führte dazu, dass sich Brown im Jänner mit Siegermiene neben bunte Tafeln mit Statistikbalken stellen konnte, um zu verkünden, dass aus den 26 Milliarden Dollar Etatminus, die er bei seinem Amtsantritt erbt, eine schwarze Null geworden ist.

Marihuana und Scharia

Der erste ausbalancierte Haushalt seit langem – wenn man so will, markiert es das Ende eines Teufelskreises. Eine Volksabstimmung, das Politiker im „Golden State“ einmal nicht vor die Quadratur des Kreises stellt. Nun ist Kalifornien bei weitem nicht der einzige Bundesstaat, der regelmäßig Referenden abhält. In Colorado und Washington entschieden die Bürger erst im November, den Konsum von Marihuana zu legalisieren, und zwar nicht nur zu medizinischen Zwecken. Angetrieben von evangelikalen Christen, kam Oklahoma 2010 auf die abstruse Idee, die islamische Scharia als Rechtsquelle explizit auszuschließen, obwohl niemand einen Richter in Oklahoma kannte, der die Scharia bei Urteilen jemals herangezogen hätte. Oregon stellte neulich historische Rechtschreibfehler zur Wahl, verankert in der Lokalverfassung des Jahres 1857. Aus „independant“ wurde richtigerweise „independent“, was eine Vierfünftelmehrheit gut fand.

In Kalifornien begann es vor 101 Jahren. Damals warb ein Gouverneur namens Hiram Johnson dafür, den Bürgern starke Waffen in die Hand zu geben, Waffen, die sie schützen sollten gegen Machtmissbrauch durch ihre Volksvertreter: Volksbegehren und Volksentscheid. Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus eine Blockade, die dem Pazifikstaat den Ruf einträgt, unregierbar zu sein.

Ein Schlüsseljahr der Referendumsgeschichte war 1978, als fast 65 Prozent der Wähler für die Proposition 13 stimmten, ein Muster-

beispiel für eng definiertes Eigeninteresse. Einer der Paragrafen begrenzte die Grundsteuer auf ein Prozent des Wertes einer Immobilie. In der Folge sank das Grundsteueraufkommen um fast 60 Prozent, was die Kommunen sehr viel abhängiger von der Einkommenssteuer machte, als es in anderen Ecken der USA der Fall ist. Solange die Wirtschaft boomte, wa-



ren die Kassen halbwegs gefüllt. Der Absturz der Finanzkrise ließ den Geldstrom versiegen, weitaus drastischer als anderswo in den USA. Zugleich darf das Bundesstaatenparlament Steuererhöhungen seit 1978 nur noch mit Zweidrittelmehrheit beschließen, was Brown im Herbst erst zwingt, ein Referendum anzustrengen. In der Praxis führte der Passus zur Blockade, da Demokraten und Republikaner selten zusammenfinden.

Auf dem Tiefpunkt der Malaise fand James S. Fishkin, Politikprofessor an der Stanford University, offene Worte, um das Problem zu skizzieren. „Direkte Demokratie



Ende 2012: Jerry Brown macht Werbung für Proposition 30, die höhere Steuern vorschlägt. Das Volk stimmte überraschend zu. Foto: dapd

wurde geboren in der Hoffnung, die Menschen am Regierungsprozess zu beteiligen, tatsächlich aber führte sie zu einer Art Zuschauerdemokratie. Inzwischen sind die Wähler Konsumenten von Soundbite-Kampagnen im Fernsehen und in den neuen Medien, nicht Autoren der Gesetze, die sie sich selber geben.“ Der Hintergrund: Wer ein Referendum an-

strebt, muss die Unterschriften von fünf Prozent aller Wähler vorweisen können. Um dies zu schaffen, braucht es in aller Regel professionelle Unterschriftensammler, die Millionen von Dollar kosten. Nach Fishkins Worten ist es ein Eintrittsgeld, das kein normaler Bürger sich leisten kann, wohl aber eine gut finanzierte Lobbygruppe.

Austrian 
myHoliday

Mein Urlaub beginnt mit Austrian myHoliday.

The Austrian way to holidays: Heben Sie zum perfekten Urlaub ab! Mit der kompetenten Beratung bei Ihrem Austrian myHoliday Reisebüropartner beginnt die Entspannung schon beim Buchen.



A STAR ALLIANCE MEMBER

 Österreichischer Reisebüro Verband

austrian.com/myHoliday

Die Entwicklung des Wahlrechts

Die direkte Demokratie in Athen, das isländische Althing um 1000 und unsere heutigen demokratischen Systeme haben ganz unterschiedliche Spielregeln. Hier Stationen einer Entwicklung, die von Fortschritten, Rückschlägen und Umwegen geprägt ist. Das Wahlrecht wird heute als Bürgerrecht verstanden und ist als solches an Staatsbürgerschaft und die Repräsentativkörperschaft im eigenen Staat oder der Staatenunion gebunden, wie auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 niedergelegt. Das Wahlrecht definiert, wer als Vollmitglied in einer Gemeinschaft, einer Nation aktiv partizipieren und mitbestimmen kann.



508/07 bis 322 v. Chr.

gab es in Athen eine direkte Demokratie: Jeder Bürger konnte an der Volksversammlung sowie an Gerichtsverhandlungen teilnehmen, jeder Bürger war befugt, ein Amt zu bekleiden. Frauen, Sklaven und Metöken (Bewohner ohne Bürgerstatus, sehr oft Fremdarbeiter) galten nicht als Bürger und blieben deshalb von der Beteiligung ausgeschlossen.

Von 509 bis 27 v. Chr.

wurde aus dem Königreich eine römische Republik, in der das Zensuswahlrecht galt: Politische Rechte wurden an ein gewisses Einkommen bzw. einen Mindestbesitz gebunden. In der wichtigsten Volksversammlung Roms, der Comitia Centuriata, waren alle Bürger auf eine Weise in Zensusklassen eingeteilt, dass die wohlhabenden Bevölkerungsteile in Abstimmungen stets das Übergewicht an Stimmen hatten.

287 v. Chr.

erreichten die römischen Plebejer mit dem plebiscitum das Recht auf Volksentscheidungen, nach denen sich auch die Patrizier zu richten hatten.

Das isländische Althing geht bis ins Jahr 930 zurück und ist das älteste bestehende „Parlament“ der Welt, wobei dieses mit Parlamenten im heutigen Sinn nichts zu tun hat. Es war eine Versammlung aller freien und volljährigen Männer. Um thingfähig zu sein, musste der isländische Bauer über ein bestimmtes Mindestvermögen verfügen. Als die älteste durchgehend existierende Volksvertretung gilt der bis 979 zurückverfolgbare Thingwald der Isle of Man.



Spätestens seit dem 13. Jahrhundert oblag die Wahl des römisch-deutschen Königs und später des römisch-deutschen Kaisers im Heiligen Römischen Reich einem kleinen Kollegium von geistlichen und weltlichen Reichsfürsten, den Kurfürsten. Die Wahl zum König oder Kaiser geschah auf Lebenszeit. 1356 ließ Kaiser Karl IV. mit der Goldenen Bulle ein Grundgesetz für die Wahl aller künftigen Könige und Kaiser proklamieren.

930 / 979

ab 13. Jahrhundert

1938 bekam die britische Kronkolonie Pitcairn, eine Insel im Südpazifik, als erste ein nachhaltiges Frauenwahlrecht.

1848

In der Schweiz und in Frankreich erhielten Männer 1848 das allgemeine und direkte Wahlrecht. In Österreich erzwang die Protestbewegung ein weitreichendes Wahlrecht, auf dessen Grundlage sich der erste frei gewählte Reichstag konstituierte. Die Revolution wurde allerdings niedergeschlagen.

1849

Per Verordnung vom 30. Mai 1849 wurde in Preußen das Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus eingesetzt, das bis 1918 in Preußen in Kraft blieb. Das aktive Wahlrecht stand allen Männern nach Vollendung des 24. Lebensjahres zu. Die Abgeordneten wurden über Wahlmänner gewählt. Dazu wurden die Wähler je nach ihren Steuerzahlungen in drei Klassen eingeteilt.



1924

Die amerikanischen Ureinwohner wurden in den USA 1924 mit dem „Indian Citizenship (Snyder) Act“ als Bürger anerkannt und erhielten damit auch das Wahlrecht. Die Bewohner der US-Außengebiete (Guam, Puerto Rico etc.) haben kein aktives Wahlrecht.



1944 erhielten französische Frauen das volle Wahlrecht, 1946 die Italienerinnen und 1948 die Belgierinnen.

1838

In einigen Schweizer Kantonen gab es nach den liberalen Revolutionen um 1830 kurzfristig ebenfalls ein Zensuswahlrecht besonderer Ausprägung. Es orientierte sich nicht an Steueraufkommen oder Besitz, sondern privilegierte die Bürgerschaft der Hauptstädte gegenüber der Landbevölkerung, welche in den Parlamenten nur eine deutlich unterproportionale Vertretung zugestanden erhielt.

1849

1861 erließ Kaiser Franz Joseph das Februarpatent, die Geburtsurkunde des ersten österreichischen Parlaments. Der Reichsrat bestand aus zwei Kammern, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Letzteres wurde von den Landtagen besetzt, die sich wiederum aufgrund des umständlichen Kurienwahlrechts zusammensetzten. Die Abgeordneten wurden nicht direkt gewählt, sondern über vier Kurien entsandt: Die Kurie des Großgrundbesitzes, die Kurie der Städte, Märkte und Industrieorte, die

1893

Colorado war 1893 der erste Staat, in dem sich Männer in einer Volksabstimmung für das Frauenwahlrecht entscheiden haben.

Das Pluralwahlrecht in Belgien 1893 sicherte Vermögenden und Familienvätern mehr Stimmengewicht gegenüber der neu wählenden Arbeiterschaft.

1873 werden die Abgeordneten in Österreich aufgrund des Zensuswahlrechts direkt in vier Kurien gewählt. Das Wahlrecht war an eine bestimmte Mindeststeuerleistung gebunden. Nur in der Kurie der Landgemeinden wurden weiterhin indirekte Wahlen durch Wahlmänner abgehalten. Trotz dieses Fortschritts waren nur sechs Prozent der Männer ab dem 24. Lebensjahr wahlberechtigt. Die Habsburgermonarchie senkt 1882 den absoluten Zensus zum Teil von zehn auf fünf Gulden (Taaffe'sche Wahlrechtsreform).

1896

In der österreichischen Hälfte der Habsburgermonarchie fanden Großgrundbesitzer und -besitzerinnen, Handelskammern und männliche Bewohner der Städte und Landgemeinden nach einem Zensusverfahren ihre – ungleiche – Vertretung im Reichsrat. Dieses sogenannte Kurienwahlrecht wurde 1896 durch die Bildung einer zusätzlichen, allgemeinen Kurie aufgeweicht (Badenische Wahlreform) und schließlich mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer auf der parlamentarischen Ebene 1907 (Beck'sche Wahlrechtsreform) aufgehoben. Das Wahlalter betrug 21 Jahre.

ab 1918

Ab 1918 durften Frauen in Großbritannien nur eingeschränkt wählen: Mindestalter 28 Jahre und nur, falls sie selbst oder ihre Ehegatten das an Besitz gebundene kommunale Wahlrecht besaßen. Frauen in den USA erhielten 1920 mit der Verabschiedung des 19. Verfassungszusatzes das vollständige Wahlrecht auf allen Ebenen. In mehreren Bundesstaaten waren Frauen schon ab den 1890er-Jahren wahlberechtigt gewesen. 1918 führte Kanada das Frauenwahlrecht ein. In Großbritannien erhielten Frauen am 2. Juli 1928 das vollständige Wahlrecht, in der Türkei 1934. Die Philippinen ließen am 30. April 1937 die Frauen in einem Plebiszit selbst entscheiden, ob sie das aktive und passive Wahlrecht haben wollen: Eine große Mehrheit stimmte dafür.

ab 1933

In den Jahren des autoritären Ständestaats 1933 bis 1938 und der daran anschließenden nationalsozialistischen Diktatur 1938 bis 1945 gab es keine freien Wahlen in Österreich.

Die österreichische Nationalratswahlordnung von 1945 knüpfte an das Wahlrecht der Ersten Republik an: Listen- und Verhältniswahlrecht.

In Indien wurde das Wahlrecht für Frauen 1950, im Iran 1963 eingeführt.

1971

Am 7. Februar 1971 wurde das Frauenwahlrecht und -stimmrecht nach einer erfolgreichen Volksabstimmung in der Schweiz auf Bundesebene eingeführt. Im Jahr 1959 noch lehnte die Mehrheit der wahlberechtigten Schweizer Männer das Frauenwahlrecht ab. In Liechtenstein erhielten Frauen 1984 das volle Wahlrecht, nachdem dessen Einführung 1971 und 1973 in zwei Volksabstimmungen abgelehnt worden war.

1972

Bei der deutschen Bundestagswahl 1972 durften erstmals auch die 18- bis 21-jährigen wählen. Allerdings erhielten sie zunächst nur das aktive Wahlrecht. Ab dem vollendeten 21. Lebensjahr erwarb man das passive Wahlrecht. 1974 senkte Frankreich das Wahlalter auf 18 Jahre. 1975 senkte Deutschland die Volljährigkeit auf 18 Jahre, die Voraussetzung für das passive Wahlrecht ist.

1990

Der Schweizer Kanton Appenzell Innerrhoden führte das Frauenwahlrecht auf kantonaler Ebene erst 1990 ein. Im Jahr 1990 ermöglichte es der Gesetzgeber erstmals, dass Auslandsösterreicher, aber auch Urlauber, vom Ausland aus ihre Stimme abgeben konnten. Vor allem in den 1990er-Jahren setzte der österreichische Gesetzgeber intensive Bemühungen fort, auch Verbesserungen für behinderte Menschen, für blinde oder stark sehbehinderte Personen zu schaffen.

1787

In den USA galt bei der Ratifizierung der US-Verfassung 1787 das Zensuswahlrecht, vorwiegend für „weiße“ Männer. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts weiteten es alle Einzelstaaten auf ein allgemeines Wahlrecht aus, allerdings wiederum nur für „weiße“ Männer.

1861

Kurie der Handels- und Gewerbekammern sowie die Kurie der Landgemeinden schickten über die Landtage Vertreter in das Abgeordnetenhaus. Wahlberechtigt zu den Kurien waren Männer auf der Grundlage eines Zensusystems ab dem 24. Lebensjahr. Dieses Wahlsystem wurde von der Dezemberverfassung 1867 übernommen. Das war die erste Verfassung, die nicht vom Kaiser, sondern vom Reichsrat erlassen wurde. So wurde Österreich zu einer konstitutionellen Monarchie.

1868

In Spanien wurde 1868 das allgemeine Wahlrecht für Männer durch eine Revolte erreicht.

1869

Otto von Bismarck führte 1869 im Norddeutschen Bund das allgemeine Wahlrecht für Männer ein.

1870

1871

Im Deutschen Reich kam das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer 1871 als Folge der Reichsgründung und diente der Manifestierung einer neuen nationalen Einheit. Auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten existierten Zensusverfahren allerdings weiterhin, so im Fall des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

1871

1871 führte die Pariser Kommune das Frauenwahlrecht ein. Nach der Niederschlagung durch die französischen Regierungstruppen am 21. Mai desselben Jahres wurde dieses Recht jedoch wieder aberkannt.

1907

Nach der Auflösung der 2. Duma 1907 führte Russland ein neues Wahlrecht ein, das die Städte, die landlose Bauernschaft und die nichtrussischen Minderheiten stark benachteiligte. Nach der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde die Duma durch den Kongress der Volksdeputierten ersetzt, der aber gegenüber den Räten bzw. der Parteiführung der Sowjetunion weitgehend machtlos war. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist jeder russische Staatsangehörige, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, aktiv wahlberechtigt. Das gilt auch für im Ausland lebende russische Bürger. Passiv wahlberechtigt ist jeder russische Staatsangehörige, der am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet hat.

ab 1914

In Österreich erhielten Frauen das allgemeine Wahlrecht am 12. November 1918 durch das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, mit dem dieses sich im Zug des Zerfalls von Österreich-Ungarn zur Republik erklärte.

Der Erste Weltkrieg bedeutete für viele europäische Länder angesichts politischer Umstrukturierungen die Möglichkeit zur Realisierung des demokratischen Wahlrechts für Männer (1915 Dänemark, 1917 Niederlande, 1918 Großbritannien, Polen, Rumänien, 1919 Italien, Luxemburg, 1920 Tschechoslowakei) und Frauen (1915 Dänemark, 1918 Deutschland, Österreich, Polen, 1919 Luxemburg, Niederlande, 1920 Tschechoslowakei, 1921 Schweden).

2005

2005 kam es zu einem ersten rechtsverbindlichen Einsatz einer E-Voting-Lösung bei Kommunalwahlen in Estland, 2007 auch bei Parlamentswahlen.

Die wesentlichsten Änderungen seit 1945 in Österreich waren die Einführung der Briefwahl (2007) und die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre (2007). Zudem wurden seither Elemente des Persönlichkeitswahlrechts in die Nationalratswahlordnung aufgenommen (Vorzugsstimmen, Direktmandate in den Regionalwahlkreisen).



1776

wurde im US-Bundesstaat New Jersey mittels Verfassung das Wahlrecht für alle Personen ab einem gewissen Besitzstand eingeführt. Das galt somit auch für Afroamerikaner, ledige Frauen und Witwen, nicht jedoch für verheiratete Frauen, weil diese keinen Besitz haben durften. 1807 wurde das Wahlrecht auf „weiße“ Männer eingeschränkt.

Afroamerikanern war das Wahlrecht zwar nach der Sklavenemanzipation im 15. Bundesverfassungszusatz von 1870 garantiert worden, in der Praxis gelang es jedoch, sie durch Einschüchterungen, Gewalt und Wahlmanipulationen, aber auch durch Kopfsteuern den Nachweis von Lese- und Schreibkenntnissen und weiteren Klauseln von der Wahl fernzuhalten. Erst die Bürgerrechtsbewegung erreichte hier Mitte der 1960er-Jahre eine Bundeskontrolle von Wahlen, die im Voting Rights Act von 1965 festgesetzt wurde. Noch heute sind aber Anrufungen des Supreme Court zur Einhaltung dieser Kontrolle notwendig.



1857

Ab 1857 garantierte die Einführung der Wahlzelle in Australien das Wahlgeheimnis.



Wie eine EU-Bürgerin Roaminggebühren kappte

Seit 2012 ist es möglich, politische Forderungen mit einem EU-Bürgerbegehren voranzutreiben. Einige sind am Laufen, kein einziges ist umgesetzt. Einzelne Bürger und Initiativen können die Gesetze der Union trotzdem verändern – so kompliziert das auch sein mag.

Thomas Mayer aus Brüssel

Sie studierte in Linz, hatte einen Freund in München und reiste nach Brüssel, um sich über die EU zu informieren. „Ihren Namen weiß ich leider nicht mehr“, sagt Paul Rübzig: „Ich würde sie aber gerne wiedersehen.“ Diese junge Frau habe bei der Begrenzung der Tarife beim EU-weiten Mobiltelefonieren Geschichte geschrieben.

Rübzig ist seit 1995 Europaabgeordneter der ÖVP, hat viel Erfahrung, wie in der Union Gesetze gemacht werden, die in 27 Ländern wirken; und wie die Zivilgesellschaft bei der Gestaltung Einfluss nehmen kann. Das mit dem EU-Vertrag von Lissabon 2009 geschaffene Instrument eines „EU-Bürgerbegehrens“ spielte bisher keine Rolle – eine Million Unterschriften in sieben Ländern müssen gesammelt werden,

um ein Anliegen voranzutreiben, was noch niemand schaffte.

Der erste Antrag auf ein Begehren „Meine Stimme gegen Atomkraft“ wurde von der EU-Kommission aus formalen Gründen zurückgewiesen. Die erste reale Initiative „Fraternité 2020“, die Studierendenaustausch pushen will, sammelt seit Mai 2012 Stimmen.

14 Begehren insgesamt laufen, von „Tempo 30 in Städten“ bis zu einem, das die Aussetzung des Klimapakets verlangt. Im November 2013 wird erstmals abgerechnet, die Kommission entscheidet, zu was sie eine Gesetzesinitiative einleitet. Einflussnahme läuft daher bisher „klassisch“ über Interessenvertretungen und Lobbyisten – von der Industrie bis zu Greenpeace. Nicht selten sind es aber einfache Bürger, die Europas

Gesetze prägen. Wie die junge Frau aus Linz. Sie lieferte die Initialzündung dafür, dass die Kommission mit dem EU-Parlament 2007 das Abzocken der Telekomfirmen beim Geschäft mit Mobiltelefonkunden aufräumen konnte. Die Verordnung dazu läuft nach zwei Novellen heute unter dem Kurztitel „Roaming 3“.

Sie regelt die Limits der Minutentartarife für grenzüberschreitende Telefonate, aktiv oder passiv (wenn jemand im Ausland angerufen wird), bei SMS und Datentransfer. „Eine Minute Brüssel – München kostete etwa 3,20 Euro“, denkt Rübzig an 2001 zurück.

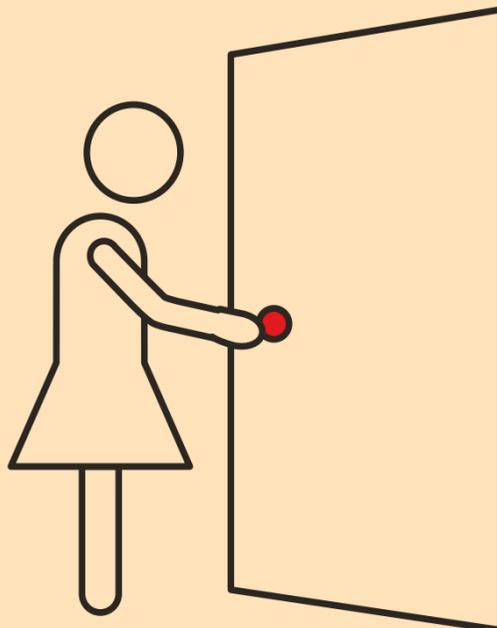
Enorm, wenn man bedenkt, dass heute in der gesamten Union maximal 34,8 Cent für Aktivgespräche verlangt werden dürfen, passiv gar nur 9,6 Cent. Hält sich ein Betreiber nicht daran, riskiert er seine

Lizenz. Aber wie kam es dazu? Die Linzer Studentin hatte vor knapp zehn Jahren in Brüssel einen Vortrag des für Industriepolitik und Unternehmen zuständigen Abgeordneten gehört. Am Abend telefonierte sie mit ihrem Freund in München. Zwei Stunden lang. Wieder zu Hause gab es Krach mit der Mutter, das Telefonat kostete „einige hundert Euro“.

Die Frau schrieb Rübzig daraufhin eine E-Mail. Was er zu den Segnungen des Binnenmarktes gesagt habe, sei ja schön und gut, aber falsch, empörte sie sich, das sauteure Telefonat der Beweis. Im Inland hätte es acht Euro gekostet.

Glücklicher Zufall. Rübzig ging mit der damals für Telekom zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding essen. Die kannte er gut, denn sie war früher als luxem-

User „eitzenbe“ wollte wissen: „Was sind Chancen, Risiken und Probleme der Europäischen Bürgerinitiative?“



Wohin?

www.migrantas.org

burgische EU-Abgeordnete mit Buchstaben „r“ im EU-Parlament lange neben ihm gessen.

Der Rest ist schnell erzählt. Rübzig: „Ich zeigte ihr das. Sie fand das unglaublich.“ Reding (heute Justizkommissarin) erkannte das Potenzial. Die Dienste der Kommissarin erarbeiteten einen Gesetzesvorschlag. Nur sieben Monate später wurde die Verordnung beschlossen. Die Telekom-Lobby war empört, kämpfte gegen diese „linke“ Preisregelung, klagte beim EU-Gerichtshof, weil „Netze“ angeblich unter nationale Kompetenzen fie-

len, nicht der unter die der EU- und verlor. Die Höchststrichtrichter befanden, dies sei ein Binnenmarktfall.

Bürgeranfragen und -beschwerden solcher Art an den zuständigen Petitionsausschuss des EU-Parlaments gibt es viele, bestätigt die Grüne Eva Lichtenberger: „Die EU ist für Bürgeranliegen manchmal offener als die regionale oder nationale Ebene.“ Sie hat beim Projekt der Skischaukel Mellaudamühls erlebt, wie durch eine Beschwerde Standards für die verpflichtende Durchführung von Prüfungen zur Umweltverträglich-

keit (UVP) verschärft wurden. Österreich hatte eine EU-Richtlinie so umgesetzt, dass der Schutz von sensiblen Zonen von Betreibern leicht zu unterlaufen war.

Nach Beschwerde des Alpenschutzbundes reiste Lichtenberger mit einer Erkundungsmission an, die die Mängel festhielt. Die EU-Kommission teilte die Sichtweise, drohte der Regierung in Wien mit einem Verfahren. Und siehe da: Österreich besserte seine Gesetze nach. Ein direkter Erfolg des Bürgerwillens, zeigt sich die Grüne noch heute zufrieden.

Schweizer gegen „Abzocke“

Abstimmung über hohe Managergehälter im März

Hermann Sussitz

Wer hat's erfunden? Die Schweizer. So könnte es heißen, wenn am 3. März im Nachbarland über strengere Vergütungsbestimmungen für Manager abgestimmt wird. Dass es die Initiative „Gegen die Abzockerei“ überhaupt gibt, ist dem Elan Thomas Minders zu verdanken. Der 52-jährige Unternehmer will, dass die Aktionäre eines börsennotierten Unternehmens jährlich über die Gehälter und sogar die Zusammensetzung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat entscheiden. Regeln, für die die Mehrheit der Schweizer stimmen will.

Volk lehnt Gehaltsexzesse ab

Die hohe Zustimmung der Bürger ist ein Eigentor für die Politiker, da sie die Befragung um drei Jahre verzögert haben. Die Volksvertreter waren für die mahnennden Worte des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse allzu offen. Aber auch jetzt verschaffen sich die Firmenbosse Einfluss. Beim Volk beliebt gemacht hat man sich damit nicht. Als ruchbar wurde, dass Studenten – gegen Bezahlung – negative Stimmung in Foren von Online-Medien verbreiten,

war der Imageschaden groß. Das Ausmaß des Ärgers liegt auch am Zeitgeist. Denn obwohl die Krise omnipräsent ist, steigen die Managergehälter in lichte Höhen. Das stößt dem Volk sauer auf. So sauer, dass die Politik jetzt einen eigenen Vorschlag eingebracht hat. Er beißt nicht so scharf wie die Initiative Minders, ist aber bei weitem nicht zahnlos. Er erleichtert es den Eignern, bereits gewährte „exzessive“ Gehaltszahlungen zurückzufordern. Auf der anderen Seite räumt er den Aktionären bei der Entscheidung, wer wie viel bekommt, nur eine beratende Stellung ein.

Sagen die Bürger im März Nein zur Minder-Initiative, sagen sie automatisch Ja zur mildernden Politikervorlage. Für dieses Ziel gibt Economiesuisse Millionen Euro aus. Man stellt Plakate auf, holt Gutachten ein und betreibt eine Website. Und Initiativen-Starter Minder? Der gibt gegenüber dem Blick den Underdog und fragt sich, ob es gelingt, „mit einer Millionen-kampagne das Schweizer Volk zu kaufen“.



Jutta Berger

Die Schweiz gilt Anhängern der direkten Demokratie als gelobtes Land. Keine wichtige Entscheidung auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene wird ohne Mitbestimmung der Bevölkerung gefällt. Parlamente haben Verfassungsänderungen, Haushalte und bestimmte Gesetze obligatorischen Referenden zu unterwerfen. Passt dem Volk ein Gesetz nicht, kann es innerhalb von drei Monaten ein fakultatives Referendum fordern; auf Bundesebene sind dazu

50.000 Unterschriften nötig. Für eine richtige Volksinitiative müssen bundesweit 100.000 unterschreiben.

Dafür, dagegen

Das Abstimmungsverhalten der Schweizerinnen und Schweizer ist eigenwillig. 2009 stimmten sie für ein Minarettverbot, 2012 gegen mehr Urlaub und gegen das Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Je emotionaler das Thema, umso höher ist die (prinzipiell niedrige)

Wahlbeteiligung. Das Minarettverbot wurde mit 50 Prozent Beteiligung durchgesetzt, zur Abstimmung über schnellere Abschiebung gingen 53 Prozent. Durchschnittlich erreicht die Wahlbeteiligung aber keine 40 Prozent. Hohe Demokratiezufriedenheit könnte eine Erklärung für die niedrige Beteiligung sein, sagt der Liechtensteiner Politikwissenschaftler Wilfried Marxer, aber auch Verdrossenheit – etwa über die vielen Urnengänge.

An vier Wochenenden pro Jahr wird in der Schweiz, meist per Briefwahl, abgestimmt. Der Abstimmungsreigen 2013 beginnt am 3. März. Je nach Kanton (Bundesland) oder Stadt haben die Bürgerinnen und Bürger über zehn und mehr Themen zu entscheiden. Die Skala reicht von nebensächlich bis folgenswer, für Nichtschweizer ist die Themenvielfalt schwer nachvollziehbar. So wird in Zürich im März beispielsweise über Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen abgestimmt, in Graubünden hingegen über die Finanzierung der Olympiabewerbung 2022. Gleich sind in allen Kantonen die bundespolitischen Themen: Das Parlament legt einen Verfassungsartikel zur

Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor und eine Gesetzesnovelle zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Beides sind obligatorische Referenden, halbdirekt-demokratische Instrumente. Eine wirkliche Volksinitiative ist hingegen die Volksabstimmung gegen die Abzockerei, die überzogene Gehälter von Verwaltungsräten und Managern abstellen will.

Verschleppen, verwässern

Kritiker des Schweizer Systems stoßen sich weniger an der Zahl der Abstimmungen als an der Kollision von Rechtsstaatlichkeit und Volkswillen. Immer wieder verstoßen Initiativen gegen Grund- und Menschenrechte. Laut einer Untersuchung der Politikwissenschaftlerin Anna Christmann wurden in den letzten 20 Jahren zehn grundrechtsproblematische Initiativen lanciert. In der Schweiz fehlen handlungsfähige Gerichtssysteme, um solche Entscheide zu bekämpfen, kritisiert Christmann. Direkte Demokratie ohne starkes Rechtsstaatsprinzip führe zum Dilemma, sagt Wilfried Marxer. Politiker stünden zwischen Volksentscheid und Grundrechten: „Die Lösung heißt dann oft Verschleppen und Verwässern.“

Wenn Volkes Stimme dauernd spricht

Die Eidgenossen stimmen häufig ab und kollidieren häufig mit den Grundrechten

Das heiße Eisen Todesstrafe

Hessen scheut eine Volksabstimmung zur Abschaffung

Wiesbaden/Berlin – Wie bitte? In Deutschland soll es noch die Todesstrafe geben? Man kann es eigentlich gar nicht glauben. Und dennoch ist es so.

In einer einzigen Landesverfassung, der hessischen nämlich, steht ganz klar in Artikel 21: „Ist jemand einer strafbaren Handlung für schuldig befunden worden, so können ihm aufgrund der Strafgesetze durch richterliches Urteil die Freiheit und die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen oder beschränkt werden. Bei besonders schweren Verbrechen kann er zum Tode verurteilt werden.“

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es handelt sich dabei nicht um ein antiquiertes Regelwerk aus dem 19. Jahrhundert, sondern um die Landesverfassung aus dem Jahr 1946, die in dieser Form immer noch gültig ist.

Die hessische war die erste Landesverfassung, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland geschrieben wurde. 1946 stand man noch unter dem Eindruck der grausamen NS-Verbrechen und wollte abschreckende Strafen zulassen.

„Das ist natürlich totes Recht“, versichert Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP). Selbstverständlich bekommen Mörder auch in Hessen maximal lebenslänglich und müssen sich nicht

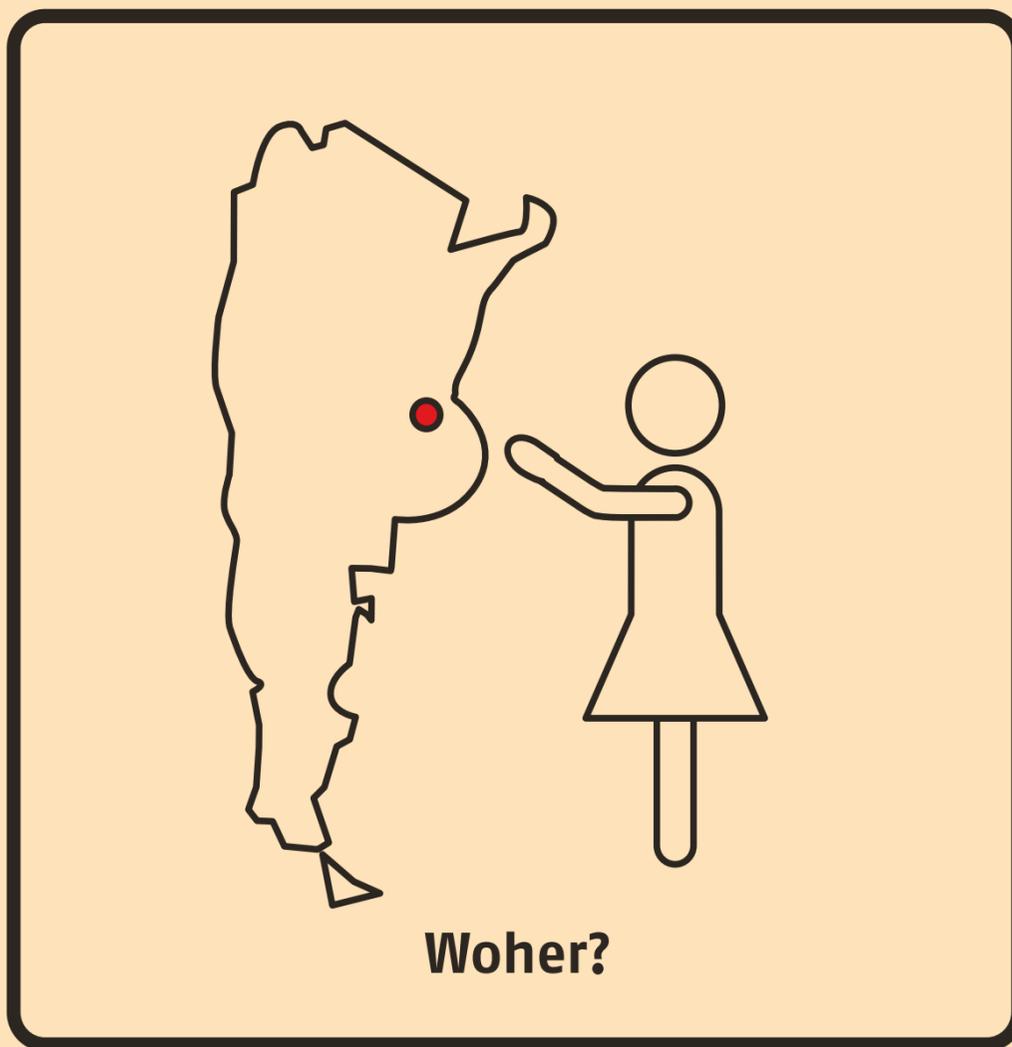
vor der Guillotine fürchten. Denn per Grundgesetz wurde die Todesstrafe 1949 abgeschafft, und Bundesrecht bricht Landesrecht.

Trotzdem: Auf dem Papier steht die Todesstrafe noch. Das stört viele Bürgerinnen und Bürger in Hessen, es gibt Petitionen zur Abschaffung. Doch Politiker aller Couleur zögern und zaudern.

Angst vor dem Bürgerwillen

Denn jegliche Änderung der hessischen Verfassung muss nach einem Beschluss des Landtags auch noch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Daher geht in allen Parteien eine Sorge um, die man im hessischen Justizministerium so formuliert: „Stellen Sie sich vor, kurz vor der Abstimmung ermordet jemand ein Kind. Und beim Votum stimmt dann eine aufgebrachte Mehrheit dafür, doch die Todesstrafe in der Verfassung zu belassen.“

Faktisch würde sich nichts ändern, die Todesstrafe bliebe auch weiterhin nur auf dem Papier bestehen. „Aber das Signal wäre gesellschaftspolitisch schrecklich“, sagt Jürgen Frömmrich, der justizpolitische Sprecher der Grünen im hessischen Landtag. Und darum sagt man sich in Hessen weiterhin: Dieses Eisen ist zu heiß, man kann das Volk darüber nicht abstimmen lassen. (bau)



www.migrantas.org

Wie sich Friesen freien Zugang zum Meer erklicken

Der Landkreis Friesland ist der erste in Deutschland, der Liquid Democracy einsetzt. Per Internet können Bürger mitreden und ihre Forderungen an den Kreistag einbringen. Einer der ersten Wünsche war die freie Nutzung der Nordseestrände für Einheimische.

Birgit Baumann aus Berlin

Der Landkreis Friesland in Niedersachsen gehört zu den vielbesuchten in Deutschland. Einwohner gibt es zwar nur rund 100.000, aber jedes Jahr strömen drei Millionen Touristen an die Nordseeküste unweit von Wilhelmshaven.

Wer im Meer planschen möchte, der wird zuvor jedoch zur Kasse gebeten. Viele Gemeinden heben eine Kurtaxe ein, im Schnitt drei Euro pro Besucher und Tag, was vielen Einheimischen missfällt.

Jetzt gibt es eine neue Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Liquid Democracy heißt das Projekt,

das der Landkreis (vergleichbar mit einem österreichischen Bezirk) im November startete.

„Wer gute Kommunalpolitik machen will, muss den Bürgern Möglichkeiten geben, sich dran zu beteiligen“, begründet Landrat Sven Ambrosy im Gespräch mit dem STANDARD die Pionierarbeit des Landkreises. Er sei „überhaupt kein Nerd“, sagt Ambrosy. Aber als er von Liquid Democracy per Internet hörte, dachte er gleich: „Diese neue Technik muss man doch auch für unseren Landkreis nutzen können.“

Nun ist die eigens für den Landkreis geschaffene Beteiligungs-

plattform online. Einen Zugangscode bekommt, wer im Landkreis wohnt und älter als 16 Jahre ist. Der User muss sich auch mit seinem richtigen Namen anmelden.

Kaum war Liquid Friesland freigeschaltet, ging es auch schon um den Strandeintritt. Der Landkreis möchte sich dafür einsetzen, dass Einheimische freien Zutritt zu den Stränden erhalten – so lautete ein Bürgerantrag.

Dieser wurde ins System gestellt, andere Friesländer konnten ihn online diskutieren und eigene Vorschläge vorbringen. Einer meinte etwa, manchmal müsse wohl eine Gebühr eingehoben werden, aber dann solle man darauf achten, dass das Verhältnis zwischen entgeltlichem und entgeltfreiem Strand ausgewogen sei.

Nach fünf Wochen wird dann per Internet von den Bürgern über die Anträge abgestimmt. Im Strandfall blieb es bei der ursprünglichen Forderung: freier Eintritt für alle Friesen!

Nun, da die Abstimmung erfolgt ist, kann man online auch erfahren, wie es weitergeht. „Wird beraten im nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen, voraussichtlich am Montag, dem 25. Februar 2013“, steht darunter. Das heißt aber noch nicht, dass der Antrag von den gewählten Kreistagsvertretern auch angenommen wird.

„Liquid Friesland kann und will die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Es ist ein zusätzlicher Kanal,

um zu erfahren, was Bürger bewegt“, sagt Ambrosy. Nebst freiem Strandzugang werden bessere Möglichkeiten zur Müllentsorgung, mehr Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen an einem Technologiezentrum und ein Pflegestützpunkt für den Landkreis gefordert.

Liquid Friesland funktioniert aber nicht nur von unten nach oben, sondern auch umgekehrt. So legten SPD und Grüne zunächst eine Resolution gegen das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, vor. Die Bürger konnten im Internet darüber abstimmen und fanden die Vorlage auch gut.

Anschließend hat sie der Kreistag beschlossen. Er hätte sie natürlich auch ablehnen können. Dann aber hätte er wissentlich an den Friesländern vorbeientschieden.

www.liquid-friesland.de



Nachkontrolle von Hand: Die Ablehnung der EU-Verfassung war kaum zu glauben. Foto: Reuters

Vom klaren Nee zum bindenden Ja

Linksliberale, Grüne und Sozialisten kämpfen in den Niederlanden für mehr Bürgereinfluss

Kerstin Schweighöfer
aus Den Haag

Im Fernsehen fanden Europa-Debatten statt, Zeitungen brachten Sonderbeilagen heraus, Minister verteilten auf der Straße Broschüren. Der beliebte Rapper Ali B. appellierte mit einem speziellen „Verfassungssong“ an seine Fans, während Altpremierminister Wim Kok und Schriftsteller Geert Mak in Radiospots oder Zeitungsannoncen versuchten, ihre Landsleute zum Ja-Sagen zu bewegen.

Geholfen hat alles nichts: Am 1. Juni 2005 sprachen sich 61,5 Prozent der Niederländer gegen die europäische Verfassung aus. Mit diesem klaren „Nee“ endete eines der denkwürdigsten Referenda in der europäischen und auch der niederländischen Geschichte. Denn eine nationale Volksabstim-

mung hatte es im Polderstaat seit 200 Jahren nicht mehr gegeben.

Ein Recht darauf haben die Niederländer nicht. Ihr Image mag noch so progressiv und demokratisch sein – ob ihre Meinung gefragt ist, wird oben entschieden: Parlament, Gemeinderäte oder Provinzregierungen können ein konsultatives Referendum durchführen. Bindend ist es nicht. Die Bürger selbst können nur eine Parlamentsdebatte initiieren, Voraussetzung: 40.000 Unterschriften.

Unfreiwilliges Referendum

Auf kommunaler Ebene fanden in den letzten hundert Jahren rund 150 konsultative Referenda statt. Auf nationaler Ebene war das EU-Referendum von 2005 das bislang erste und letzte. Freiwillig hätte es die damalige Regierungskoalition nie so weit kommen las-

sen. Dass sich im Parlament dafür erstmals eine Mehrheit fand, lag am Hoge Raad, dem höchsten Rechtsorgan: Der Vertrag von Lisabon habe Verfassungscharakter, urteilte er, seine Verabschiedung komme einer Änderung der nationalen Verfassung gleich. Dazu müssten die Bürger eigentlich bei Neuwahlen befragt werden. Da dies nicht möglich war, sollte zumindest von der Möglichkeit des konsultativen Referendums Gebrauch gemacht werden.

„Mit der direkten Demokratie ist es bei uns nicht weit her“, sagt Arjen Nijeboer von der „Referendum-Plattform“ in Amsterdam, die sich für mehr direkte Demokratie und die Einführung eines bindenden, von den Wählern selbst initiierten Volksentscheids einsetzt. Roy Kramer von der linksliberalen D66-Partei kann

ihm nur beipflichten: „Wir haben ja noch nicht einmal einen demokratisch gewählten Bürgermeister!“ Dieser Posten wird zentralistisch von Den Haag aus besetzt. Immerhin haben die Gemeinderäte bei der Ernennung der Bürgermeister inzwischen ein Wort mitzureden, dafür hat die D66-Partei gesorgt.

Zusammen mit den Grünen und den Sozialisten machen sich die Linksliberalen auch seit Jahrzehnten für ein bindendes Referendum nach Schweizer Vorbild stark – bislang vergeblich. 1999 hätten sie es beinahe geschafft, da scheiterte der Gesetzesentwurf im Senat an einer Stimme. So nah sind die Referendum-Befürworter ihrem Ziel nie mehr gekommen, aber, so Roy Kramer: „Wir geben nicht auf.“ Dieses Jahr soll ein neuer Vorstoß gewagt werden.

Wie grenzenlose Transparenz das Vertrauen auffrisst

Den Vertrauensverlust der Bürger soll sie kurieren, die Winkel der Korruption ausleuchten und irgendwie alle mit allen verbinden: Transparenz. Und dann wird alles gut? Nein. Über sinnvolle und notwendige Grenzen und Geheimnisse.

Lisa Nimmervoll

Wien – Sie werden meist in einem Atemzug genannt, quasi als Problem-Lösung-Kombination: Der „Krise der Demokratie“ folgt ziemlich sicher auch der Ruf nach „Transparenz“. Mehr davon. Möglichst viel davon. Vielleicht sogar totale Transparenz, wenn es etwa nach der Piratenpartei geht. Oder den Enthüllungsbüchlein von Wikileaks. Die Hoffnung, die dabei mitschwingt: „Durchsichtige“, offene Prozesse würden aus irritierten, wütenden oder schlicht demokratiemüden Bürgern wieder vertrauensvolle Mitspieler im politischen Spiel machen. Transparenz würde gleichberechtigte Teilhabe aller ermöglichen und düstere, uneinsehbare Winkel für Korruption grell ausleuchten.

Und dann wäre alles gut? Nein, warnt der Philosoph Byung-Chul Han in seiner Streitschrift *Transparenzgesellschaft* (Matthes & Seitz Berlin 2012) vor der Fetischisierung der Transparenz und einer Reduktion nur auf Demokratie und Korruption. Der gebürtige Südkoreaner, der an der Universität der Künste Berlin lehrt, sieht im anschwellenden Transparenzgesang nämlich einen „systemischen Zwang“, der alle Lebensbereiche verschlingt. In einem Interview mit dem *SZ-Magazin* sprach er sogar von „Transparenzterror“.

Die berechtigten Wünsche nach Einsicht in politische Vorgänge, zum Beispiel auch im Dienste der Menschenrechtswahrung, begrüßt Han natürlich auch. Davon abgesehen aber meint er sinngemäß: Transparenz frisst Vertrauen auf. Ja, der Ruf nach ihr sei ein Symptom für eine Vertrauenskrise, nicht aber die Therapie dafür. Im Gegenteil. „Die Transparenzgesell-

schaft ist eine Gesellschaft des Misstrauens, die aufgrund des schwindenden Vertrauens auf Kontrolle setzt.“

Radikal zu Ende gedacht sei in einer transparent durchdrungenen Gesellschaft gar kein Vertrauen mehr nötig, ja nicht möglich. Weil jedes noch im Verborgenen bleibende Etwas Anlass für Zweifel und Misstrauen wäre. Ihrer Logik nach sei Transparenz maßlos. Selbst wenn die Politik jeden ihrer Schritte absolut offenlegen würde, wäre das nicht genug, das beschädigte Vertrauen in ihre Repräsentanten wiederherzustellen. „Vertrauen ist nur möglich in einem Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen. Vertrauen heißt, trotz Nichtwissen gegenüber dem anderen eine positive Beziehung zu ihm aufzubauen“, heißt es bei Han. Und Vertrauen ist konstitutiv für soziale Kommunikation jeder Art – zumindest in einer freien Gesellschaft.

Mehr oder totale Transparenz führe auch nicht automatisch zu Veränderungen oder politischen Reformen. Sie ist per se noch keine Kritik an bestehenden Systemen.

Lob des Geheimnisses

Anmerkungen zum aktuellen Transparenzdiskurs und seiner Ausstrahlung in andere Lebenssphären liefert auch die Soziologie. Spätestens seit Erving Goffman, also seit fast 90 Jahren, wissen wir, dass gesellschaftliches Interagieren auch uneinsehbare, geschützte „Hinterbühnen“ braucht – das gilt auch für gewisse politische Prozesse. Das Geheimnis als „bewusst gewolltes Verbergen“, so nannte es der Soziologe Georg Simmel 1908, erfüllt auch gesellschaftlich wichtige Funktionen. Angefangen von geheimen Wahlen bis zum Informantenschutz im Journalismus.

Was das Private anlangt, hält sich Transparenzkritiker Han an Schriftsteller Peter Handkes Zitat: „Von dem, was die anderen nicht von mir wissen, lebe ich.“ Völlig transparent sei nur die Maschine – oder das Tote.

Viele Leser wollten wissen: „Welche Bedeutung haben Transparenz und Open Data im Politikbereich für die Demokratie?“



Keine Terroristin

www.migrantas.org

Pipelines für das „Öl der Wissensgesellschaft“

Open Data eröffnet Bürgern Zugang zu Informationen von Politik und Verwaltung

Georg Pichler

Wien – „Rohdaten jetzt!“, forderte „Internet-Vater“ Tim Berners-Lee 2009. Ämter und Behörden erheben tagtäglich zahlreiche Informationen – und auf diese soll der Bürger auch Zugriff bekommen. „Open Data“ lautet das Stichwort. Eine Vision, die dabei ist, Realität zu werden. Linz und Wien gelten hierzulande als Vorreiter. Im kontinentalen Kontext blickt man gern nach London. Doch was ist „Open Data“? „Open Data ist ein Grundpfeiler von Open Government, einem Synonym für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber

Bevölkerung und Wirtschaft“, sagt Experte Robert Harm, Vorstand des Vereins Open3 (open3.at). „Diese kann zu mehr Transparenz, Innovation und einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen.“ Auch wirtschaftlich ist ein offener Zugang zu diesen Informationen ein relevanter Faktor. Die direkten und indirekten Effekte von „Open Data“ belaufen sich laut EU-Berechnung auf bis zu 140 Milliarden Euro pro Jahr.

Wien hat 2011 begonnen, Daten bereitzustellen. Erste Anwendung war die „Toilet Map Vienna“, die in Zeiten drängender Not den schnellsten Weg zum nächsten „Örtchen“ weist. Johann Mithesz, Technologiechef der Stadt Wien, spricht im STANDARD-Gespräch von „Open Data“ als „Öl der Wissensgesellschaft“. 2013 werden unter vier Schwerpunkten weitere Datensätze freigege-

ben. Die Stadt Wien kooperiert in ihren Anstrengungen mit deutschsprachigen Nachbarstaaten.

Trotz Andrangs haben die Wiener Linien länger zur Öffnung gebraucht. Kürzlich wurde im Rahmen eines „Create Camps“ erstmals Zugang zum Informationsschatz gewährt. Nun folgt eine umfassende Prüfung des gesamten Datenspektrums, sagt der zuständige Beauftragte Stefan Kriz. Es soll eruiert werden, welche Informationen bedenkenlos freigegeben werden können.

Österreichweit gibt es die vom Bundeskanzleramt mitinitiierte „Open Government Data Plattform“ (data.gv.at). Sie ist zentraler Hub für alle Daten von Bund, Ländern und Gemeinden und soll auch mit dem „Open Data“-Projekt der EU vernetzt werden. Die Teilnahme daran ist freiwillig.

Langversion: derStandard.at/Web

Kleine Demokraten im Hohen Haus

Wie Schulkinder in der Demokratiewerkstatt des Parlaments zu „Demokratie-Profis“ werden

Katharina Mittelstaedt

Wien – „Alle bereit?“ Verdutztze Kindergesichter. „Durchatmen.“ Die kleinen Moderatoren schnaufen tief durch die Nase. „Lächeln.“ Das fällt schwer, die Nervosität, aber die Augen glitzern. „Uuuund Action“: kurze Pause, schweigen, aber dann – „Hallo, ich bin die Michaela, das ist der Stefan, und der erklärt uns jetzt, was eine Umfrage ist.“ Cut.

Alles in kleinen Schritten, angepasst an die Geschwindigkeit und den Wissensstand der Gruppe, das ist das Credo der Demokratiewerkstatt, dem „Baby“ von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Sie hat das Projekt 2007 ins Leben gerufen. Damals sei es noch schwer gewesen, Schulen zu finden, die mitmachen wollen. Heute bekommen gar nicht alle Klassen einen Termin.

Demokratiewerkstatt, das sind kostenlose Workshops für Acht- bis 15-Jährige. Lehrer können ihre Klassen anmelden und eines von sechs Themen wählen: Gesetzgebungsprozess, Diskussion mit Abgeordneten, Partizipationskurs, mediale Manipulation, Europäische Union oder Zeitreise durch die heimische Geschichte. Die Kinder lernen etwa, dass die „Saure-Gurken-Zeit“ die ist, wenn Journalisten im Sommer nicht wissen, was sie schreiben sollen, weil alle auf Urlaub sind.

Während Michaela und Stefan den ersten Fernsehbeitrag ihres Lebens drehen, sitzt ihre Lehrerin im Nebenraum auf einem Kindersessel und beobachtet eine Gruppe, die bespricht, was Manipula-

tion bedeutet. Manche Schüler bekämen von den Eltern gar keine politische Bildung vermittelt, andere würden stark beeinflusst, erklärt Hauptschulpädagogin Brigitta Rammel: „Vor allem von rechts-populistischer Seite. Sie übernehmen

Strache-Slogans, fangen damit aber inhaltlich gar nichts an.“ In ihrer Klasse haben fünf von 20 Kindern keinen Migrationshintergrund. Grundsätzlich gebe es dadurch aber keine Konflikte: „Wenn Kinder zum Beispiel sagen, dass wir zu viele Ausländer haben, meinen sie damit nicht die Klassenkollegen“, sagt Rammel.

Prammer hält die Demokratiewerkstatt auch für eine Integrationsmaßnahme: „Staatsbürger

oder nicht ist bei uns völlig egal, denn Partizipation ist mehr als Wahlrecht.“ Vor allem die Ehrung zum „Demokratie-Profi“ für alle Kinder, die insgesamt vier Kurse besucht haben, würde junge Menschen mit Migrationshintergrund rühren. „Viele bekommen in den Familien vermittelt, dass österreichische Politiker totale Honorationen sind. Und dann steht plötzlich die Nationalratspräsidentin vor ihnen und hängt ihnen eine riesige Goldmedaille um“, sagt Elisabeth Schindler-Müller, Leiterin der Demokratiewerkstatt.

Am Ende des Vormittags hat jede Gruppe einen fertigen Medienbeitrag gestaltet. Rote Backen, die Kinder sind stolz. „Klar ist es manchmal schockierend, wie wenig Vorwissen manche Klassen haben. Aber spätestens nach dem Kurs wissen sie mehr als mancher Erwachsene“, sagt Prammer.



WISSEN

Demokratie im Jugendformat

Das Parlament bietet neben der **Demokratiewerkstatt** drei weitere „Jugendformate“: das zweimal jährlich stattfindende **Jugendparlament**, wo die teilnehmenden Schüler in fiktiven Klubs den Gesetzgebungsprozess simulieren, **Parlamentsführungen** für Kinder und die Parlamentsinternetseite **Demokratiewebstatt**. Eine Plattform für Jugendliche aus ganz Europa ist das **European Youth Parliament**. Die Nichtregierungsorganisation veranstaltet seit 1987 Konferenzen, bei denen sich junge Menschen treffen und aktuelle Themen diskutieren. Ziel sei, das Demokratieverständnis, sprachliche Kompetenz und die europäische Idee zu fördern und voranzutreiben. (mika)

Die Vermessung der direkten Demokratie in Österreich



Politik hat immer auch mit den Wünschen und Begehrlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Idealerweise erfüllt sie jene von möglichst vielen. Um herauszufinden, was die Bevölkerung denn eigentlich will, empfiehlt es sich, sie zu fragen, sich von ihr beraten zu lassen – kurz: sie einzubinden. Direkte Demokratie nennt sich das. Auf Bundesebene stehen in Österreich dazu die Instrumente Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksbefragung zur Verfügung.

In den neun Bundesländern variiert das Engagement der Regierungen und Parteien sehr stark. Die Begeisterung für direktdemokratische Spielarten der Politik ist unterschiedlich intensiv. Die Wiener Stadtregerung etwa fragt ihre Bürgerinnen und Bürger in jüngster Zeit immer öfter: „Was wollt ihr dann?“ In Vorarlberg wiederum ist Bürgerbeteiligung sogar ein verfassungsrechtlich abgesichertes Gut. In anderen Ländern dagegen tut sich auf offizieller Ebene nicht so viel. Engagierte Bürgerinnen und Bürger aber, die sich mit eigenen Initiativen für ihre Anliegen selbst in die Politik einbringen und mitmischen wollen, gibt es in allen Bundesländern.

OBERÖSTERREICH

Stopschild der Bürger

Die Hälfte der Legislaturperiode in Oberösterreich ist vorbei. Zeit für die regierende ÖVP, sich Gedanken über die 2015 anstehende Landtagswahl im Allgemeinen und über die politikverdrossenen Nichtwähler im Speziellen zu machen. So übernahm die ÖVP von ihrem grünen Koalitionspartner in Oberösterreich einen Vorschlag zum Ausbau der direkten Demokratie: die Einführung eines Vetoreferendums.

Demzufolge sollen Bürger die Chance erhalten, nachträglich eine Bürgerabstimmung über ein beschlossenes Gesetz im Landtag herbeiführen zu können. Vorstellbar wäre dieses Veto für die ÖVP, sobald 50.000 Unterschriften vorliegen würden. Zuerst will die Volkspartei aber prüfen lassen, ob ein Bürgerveto auch verfassungsrechtlich halten würde. Dann wolle sie mit den anderen Fraktionen verhandeln.

Schon vorab stellt Gottfried Hirz, Klubobmann der Grünen, zum Vetoreferendum klar: „Damit hätten die Bürger und Bürgerinnen eine gewichtige Korrekturmöglichkeit, um sich gegen umstrittene Landesgesetze aktiv zur Wehr zu setzen.“

Die Bürgerin im Gemeindeamt

Für ihr zukunftsweisendes Amtshaus bekam die oberösterreichische Marktgemeinde Ottenseim 2010 den begehrten österreichischen Bauherrenpreis verliehen. Damals war die dafür verantwortliche Bürgerliste „Pro O“ schon 13 Jahre im Gemeinderat vertreten und die Pro-O-Frau Ulrike Böker schon sieben Jahre lang Bürgermeisterin der zehn Kilometer donauaufwärts nach der Landeshauptstadt Linz liegenden Gemeinde. 1302 Bürgerinnen und Bürger gaben Böker im Jahr 2003 ihre Vorzugsstimmen, das waren immerhin 287 Stimmen mehr, als der bis dato amtierende ÖVP-Bürgermeister bekam. Vielleicht weil viele Ottenseimer seit 1997 miterleben konnten, dass eine Bürgerliste ohne parteipolitischen Zwang einen Ort wie Ottenseim nachhaltig verändern kann. Die Marktgemeinde ist mittlerweile in vielerlei Hinsicht beispielgebend: in Sachen Ortsentwicklung, aktive Bürgerbeteiligungen und Sensibilisierung für nachhaltige Themen und Lebensmodelle. Nach über 15 Jahren Bürgerlisten-Engagement sind die Veränderungen deutlich spürbar, und die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg ist selbstverständlich geworden. Ottenseim ist heute ein weltoffener Ort. Das beweisen Bürgerversammlungen, der wöchentliche Bio-Markt, interessante Vorträge, Kino am Marktplatz, Grätzelbesuche oder gemeinsames Grillen in den Donauauen. Das neue Amtshaus ist da nur das sichtbarste Zeichen.

NIEDERÖSTERREICH

Der direkte Landeshauptmann

Vergangenen Herbst machte sich die FP Niederösterreich für eine Direktwahl des Landeshauptmannes und der Bürgermeister sowie für eine Abänderung des Initiativrechts stark. SP und VP hatten im Frühjahr zuvor Gespräche über ein „Demokratiepaket“ unter anderem zur Abschaffung des Proporz verhandelt, aus dem

dann nichts wurde. Nach Darstellung der Schwarzen ließen die Roten die Gespräche platzen, die wiederum beklagten, die VP habe nicht ernsthaft darüber reden wollen. Die VP tat auf Wahlplakaten schon mal so, als könne man den Landeshauptmann direkt wählen, hält aber am Vorzugsstimmensystem fest.

Die Bezwingen der Flugangst

Steht die Erweiterung eines Flughafens an, ist geballter Bürgerprotest vorprogrammiert. In Wien-Schwechat ist es in Bezug auf die Pläne für eine dritte Abflug- und Landepiste nicht anders. Speziell ist dort aber, dass fünf Jahre lang ein Mediationsverfahren lief, in das neben Flughafen, AUA, Austro Control und Ländern auch Gemeinden und Bürgerinitiativen eingebunden waren – insgesamt 50 Parteien. 2005 wurde die Abschlusserklärung unterzeichnet.

Die darin festgehaltenen Zusagen für Anrainer zum Beispiel in Sachen Lärm- und Nachtflugregelung wirkten 2012, als ein positiver Bescheid der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Flughafen ausbau vorlag, dass mehrere Bürgerinitiativen gegen diesen keinen Einspruch eingelegt haben. Nach wie vor wacht das Dialogforum, ein gemeinnütziger Verein, über die Einhaltung der im Mediationsverfahren ausgehandelten Verträge und dient als Ansprechpartner.

SALZBURG

Drei Stufen für die Bürger

Bürgerinitiativen und Stadtregerung haben ein dreistufiges Bürgerbeteiligungsmodell verhandelt. Es soll vom Gemeinderat im Frühjahr 2013 beschlossen werden. Das Salzburger Modell richtet sich nach der Wahlzahl. Hat eine Initiative Unterstützungserklärungen im Wert eines Gemeinderatsmandates, kann sie im Gemeinderat einen Initiativantrag einbringen. Mit dem Äquivalent von zwei Mandaten kann ein stadtweites Bürgerbegehren erzwungen werden. Stufe drei ist der Volksentscheid: Die Abstimmung ist für die Politik bindend, wenn mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. Die ÖVP tritt für eine Hürde von 30 Prozent ein. Das Stadtrecht ist aber in der Landesverfassung festgeschrieben, und ohne ÖVP ist im Landtag derzeit keine verfassungsändernde Mehrheit möglich.

Unsere Stadt soll grün bleiben

Die Zerstörung der Altstadt Salzburgs und die geplante Verbauung von Freisaal, einer der prägendsten Stadtlandschaften, führte Anfang der 1970er-Jahre zur Gründung der Bürgerbewegungen. Als Ergebnis wird 1985 vom Gemeinderat die Grünlanddeklaration beschlossen. Dieser Grünlandschutz ist aber nur eine Selbstbindung des Gemeinderates. Nach Versuchen, die Deklaration aufzuweichen, erzwingt die Aktion Grünland 2006 eine Bürgerabstimmung. 95 Prozent stimmen für den Erhalt der Stadtlandschaften. 2007 tritt die neue Grünlanddeklaration in Kraft. Sie kann nur mit hohen Quoren und bei Flächenersatz abgeändert werden.

VORARLBERG

Bürger in guter Verfassung

Als erstes europäisches Land schreibt Vorarlberg Bürgerbeteiligung in der Landesverfassung fest. Nimmt der Landtag die Regierungsvorlage an, heißt es künftig in Artikel 1: „Das Land bekennt sich zur direkten Demokratie in Form von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen und fördert auch andere Formen der partizipativen Demokratie.“ Landeshauptmann Markus Wallner (VP) erhofft sich dadurch „die Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur“. Sie könne Politikverdrossenheit entgegenwirken „und bringt staatliche Entscheidungsträger wieder näher zu den sie legitimierenden Bürgerinnen und Bürgern“, meint Wallner.

Eine Möglichkeit der Beteiligung sind seit 2006 Bürgerräte, 30 wurden bisher durchgeführt. In den Bürgerräten machen sich zwischen zwölf und 16 Menschen unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen, die nach Zufallsprinzip ausgewählt wurden, Gedanken über meist sehr komplexe und kontroverse Themen in Stadtteilen, Gemeinden, aber auch auf Landesebene. An eineinhalb bis zwei Tagen entwickeln sie Empfehlungen, die dann in Bürgercafés öffentlich präsentiert werden. Auf Landesebene wurden bisher vier Bürgerräte durchgeführt. Der letzte beschäftigte sich mit dem Thema Nachbarschaft. Elemente der direkten Demokratie in Nachbarschaftsfragen und Schlichtungsstellen in Konfliktfällen waren konkrete Vorschläge, die in das Konzept Siedlungsarbeit in Vorarlberg einfließen sollen. Bildung ist Thema des nächsten landesweiten Bürgerrats im Februar.

Lufthoheit über unser Tal

Am 21. Oktober 2012 wurde erstmals in einer Vorarlberger Gemeinde, in Mittelberg, über ein Seilbahnprojekt abgestimmt. Die geplante Panoramabahn quer über das Schwarzwassertal wurde mit 54,8 Prozent abgelehnt. 3960 Frauen und Männer im Kleinwalsertal waren stimmberechtigt. 74,5 Prozent gingen zur Abstimmung.

TIROL

Mitreden per Mausclick

Die Oppositionsparteien Liste Fritz und Grüne versuchten Elemente der direkten Demokratie in die Landespolitik einzubringen. Dazu hätte die Landesverfassung novelliert werden müssen, was nicht geschah. Der Grüne Gebi Mair argumentiert, es werde von den regierenden Parteien ÖVP und SPÖ „alles, was direkte Demokratie betrifft“ verhindert. Initiativen wie „Volksabstimmungen auf Gemeindeebene mit Bindung des Gemeinderates“ oder die „Einführung von Online-Petitionen und Online-Bürgerinitiativen“ wurden etwa abgelehnt. Die Landeshauptstadt Innsbruck hingegen bemüht sich in einem eigenen Ausschuss um mehr Bürgerbeteiligung. So kann etwa ein Online-Bürgerbefragung unter www.innsbruckinformiert.at/meinung über unterschiedliche Themen abgestimmt werden.

Wir machen unser Grätzel zur Marke

Bürgerbeteiligungsprojekt Anpruggen: Im Zuge eines Markenbildungsprozesses wird seit 2009 an einer Revitalisierung von Anpruggen, dem Innsbrucker Stadtteil, der von der Altstadt aus gesehen, jenseits des Inns liegt, gearbeitet. In zahlreichen Sitzungen mit Bewohnern, Lokalbesitzern und Kreativen aus den Grätzeln St. Nikolaus und Mariahilf werden Ideen für das neue Anpruggen gesammelt. Der Waltherplatz soll etwa nutzbarer gemacht werden. Der Innenbereich durch seine Verbauungen quasi ausgesperrt – könnte mehr ins Zentrum von Stadt und Grätzel rücken. Überhaupt könnte es eine Verkehrsoptimierung geben. Und der Hans-Brenner-Platz sollte nicht mehr nur als Parkplatz dienen, sondern auch zu einem nutzbaren öffentlichen Raum werden. Mit Bürgerbeteiligung sollen kurz-, aber auch langfristige Projekte zur Belebung des Stadtteiles ins Leben gerufen werden.

KÄRNTEN

Begehren können viele viel

In Kärnten gibt es neben Landesvolksbegehren und der Landesvolksbefragung auch das Gemeindevolksbegehren. Zur Einleitung eines Landesvolksbegehrens braucht man 3,3 Prozent der Wahlberechtigten, also rund 15.000 Unterstützungserklärungen. Auf Gemeindeebene müssen es jedoch fünf Prozent sein. Ein Durchführungsrecht gibt es aber nicht. Im Fall des Klagfurter Stadions konnten immerhin rund 12.000 Unterschriften gesammelt werden. Das Gemeindebegehren wurde jedoch vom Tisch gewischt. Kärntens Grüne fordern jetzt für Großprojekte nach dem Schweizer Modell eine zwingende Behandlung von Gemeindevolksbegehren – und zwar ab einer bestimmten Investitionssumme. „Da gibt es dann kein Drüberhaken mehr“, meint der Grün-Abgeordnete Rolf Holub: „Die meisten Großprojekte werden bei uns schon im Vorfeld ausgedacht.“

Bürger aller Länder, vereinigt euch!

Sie treten gegen die Macht der Energiekonzerne und der mit ihnen verbündeten Politiker auf. Im Raum Villach hatte sich zunächst eine starke „Bürgerinitiative Villach-Süd“ gebildet, die gegen Grundstücksenteignungen durch die Kelag, den Kärntner Energieversorger, auftritt. Ihr Motto lautet: „Fairkabeln statt enteignen“. Dabei geht es primär darum, statt einer 110-KV-Freileitung eine umweltschonendere Erdverkabelung zu erreichen. Man engagiert sich mittlerweile aber auch gegen weltweite Energielobbys und umweltzerstörerische Großprojekte. Der „B1 Villach-Süd“ ist es gelungen, sich kärnten- aber auch weltweit zu vernetzen. Ziel ist eine breite länderübergreifende Bürgerplattform, die sich energie- und gesellschaftspolitisch einbringt.



Steirer sind keine Schweizer

Auffällige Sympathien für Modelle direkter Demokratie hat die steirische Landesregierungsspitze bisher nicht erkennen lassen. „Wir sind nicht die Schweiz“, hatte Landeshauptmann Franz Voves in einem STANDARD-Interview zum Thema angemerkt. Der Wunsch nach direkter Mitbestimmung wird jetzt aber massiv von der untersten politischen Ebene, den Gemeinden, an Voves und seinen ÖVP-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer herangetragen.

Voves und Schützenhöfer haben Gemeindefusionen – als zentrales Thema ihrer Reformpolitik formuliert. Nach einer „Freiwilligen-Phase“ sind nun auch Zwangsfusionen geplant. Gegen verordnete Zusammenlegungen von Gemeinden haben sich jetzt mehr als 100 Bürgermeister zu einer Initiative zusammengeschlossen. Sie fordern auf Grundlage von Gemeinderatsbeschlüssen in ihren Ortschaften verpflichtende Volksabstimmungen in den von Fusionen betroffenen Gemeinden.

Bürger befragt – Bürger klagt

Anders als die steirische Landesregierung ist der Grazer ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl ein glühender Anhänger direkter Demokratie. Als er nach einem dürrigen Ergebnis seiner Partei bei der Landtagswahl 2010 feststellte, dass Politiker für die Bevölkerung das „Letzte vom Letzten“ seien, beschloss er, künftig „alle wichtigen Fragen und Projekte durch Bürgermitbestimmung“ zu entscheiden. Seither gingen einige Befragungen, an denen man postalisch oder über Internet teilnehmen konnte, in Graz über die Bühne – die jüngste im Sommer 2012, als die Grazer sowohl gegen den Kauf der Reininghausgründe als auch gegen die Einführung einer Umweltszone stimmten. Doch diese Befragung wirft rechtliche Fragen auf. Nach der Klage eines Grazers kam nämlich die Datenschutzkommission zu dem Schluss, dass die Verwendung von Melddaten im Zuge der Befragung rechtswidrig war.

„Wir bereiten unsererseits eine Beschwerde gegen die Entscheidung der Datenschutzkommission vor“, sagte der Grazer Magistratsdirektor Martin Haidvoigl dem STANDARD. Schneller gelöst wäre das Problem aber, wenn der Landtag das Steiermärkische Völkerrechtgesetz novellierte und die Bürgerbefragung via Internet als Instrumentarium zulässt.

WIEN

Was die Wiener so denken

Direkte Demokratie dient in Wien nicht unbedingt nur der Meinungsfindung. Im Vorfeld der Wahl 2010 initiierte die damals ausschließlich rote Stadtregerung eine Volksbefragung, aus deren Fragestellung man schon ablesen konnte, was die SP gut fand und was weniger. Dieses Kalkül ging in einem Punkt nicht auf: Die Wiener votierten für die Einführung der Nacht-U-Bahn am Wochenende, für die vor allem die VP geworben hatte.

Von 7. bis 9. März wird das Volk in Wien wieder befragt – und es geht wieder darum, der Opposition das Wasser abzugraben. Denn die VP hatte quasi in einem Akt der politischen Selbstwiederbelebung massiv gegen die Ausweitung des Parkpickets kampagnisiert und Unterschriften für eine Volksbefragung gesammelt. Das Rathaus qualifizierte die intendierte Fragestellung als verfassungswidrig (weil auf Gebühren bezogen) ab; die rot-grüne Koalition zimmerte eine Befragung zusammen, in der es um das Parkpicket geht, aber auch um mögliche Olympische Spiele in Wien, um die Privatisierung der Daseinsvorsorge und um Energieprojekte mit Bürgerbeteiligung.

Retour zur Natur

Kaum etwas mobilisiert die Wiener so sehr wie die drohende Bebauung von Grünflächen. Die diesbezüglich erfolgreichsten Bürgerinitiativen sind wohl jene gegen die Bebauung der Steinhofgründe in Penzing. Dort wurden zehntausende Unterschriften gesammelt gegen die Errichtung von – ursprünglich – 600 Wohnungen. Die „Kronen Zeitung“ setzte sich auf das Thema, und prompt erklärte es Bürgermeister Michael Häupl (SP) zur Chefsache. Er veranlasste Ende Oktober 2011 ein „Zurück zum Start“.

Im Herbst 2012 wurde als Abschluss eines Mediationsverfahrens festgehalten, dass ein Expertengremium entscheiden soll, wie es am Steinhof weitergeht. Allerdings herrscht auch zwischen den Bürgerinitiativen Uneinigkeit, nur ein Teil hat die Einigung unterschrieben, andere wehren sich ganz grundsätzlich gegen die Bebauung.

BURGENLAND

Weniger direkt geht's auch

Die Diskussion um die Verstärkung direktdemokratischer Instrumente köchelt im Burgenland unter der Wahrnehmungsschwelle auf dem Niveau von Sonntagsreden. Konkrete Vorstöße der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP gibt es nicht. Man hat genug zu tun, sich bei der Abschaffung des Proporz zu blockieren.

Wollen Sie umfahren werden?

Eine landesweite Volksbefragung gab es im Burgenland noch nicht. 2001 wurde die Menschen in den Ortschaften entlang der Bundesstraße 50 zwischen Eisenstadt und Neusiedl am See befragt, ob sie umfahren werden wollen. Bis auf Schützen am Gebirge sprachen sich alle dagegen aus, die Landespolitik folgte dem Votum. Im vergangenen Herbst gab es den Spatenstich zur Ortsumfahrung Schützen.

Sehr umstritten war die Volksbefragung 2010 im Zusammenhang mit dem geplanten Asylzentrum in Eberau. Dort wurde das Volk gleich zweimal befragt. In Eberau selbst, danach noch einmal im ganzen Südburgenland. Bei letzterer Befragung, die von vielen als glatter Missbrauch direktdemokratischer Mittel angesehen wurde, lag die Wahlbeteiligung deutlich unter 30 Prozent.

„Wir sind Schüler und keine Berufspolitiker“

Wie viel Demokratie die Schule braucht, erklärt Bundesschulsprecher **Felix Wagner** im SCHÜLERSTANDARD-Interview mit **Philipp Koch**. Wagner fordert mehr Selbstbestimmung bei der Fächerwahl.

STANDARD: *Wie schaut dein Alltag als Bundesschulsprecher aus?*

Wagner: Es ist im Prinzip ein Vollzeitjob. Wir nehmen unter anderem an Sitzungen des Bildungsministeriums teil, für die man sich sehr gut vorbereiten muss. Zusätzlich veranstalten wir Fortbildungsseminare, deren Organisation auch sehr zeitintensiv ist. Außerdem bin ich auch noch Landesschulsprecher von Niederösterreich.

STANDARD: *Wie bist du zu deinem Job gekommen?*

Wagner: Ich wurde von meinen Schulkollegen angesprochen, ob ich nicht als Schulsprecher kandidieren will, weil es keine Interessenten gab, die wirklich etwas ändern wollten. Die Aufgabe als Schulsprecher hat mir so sehr gefallen, dass ich als Landesschulsprecher kandidieren wollte. Nach nur einem Jahr in der Landesschulvertretung (LSV) bewarb ich mich zum Bundesschulsprecher. Normalerweise gelingt der Aufstieg nicht so rasch. Ich bin quasi ein Quereinsteiger.

STANDARD: *Stehst du nun auch im Rampenlicht?*

Wagner: In der Schule schon. Auf der Straße bin ich persönlich noch nicht angesprochen worden, aber meine Mutter erzählt mir immer,

dass Leute sie darnach fragen, was ihr Sohn macht.

STANDARD: *An meiner Schule kennen dich die meisten Schüler nicht, obwohl du deren Vertretung bist.*

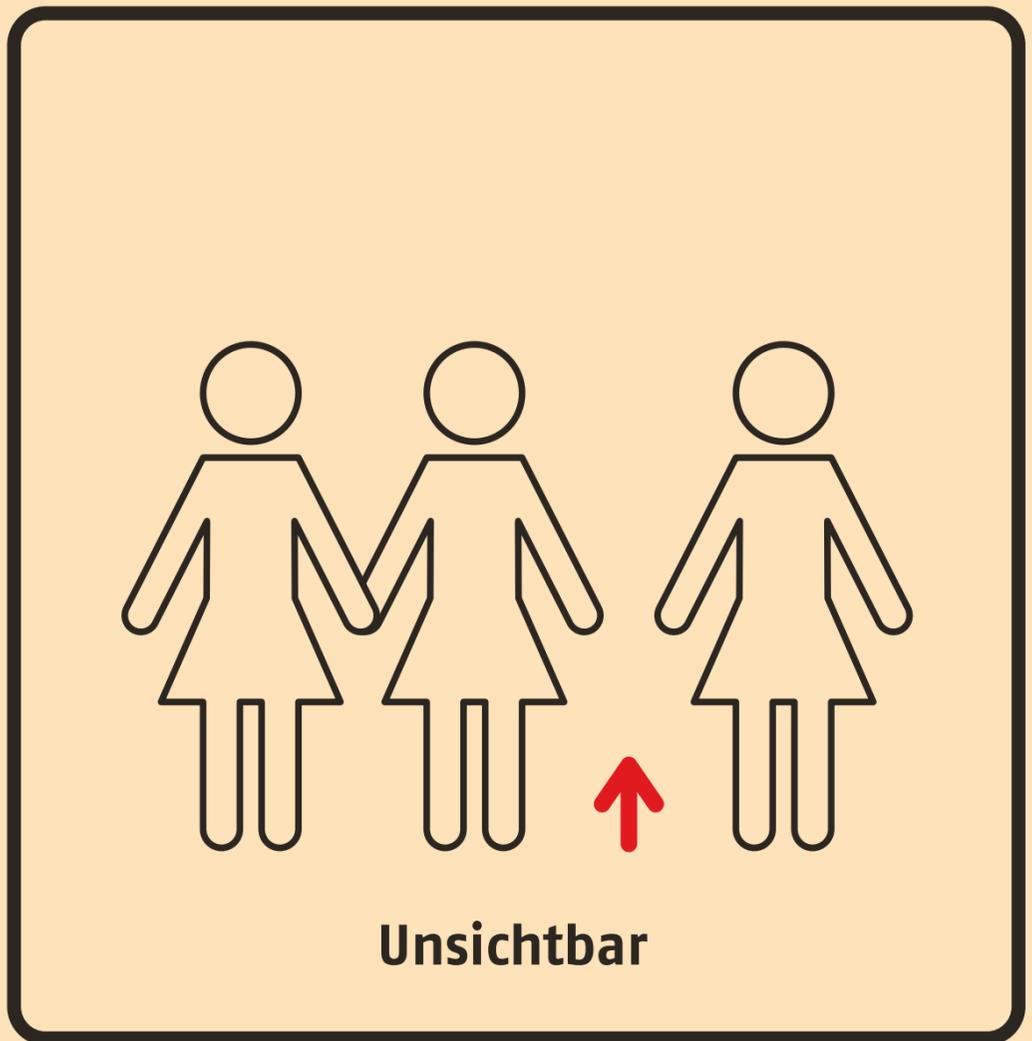
Wagner: Wir haben letzten Herbst eine Umfrage durchgeführt, die unter anderem ergab, dass tatsächlich nur sehr wenige Schüler die Bundesschülervertretung kennen. Um dem entgegenzuwirken, haben wir Projekte wie „BSV on tour“ gestartet, bei dem wir an österreichischen Schulen Gespräche mit Schülern führen. Wir können aber nicht monatelang durch Schulen touren, weil wir trotzdem in unserer eigenen Schule sitzen müssen.

STANDARD: *Die „Aktion kritischer Schüler“ fordert eine direkte Wahl der Bundesschulvertreter. Stört es dich, dass du nur indirekt gewählt wurdest?*

Wagner: Nein. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was ein Wahlkampf für einen direkt gewählten Bundesschulsprecher bedeuten würde. Schon in der Zeit, als ich für die Landesschulvertretung kandidiert hab, war ich kaum in der Schule. Wir sind eben Schülervertreter und keine Berufspolitiker. Eine direkte Wahl wäre auch viel stärker politisiert. Die Parteien würden unter dem Vorwand der BSV-Wahl mehr an Schulen werben. Das fände ich nicht gut.

STANDARD: *In der Bundesschülervertretung sitzen 27 Vertreter der ÖVP-nahen Schülerunion und nur zwei Vertreter von der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler (AKS). Kommen die Interessen der AKS dabei nicht zu kurz?*

Wagner: Die Mitglieder der AKS sind bei den Sitzungen immer anwesend, aber natürlich kommen in Grundsatzfragen eher unsere Interessen zum Tragen. Trotzdem



www.migrantas.org

bemühen wir uns, auch auf die Interessen der anderen Rücksicht zu nehmen. Meistens ziehen wir aber ohnehin an einem Strang: Stichwort Zentralmatura.

STANDARD: *Gibt die ÖVP eine Richtlinie vor, an die ihr euch halten müsst?*

Wagner: Nein. Die Schülerunion orientiert sich an ihrem eigenen Grundsatzprogramm, das am Bundestag letztes Jahr abgestimmt wurde.

STANDARD: *Eine deiner Forderungen ist mehr Mitbestimmungsrecht für Schüler in Form eines Bundesschulgemeinschaftsausschusses. Wie stellst du dir das vor?*

Wagner: Genau wie ein Schulgemeinschaftsausschuss, nur eben auf Bundesebene. Mit jeweils drei Schüler-, Eltern- und Lehrervertretern, die ein aktives Mitbestim-

mungsrecht bei Reformen besitzen. Ob das ein Vetorecht oder ein erweitertes Beratungsrecht ist, kann noch diskutiert werden. Mir ist vor allem wichtig, dass die Meinung dieser Vertreter auch wirklich zum Tragen kommt. Momentan wird deren Meinung nur Beachtung geschenkt, wenn sie dem Ministerium auch in den Kram passt.



Wagner: „Interesse fördern.“
Foto: Cremer

STANDARD: *Ebenfalls forderst du eine stärkere Förderung individueller Interessen.*

Wagner: Prinzipiell finde ich den Gedanken gut, dass man sich seine Fächer selbst aussuchen kann. Dafür gibt es auch schon Konzepte, wie etwa die modulare Oberstufe, die in den nächsten Jahren für alle Schulen verpflichtend

wird. Das könnte man insofern erweitern, dass ein Schüler sich seine Fächer selbst aussuchen kann und auch die Möglichkeit hat, die Fächer, die ihm nicht gefallen, abzuwählen. Im Moment wird ein Großteil der Zeit in der Schule einfach versessen. Jeder Schüler hat sicher schon einmal im Unterricht gedacht: „Das brauche ich nie wieder.“ Die Schule ist dazu da, den Schüler in die Richtung zu lenken, in die er will, und nicht, um ihm Steine in den Weg zu legen.

STANDARD: *Wenn ein Schüler ungeliebte Fächer abwählen kann, wäre dann die Teilnehmeranzahl in Mathematik nicht extrem gering?*

Wagner: Solche Einzelheiten müsste man noch diskutieren. Mathematik wäre vermutlich ein zu wesentliches Fach, um es abzuwählen, weil grundsätzliche mathematische Fertigkeiten auch in gewissen Studienrichtungen gefordert werden. Eine abgespeckte Variante wäre eine Möglichkeit.

STANDARD: *Wie kannst du deine Ideen endgültig durchsetzen?*

Wagner: Einerseits habe ich eine Beraterfunktion bei Claudia Schmied inne, andererseits können wir im BSV enormen Druck ausüben, weil wir die Vertretung von 1,1 Millionen Schülern sind. Mitbestimmung funktioniert aber nicht über den direkten Weg: Meisten erhalten wir erst sehr spät nach Einreichung eines Vorschlags eine Antwort, manchmal sogar gar nicht. Die Bildungsministerin Schmied gibt sich zwar Mühe, aber es könnte mehr Wille da sein, uns zu unterstützen.

STANDARD: *Strebst du eine weitere politische Karriere an?*

Wagner: Jetzt will ich erst einmal dieses Jahr im Amt auskosten und dann schaue ich weiter. Momentan habe ich keine Zeit, um über meine weitere Zukunft nachzudenken. Das Weitesten, das ich geplant habe, ist mein Zivildienst kommendes Jahr.

FELIX WAGNER (19) ist seit 30. September 2012 Bundesschulsprecher. Er besucht die HTL Mistelbach.

Die Schule ist aller Demokratie Anfang

Österreichs Schüler haben mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, als die meisten von ihnen vermuten

Darius Djawadi

Wien – Jede höhere Schule in Österreich verfügt über eine eigene Schülervertretung. Diese besteht zumeist aus sechs Vertretern, die zu Beginn des Schuljahres direkt von den Schülern gewählt werden. Bei größeren Gymnasien gibt es oft extra Unterstufenvertreter, die nur von der Unterstufe gewählt werden und ebenfalls ein Teil der Schülervertretung sind.

Was viele Schüler nicht wissen: Schülervertreter haben das gleiche Stimmrecht im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) wie die Lehrer- und Elternvertreter. Es

kann somit nichts ohne die Zustimmung der Schüler beschlossen werden. Wenn also entschieden werden soll, welche Schulklasse mit Laptops ausgestattet wird, wohin die Schulreise geht oder ob die Pausenzeiten verlängert werden sollen, hängt das immer auch von den Stimmen der Schülervertretung ab.

Vorreiter Österreich

Auf Landesebene nimmt Österreich in Sachen Demokratie für Schüler eine Vorreiterrolle ein: Als einziges Land in der EU ist in Österreich die Schülervertretung auf allen Verwaltungs-

ebenen gesetzlich festgelegt. Die Bundesschülervertretung (BSV) besteht aus dem Bundesschulsprecher, drei Landesschulsprechern pro Bundesland und der Zentralelehreanstaltenschülervertretung (ZSV). Die ZSV wiederum setzt sich aus der Schülervertretung der technischen und gewerblichen Lehreinrichtungen zusammen.

Somit ist beinahe jeder Schüler auch im Bund vertreten. Allerdings ist das Mitspracherecht der Bundesschülervertretung gering. Im Grunde liegt ihre einzige Kompetenz in der Interessenvertretung der Schüler auf Bundes- und Landesebene, also quasi Lobbyarbeit für Schüler. Aber auch das sollte nicht unterschätzt werden, schließlich ist für unter 16-Jährige diese Schülerlobby fast der einzige Weg, ihre Meinung auf Bundesebene vertreten zu lassen.

Der Ruf nach direkter Demokratie wird unter Schülern allerdings immer lauter. Doch viele Jugendliche wissen oft gar nicht, welche Möglichkeiten sie unter den jetzigen Rahmenbedingungen schon haben. „In der Schule ist unser Mitspracherecht gering, und im ganzen Land hat man als Einzelperson sowieso keine Chance“, meint die 16-jährige Schülerin Viviane. Auch der 16-jährige Florian behauptet: „Auf Bundesebene würde ich mir mehr Mitbestimmung wünschen, weil man momentan fast nichts verändern kann.“

Solche persönlichen Eindrücke hört man oft in Österreichs Schulen. Derartige Haltungen resultieren oft aus Unkenntnis und könnten durch genaue Aufklärung leicht geändert werden. Demokratie beginnt nämlich in eben jener Institution, in der Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit verbringen: der Schule.

Viele Leser wollten wissen: „Wie wird demokratische Mitbestimmung in unseren Schulen gelehrt und gelebt?“



Im Schülerparlament wird wie im Nationalrat über Anträge debattiert und abgestimmt.
Foto: Corn

Nicht nur das Volk begehrt gern

Volksbegehren waren in der Geschichte der Zweiten Republik nicht immer erfolgreich – aber sie haben auf Umwegen die Entwicklung der repräsentativen Demokratie mitgeprägt. Und manche unterschätzte Initiative hat ihr Anliegen dennoch durchgebracht.

Peter Mayr
Conrad Seidl

Wien – Um 1970 war die Sozialdemokratie – in Österreich hieß ihre Trägerin damals noch Sozialistische Partei Österreichs – europaweit angetreten, „alle Bereiche mit Demokratie zu durchfluten“. Es war ein direktdemokratisches Instrument, das den SPÖ-Chef Bruno Kreisky 1970 die (zunächst erst relative) Mehrheit brachte: Erst hatte das Rundfunkvolksbegehren von 1964 dem ORF einen regierungsunabhängigen Journalismus (und damit der ÖVP-geführten Regierung viel Kritik) eingebracht. Und dann hatte die SPÖ 1969 das zweite Volksbegehren der Zweiten Republik eingeleitet und 889.659 Wahlberechtigte für die Einführung der 40-Stunden-Woche mobilisiert.

Gegen Ende der Ära Kreisky waren es wieder direktdemokratische Instrumente, die die Entwicklung prägten. Die Volksabstimmung über das Atomkraftwerk in Zwentendorf 1978, mit der Kreisky sein persönliches Schicksal verbinden wollte, war negativ ausgefallen – Kreisky blieb dennoch, er errang 1979 sogar seinen größten Wahlerfolg.

Mit der direkten Demokratie hatte er aber keine glückliche Hand mehr: 1980 waren es sozialistische Gewerkschafter, die ein Volksbegehren starteten, um Zwentendorf doch noch ans Netz zu bringen – mit 421.282 Unterschriften ein Fehlschlag.

Leser Philipp Schwarz will wissen: „Sind Volksbegehren nur Scheindemokratie, weil alles längst politisch entschieden ist?“

Die ÖVP stellte sich daraufhin neu auf, Parteichef Alois Mock holte sich seinen alten Weggefährten Michael Graff als Generalsekretär, und dieser verkündete vollmundig, er werde der ÖVP 1983 „einen Wahlsieg, der sich gewaschen hat“ erkämpfen.

Das Instrument dazu: Ein Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum, das die Regierung Kreisky damals in Nachbarschaft des Vienna International Center (vulgo Uno-City) zu errichten geplant hatte. Der Großbau, heute als Austria Center Vienna bekannt, bediente alle möglichen Feindbilder, die man in der Provinz traditionell gegen den „Waserkopf Wien“ gehegt hat: groß, teuer und allenfalls für die Wiener nützlich.

Graff scheute sich nicht, alle diese Aspekte in der ÖVP-Kampagne zu betonen und als Konzept ein Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz vorzulegen, das die Errichtungskosten des Großbaus in den Wohnbau umlenken sollte: Mit 12.000 Wohnungen könnten Arbeitsplätze in ganz Österreich geschaffen werden.

Missbrauch des Instruments

„In Wahrheit war das natürlich auch ein Missbrauch des Instruments“, erinnert sich Michael Ikrath, damals Graffs Sekretär und heute Verfassungssprecher der ÖVP: „Es ging darum, der unter Generalsekretär Sixtus Lanner müde gewordenen Volkspartei einen Wachstumsschub zu geben.“ Und den habe man vor allem



Warum und wozu?

mit einer Mobilisierung bis in die letzte Gemeinde erzielt.

Zudem wurde die Wiener ÖVP damals vom populären Erhard Busek geführt, der der Stadtpartei ein grünes Image zu geben versuchte und gegen alle Großprojekte in Wien und Umgebung ökologische Motive anzuführen verstand. Inhaltlich passte der Kampf gegen das Konferenzzentrum daher perfekt für jede Klientel der ÖVP.

Oder nicht ganz für jede, erinnert sich Ikrath: Im Wirtschaftsband habe es durchaus Stimmen gegeben, die dem Bau des Konferenzzentrums etwas abgewinnen konnten, die Argumente der SPÖ-Alleinregierung, dass Großkonferenzen die Ostregion beleben würden, fielen bei vielen Wirtschaftstreibern auf fruchtbaren Boden. Auch Graff habe im kleinen Kreis eingeräumt, dass Wien außer der Hofburg ein weiteres Konferenzzentrum brauche – aber er hat die Parteilinie vorgegeben und durchgezogen. Dies auch in der Erwartung, dass die SPÖ ihre Linie unbeirrt von der ÖVP durchziehen würde, die Wirtschaftstreibern also am Ende ihr Geschäft mit dem Konferenzzentrum machen würden.

„Reibebaum“-Effekt

Die Kampagne der ÖVP wurde dann auch eine richtige Wahlkampfkampagne: „Graff hat auf Plakate gesetzt – auf das einprägsame Bild, dass Wien von einem Betonmonster erdrückt wird.“

Realistisch war dieses Bild natürlich nicht – drückend war nicht der Bau selbst (der heute zwischen vielen anderen auf der Donauplatz versteckt ist). Drückend war nur die Finanzierung: Die Republik zahlt auf fünfzig Jahre sechs Prozent garantierte Zinsen an arabische Investoren, die Kreisky aufgetrieben hatte, um den Eindruck zu erwecken, dass der Bau die Österreicher ohnehin „nichts“ kosten würde.

Aber solche Überlegungen zählen im politischen Geschäft nicht, sie waren zu kompliziert für Bürger, die sich mit öffentlichen Finanzen nicht beschäftigen.

Was zählte, war die Kampagne, „die die SPÖ mit ihrer Gegenpropaganda quasi mitfinanziert hat“, erinnert sich Ikrath. Das war der gewünschte „Reibebaum“-Effekt.

Das Ergebnis waren 1.361.562 Unterschriften – das meistunterzeichnete Volksbegehren. Der Bau des Konferenzzentrums wurde zwar dadurch nicht gestoppt. Kreisky verlor ein Jahr später die absolute Mehrheit, seine Ära war zu Ende.

Natürlich wissen auch die anderen Parteien um den möglichen Mobilisierungseffekt eines Begehrens. Bei der FPÖ ging der Schuss 1993 allerdings nach hinten los. Das vom damaligen Parteichef Jörg Haider initiierte Anti-Ausländervolksbegehren „Österreich zuerst“ floppte mit 416.531 Unterschriften. Im öffentlichen Gedächtnis blieb der Protest: Hunderttausende Menschen setzten beim „Lichtermeer“ am Wiener Heldenplatz ein klares Zeichen.

Das schlechteste Ergebnis eines Volksbegehrens hat allerdings eine Privatinitiative eingefahren: „Pro Motorrad“ hat im Jahr 1995 nur 75.525 Unterschriften erhalten und ist damit weit unter der für eine parlamentarische Behandlung nötigen Anzahl von 100.000 geblieben. Die Initiatoren hatten Pech, praktisch zeitgleich lief das (erfolgreiche) Kirchenvolksbegehren, das für ein großes Medienecho sorgte – und so „Pro Motorrad“ völlig überlagerte.

„Das ärgert schon, dass wir da mit der Kirche kollidiert sind“, sagt Herbert Umlauf heute. Denn „bis dahin ist es eigentlich gut gelaufen“, erinnert sich der damalige „Pro Motorrad“-Initiator, aber: „Es gab ja keine eigenen Plakate, wir waren voll auf die Medien angewiesen.“

Auslöser für das Begehren war vor allem die damals angekündigte – und umgesetzte – Kfz-Steuererhöhung. Zusätzlich sorgte ein Verkehrsprojekt für Ärger: Aus sicherheitstechnischen Gründen wurde eine Straße in Salzburg für

Motorradfahrer gesperrt. Anrainer brauchten eine Bewilligung, die Geld kostete und nur wochentags galt.

„Es war absehbar, dass da andere folgen könnten“, sagt Umlauf. So mager das Ergebnis auch

ausfiel, einiges hat das Begehren für die zweiradfahrende Bevölkerung dennoch erreicht: Die Streckensperre fiel – „und soweit ich es weiß, hat es keine weitere mehr gegeben“. Der Leitplankenschutz wurde forciert und das „Vorbeifahrrecht“ bei stehenden Autos kam: „Der damalige Verkehrsminister hatte gesagt: Alles, was kein Geld kostet, können wir regeln.“

Herbert Umlauf kann sich wohl auch deshalb vorstellen, wieder ein Begehren mitzuorganisieren: „Nicht morgen, aber wenn es mich stark betrifft.“ Noch fehlt aber das richtige Thema.

Auch heuer wird gesammelt

Andere glauben, ihren Bereich längst gefunden zu haben. Auch heuer wird kräftig für Volksbegehren kampagnisiert. So kämpft die überparteiliche Initiative „Mein-OE“ für ihr Demokratievollständigung, das in der Woche vom 15. bis 22. April läuft.

Offen ist, wann das Anti-Kirchenprivilegien-Begehren stattfindet. Und mit den Grünen versucht sich auch wieder eine Partei: Ihr geplantes Anti-Korruptions-Begehren soll für Schub sorgen – am besten wohl auch gleich für die kommende Nationalratswahl.

Volksbegehren in Österreich

Volksbegehren	Unterschriften	Rang	%*
1964 Für ORF-Reform	832.353	5	17,3
1969 Pro 40-Stunden-Woche	889.659	4	17,7
1969 Für Abschaffung 13. Schulstufe	339.407	14	6,8
1975 Aufhebung Fristenlösung	895.665	3	17,9
1980 Pro-Zwentendorf	421.282	11	8,0
1980 Anti-Zwentendorf	147.016	28	2,8
1982 Gegen Bau Konferenzzentrum	1.361.562	1	25,7
1985 Konrad-Lorenz-Volksbegehren (Hainburg)	353.906	15	6,6
1985 Zivildienst-Verlängerung	196.376	24	3,6
1985 Gegen Abfangjäger	121.182	30	2,2
1986 Anti-Draken (nur Steiermark)	244.254	19	4,5
1987 Anti-Privilegien	250.697	18	4,6
1989 Für Senkung der Klassenschülerzahl	219.127	23	3,9
1989 Gegen ORF-Monopol	109.197	33	2,0
1991 Für Volksabstimmung EWR-Vertrag	126.834	29	2,3
1993 „Österreich zuerst“ – Ausländervolksbegehren	416.531	13	7,4
1995 Pro Motorrad	75.525	35	1,3
1996 Für bundesweites Tierschutzgesetz	459.096	12	8,0
1996 Für Erhaltung der Neutralität	358.156	16	6,2
1997 Gentechnik	1.225.790	2	21,2
1997 Frauen-Volksbegehren	644.665	8	11,2
1997 Schilling-Volksabstimmung	253.949	20	4,4
1997 Atomfreies Österreich	248.787	21	4,3
1999 Familien-Volksbegehren	183.154	26	3,2
2000 Für neue EU-Abstimmung	193.901	25	3,4
2001 Bildungsoffensive und Studiengebühren	173.594	27	3,0
2002 Veto gegen Temelin	914.973	6	15,5
2002 Sozialstaats-Volksbegehren	717.102	7	12,2
2002 Anti-Abfangjäger	624.807	9	10,7
2003 Atomfreies Europa	131.772	31	2,2
2004 Pensions-Volksbegehren	627.559	10	10,5
2006 Österreich bleib frei	258.281	22	4,3
2009 Stopp dem Postraub	140.622	32	2,2
2011 Raus aus EUROATOM	98.678	34	1,6
2011 Bildungsinitiative	383.724	17	6,1

Quelle: ORF

* Prozent der Wahlberechtigten

DER STANDARD

Die Erschöpfung des Geldes Seite 24

China gehen junge Arbeitskräfte aus Seite 29

derStandard.at/Wirtschaft



Grassers Probleme mit der Schwiegermutter

Beim Bargeldtransfer im Auftrag der Schwiegermutter stellt sich heraus, dass sie zu dem Zeitpunkt nicht in der Schweiz weilte. Die Justiz sieht nun ihre These gestützt, dass Karl-Heinz Grasser Provisionen kassierte. Er dementiert.

Andreas Schnauder

Wien – Karl-Heinz Grasser teilt aus. Mehr als vier Stunden wurde er am 18. Dezember von Staatsanwalt Gerald Denk einvernommen, die Abschrift ist 93 Seiten dick. Der frühere Finanzminister bleibt bei seiner Verteidigungslinie. Die Buwog-Vorhalte seien falsch, für die Steuerkonstruktion sein Steuerberater zuständig. Weshalb es am Freitag noch einmal zu einem finalen Parallelverhör von KHG und Berater Peter H. von der Gruppe Deloitte kam.

Finanzstrafrechtlich sind die Erhebungen der Staatsanwaltschaft somit abgeschlossen, heißt es aus der Justiz, das Buwog-Verfahren dürfe noch etwas dauern. Dass Grasser an der Privatisierung der Bundeswohnungen partizipiert haben soll, wie die Justiz vermutet, dafür hat sie nach wie vor lediglich Indizien. Aber zumindest glauben die Ermittler, die Schwiegermutter-Version widerlegt zu haben.

Test für Anlagetalent

Zur Erinnerung: 2005 hat Grasser nach eigenen Angaben in der Schweiz 500.000 Euro von seiner Schwiegermutter Marina Giori-Lhota erhalten und im Geldkoffer zur Meinel Bank nach Wien gebracht. Die bereits legendäre Begründung: „Meine Schwiegermutter wollte da-



Exminister Karl-Heinz Grasser beteuert neuerlich – wie auch schon im Untersuchungsausschuss des Parlaments – seine Unschuld.

Foto: Reuters

im Rahmen der Großbetriebsprüfung hatte sie ausgesagt, dass sie nicht die wirtschaftlich Berechtigte des Meinel-Bank-Depots der Treuhandfirma Ferint sei, von dem das Geld ursprünglich stammte und zwischenzeitig mitsamt Gewinnen geparkt worden war. Generell soll der Hausseggen schief hängen, heißt es abseits der strafrechtlichen Ermittlungen.

Folgen für Swarovski

Das habe nun auch handfeste wirtschaftliche Auswirkungen, indem Giori-Lhota Anteile an Swarovski an ihre Tochter Anouschka Winter übertrage und Grassers Gattin Fiona Pacifico Griffini leer ausgehe, so das unbestätigte Gerücht. Giori-Lhota ist immerhin zweitgrößte Eigentümerin des Swarovski-Imperiums.

mit meine Geldveranlagungsfähigkeit als damaliger Bundesminister für Finanzen testen.“

Gekauft wurden Vorzugsaktien der Hypo-Alpe-Adria-Leasing-Tochtergesellschaft. Der damals noch als Finanzminister tätige Grasser erzielte 274.588 Euro Gewinn, Geld und Ertrag wurden mittelbar auf ein liechtensteinisches Konto des Karibik-Briefkastens Mandarin überwiesen. Dabei handelt es sich um jene Zahlstelle, an die auch Grassers Trauzeuge Walter Meischberger 1,5 Millionen Euro aus Buwog-Provisionen überwiesen hatte.

In akribischer Kleinarbeit hat die Staatsanwaltschaft nun durch Vergleiche von

SCHWERPUNKT:
Ermittlungen
zu Buwog
im Finale

Grassers Kreditkartenabrechnung u. a. betreffend Flüge und der von Giori-Lhota aus steuerlichen Gründen geführten Aufzeichnungen über ihren Aufenthalt neue Widersprüche entdeckt: Zum von Grasser angegebenen Zeitpunkt der Geldübergabe sei Marina Giori-Lhota demnach gar nicht im Schweizer Steuerparadies Zug gewesen. Grasser habe daher „im ersten Halbjahr 2005 nicht die Möglichkeit gehabt, seine damals zukünftige Schwiegermutter in der Schweiz zu treffen“.

„Interessiert mich nicht“

Grasser bleibt bei seiner Aussage: „Was Sie an Flugbewegungen recherchiert haben, interessiert mich nicht.“ Was sein Anwalt Manfred Ainedter unterstreicht. Im Gespräch mit dem STANDARD gibt er zu bedenken, dass Giori-Lhotas Aufzeichnungen nicht korrekt sein könnten. In frühe-

ren Statements hatte Ainedter zudem darauf verwiesen, dass ein Zusammenhang zwischen Buwog und Schwiegermuttergeld schon wegen der zeitlichen Abfol-

ge nicht infrage komme. Es gilt selbstredend die Unschuldsumutung. Die Differenzen zwischen Exminister und Schwiegermutter nehmen damit zu. Bereits

„Das werde ich Ihnen nie vergessen“

Wiedeking dankt Grasser für Ehrung – Steuernachzahlung für Porsche

Wien – Es ist ein ebenso kleines wie feines Detail im Steuerakt von Karl-Heinz Grasser. 2003 schloss der damalige Finanzminister einen Leasing-Vertrag zu Sonderkonditionen für den Porsche 911 Carrera 4 Cabrio ab. Zwar hat KHG Zahlungen für das Gefährt von 9946 Euro geleistet, allerdings hat die Finanz auf Basis der Porsche-Angaben für die Normverbrauchsabgabe einen Wert von 33.415 Euro errechnet.

Die Differenz – 23.469 Euro – ist demnach als „Entgelte von dritter Seite“ nachzuversteuern, wie es im Akt heißt, weil die „verbilligte Porsche-Nutzung dem Dienstverhältnis zuzurechnen“ sei. Dieser Zusammenhang erhärte sich we-

gen der „VIP-Stellung als Minister, welche eine besondere Werbewirksamkeit hat“.

Dazu Grasser in seiner Einvernahme: „Ich hatte ein VIP-Leasing und habe das Entgelt bezahlt.“ Die Superkonditionen habe er „wie einer von vielen VIPs bekommen“. Zudem stellte KHG den Antrag, Sektionschef Wolfgang Nolz zu vernehmen.

Nolz befragt

Grasser habe den Beamten nämlich seinerzeit befragt, ob die Leasing-Konditionen in Ordnung gingen. Nolz wurde bereits vergangene Woche befragt, ob denn die Leasing-Konditionen annehmbar seien. Seine Antwort: „Nein.“ Die Staatsanwaltschaft geht noch

einen Schritt weiter. Sie wirft Grasser ein Naheverhältnis zu Ex-Porsche-Chef Wendelin Wiedeking vor, was dieser bestreitet, und beruft sich dabei auf ein Schreiben des Deutschen.

Darin bedankt sich Wiedeking anlässlich des Ausscheidens Grassers aus der Politik Anfang 2007 dafür, dass der Minister auf EU-Ebene „zur Verhinderung der von Porsche strikt abgelehnten Quartalsberichte beigetragen“ habe. „Das werde ich Ihnen niemals vergessen.“ Auch nicht, dass Grasser in die Heimatstadt Wiedekings reiste, um ihm in Bietigheim das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich zu überreichen. (as)

NOVOMATIC AG INNOVATIVES ENTERTAINMENT

NOVOMATIC setzt auf eine erfolgreiche Zukunft.

4% NOVOMATIC-ANLEIHE 2013

Zeichnungsfrist: 21.-25. Jänner 2013 (vorzeitige Schließung vorbehalten)

Nähere Informationen über die NOVOMATIC AG sowie die NOVOMATIC-Anleihe erhalten Sie auch unter www.novomatic.com/anleiheprogramm

Eckdaten der Anleihe

Emittentin NOVOMATIC AG

Volumen EUR 250.000.000,-

Stückelung EUR 500,-

Zinssatz 4,00 % p.a. vom Nennbetrag, zahlbar jährlich im Nachhinein jeweils am 28. Jänner jeden Jahres

Laufzeit 6 Jahre, endfällig

Emissionskurs 101,421 % vom Nennbetrag, beinhaltet eine Verkaufsprovision in Höhe von 1,50 %-Punkten*

Tilgung 28. Jänner 2019 zu 100 % des Nennbetrags

Börseinführung Antrag auf Zulassung zum Geregelteten Freiverkehr an der Wiener Börse wird gestellt

Zeichnungsfrist 21.-25. Jänner 2013 (vorzeitige Schließung vorbehalten)

Zahlstelle Erste Group Bank AG

Valuta 28. Jänner 2013

ISIN AT0000A0XSN7

* Die Emittentin trägt 0,375 % des Gesamtnennbetrages als Führungsprovision für die Arrangure und die weiteren beteiligten Emissionsbanken sowie übliche Transaktionskosten.

WWW.NOVOMATIC.COM
WWW.RESPONSIBLE-GAMING.INFO

Zeichnungen nehmen entgegen: Erste Group Bank AG, Raiffeisen Bank International AG, UniCredit Bank Austria AG, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, BAWAG P.S.K. AG, Oberbank AG, Österreichische Volksbanken-AG sowie alle anderen österreichischen Kreditinstitute, die zur Verwendung des Prospektes berechtigt sind.

Diese Information wurde zu Marketingzwecken in Österreich veröffentlicht. Das öffentliche Angebot der Wertpapiere der Novomatic AG in Österreich erfolgt ausschließlich durch und auf Basis des von der Finanzmarktaufsicht gebilligten Prospekts, der gemäß den Bestimmungen des Kapitalmarktgesetzes erstellt und veröffentlicht wurde. Der Prospekt ist auf der Internetseite der Novomatic AG (www.novomatic.com/anleiheprogramm) veröffentlicht und am Sitz der Gesellschaft in Wiener Straße 158, 2352 Gumpoldskirchen, während der üblichen Geschäftszeiten kostenlos erhältlich. Im Zusammenhang mit einem Angebot der Teilschuldverschreibungen der Novomatic AG sind lediglich die Angaben im Prospekt, der im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen ist, verbindlich. Die Angaben dieser Mitteilung sind unverbindlich.

Die Schöpfung und Erschöpfung des Geldes

Die Lehren aus der Kreditkrise gehen vielen Ökonomen zu wenig weit. Um zu verhindern, dass immer wieder Blasen aufgebläht werden, die dann platzen, sollte man den Banken das Geldsystem reformieren.

Lukas Sustala

Wien – Es ist viel passiert – auf den ersten Blick. Seit den ersten Schockwellen der Finanz- und Schuldenkrise 2008 wurden so manche marode Banken verstaatlicht und die Geldinstitute gezwungen, mehr Eigenkapital zu halten. Die neuen Bankenregeln Basel III schreiben den Geldinstituten dreimal so viel Kernkapital vor wie die Vorgängerversion des Regelwerks. In der Eurozone und Großbritannien sollen die spekulativen Aktivitäten der Banken vom Einlagegeschäft weitgehend getrennt werden, in den USA wiederum wurde den Banken das Zocken mit Hedge- und Private-Equity-Fonds deutlich erschwert.

„Es wurde nichts grundsätzlich geändert“ – der zweite Blick. Richard Werner ist Professor für Internationales Bankwesen an der Universität von Southampton. Er kritisiert die bisherigen Antworten auf die Krise als zu kurz gedacht: „Am Geldsystem und den Grundursachen der wiederkeh-

renden Bankenkrise wurde nichts geändert.“ Denn nach wie vor genießen die Banken ein enormes Privileg, das trotz Regulierung und mehr Kapital nicht angefasst wird: Sie dürfen aus dem Nichts Kredit schaffen – weil dafür nur ein Bruchteil an Reserven zurückgelegt werden muss.

Um das Geld rankt sich ein Schöpfungsmythos. Wie Werner in einer aktuellen Studie untersucht hat, glaubt eine überwiegende Mehrheit der Deutschen, dass die Zentralbank die wichtigste Schöpferin des Geldes sei. „Doch das stimmt einfach nicht. Die privaten Banken schaffen und verteilen das Geld.“ Konkret schaffen die Banken bei der Vergabe eines Kredits auf Knopfdruck Giralgeld. Nach aktuellen Zahlen aus der Eurozone machen die Münzen und Scheine, die im Wirtschaftskreislauf zirkulieren, gerade einmal 850 Milliarden Euro aus. Doch diese Zahl wird vom Giralgeld in den Schatten gestellt: Die Summe der Kredite, die von den Banken geschaf-

Viele Leser wollten wissen: „Wie könnten sich Komplementärwährungen und neue Bankmodelle demokratiepolitisch auswirken?“

fen wurden, liegt derzeit bei 18.382 Milliarden Euro.

Dieser Schuldenberg hat gravierende Folgen. Dazu genügt ein Blick nach Spanien. In den zehn Jahren vor 2008 sind die Bankkredite von 653 auf 2338 Milliarden Euro angeschwollen.

Spanische Unternehmen und Haushalte haben mit dem frischen Geld von den Banken einen massiven Immobilienboom befeuert. Jetzt ist laut der spanischen Zentralbank jeder neunte Kredit „notleidend“, kann also nicht mehr

vollständig eingetrieben werden. Mit einer Ausfallsrate von elf Prozent ist ein Finanzsystem, in dem Banken immer noch weniger als zehn Prozent Eigenkapital haben, aber überfordert.

„Die Banken haben mit ihrem Privileg, Kredit zu schöpfen, immer wieder Krisen ausgelöst und verschärft“, kritisiert der deutsche Ökonom Werner. Er ist ein intimer Kenner der Situation Japans. Dort hat eine Kreditblase in den 1980er-Jahren die Wirtschaft in eine wirtschaftliche Stagnation gestürzt, die über 20 Jahre andauert. Auch die jahrzehntelangen Versuche der Zentralbank, die Wirtschaft zu stimulieren, gingen ins Leere, weil die Kreditvergabe der Banken zurückging.

Macht über Geldschöpfung

Daher fordern die Befürworter eines „Vollgeldes“, wie der deutsche Soziologe Joseph Huber, dass die Giralguthaben in Zentralbankgeld umgewandelt werden. Damit hätte der Staat die Macht über die Geldschöpfung und könnte die lahrende Kreditvergabe und die Realwirtschaft ankurbeln.

Doch auch die Geldverbesserer sind keine homogene Gruppe. Neben den Befürwortern des Voll-

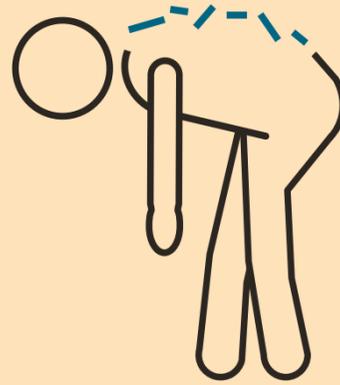
geldes gibt es eine Reihe anderer Ideen zur Reform des Geldsystems. So wird Gold immer wieder als Anker für das Geld ins Spiel gebracht, um die laufende Inflationierung einzudämmen. Während die Befürworter eines Vollgeldes sich einen starken Staat wünschen, der die Geldschöpfung übernimmt, kritisieren die Verfechter einer goldgedeckten Währung, wie der Ökonom Thorsten Polleit, die bereits jetzt zu große Macht der Zentralbank.

Selbst im Internationalen Währungsfonds, dem wohl wichtigsten Vertreter der aktuellen Geldordnung auf internationaler Ebene, rumort es angesichts der jüngsten Krise. In einem Forschungspapier haben Volkswirte des Fonds eine Lanze für den „Chicago-Plan“ gebrochen. Dieser Vorschlag war eine Antwort auf die Große Depression der 1930er-Jahre. Führende Ökonomen wie Irving Fisher forderten ein „100%-Geld“. Die Banken sollten nur so viel Kredit vergeben, wie sie auch Reserven haben. Fisher erwartete sich von dieser Reform viele Vorteile: Vor allem sollte die massive Schwankung der Konjunktur und die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft eingedämmt

werden. Gleichzeitig würden die Staaten schlagartig entschuldet sein. Die einzigen Verlierer wären die Banken, die ihr Vorrecht zur Geldschöpfung verlieren.

Push für die Wirtschaft

Die IWF-Volkswirte Jaromir Benes und Michael Kumhof bestätigen Fishers Hoffnungen in ihrem Papier und gehen noch weiter. Wenn sich nicht mehr große Teile der Wirtschaft mit unnötigen Kreditrisiken auseinandersetzen müssen und die Zinsen fallen, könnte die Wirtschaft um zehn Prozent produktiver sein als bisher – angesichts der Rezession in Europa ein verlockendes Angebot.

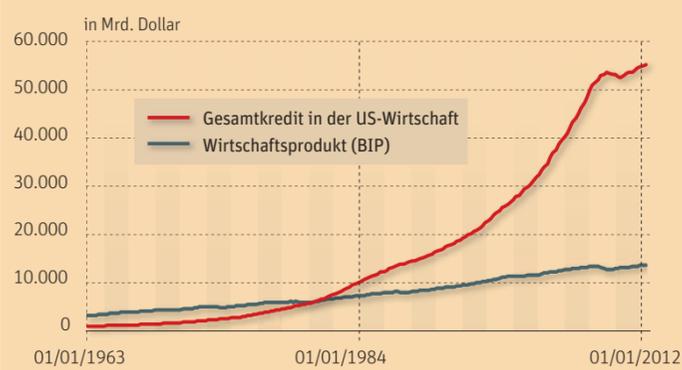


Tag für Tag



Um die Schöpfung von Geld ranken sich viele Mythen. F.: Photodisc

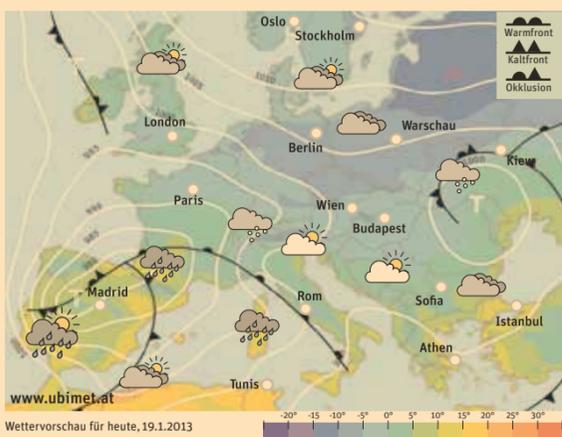
USA: Geschöpfter Kredit, erschöpfte Wirtschaft



WETTER

Sonne, Wolken, Föhn

Zwischenhocheinfluss sorgt für Wetterberuhigung. Der Tag beginnt mit starkem bis sehr starkem Frost, örtlich auch mit tiefen Restwolken. Tagsüber scheint somit zeitweise die Sonne, im Südosten bleibt es länger trüb. Gleichzeitig ziehen aus Westen bereits wieder dichte Wolken auf. In den Föhnstrichen an der Alpennordseite wird es oft sonnig. Die Temperaturen steigen nur vereinzelt über den Gefrierpunkt, meist bleibt es frostig. Maximal -8 bis +2 Grad.



BIOWETTER

Der Dauerfrost sorgt besonders am Morgen für erhöhte Beschwerden bei Rheumatikern. Auch der Südföhn sorgt regional für Probleme, wie z.B. Kopfschmerzen und Migräne.

Wetterwerte	Ref. Luftp. rechte	Temp. 23 Uhr	Tages min./max.	Höchstwert**	Tiefstwert**	10-jähr. Durchsch.	50-jähr. Durchsch.	Gemessen am 18.1.2013	
Wien	Schneeflocken	85%	-3°	-3°	14° (83)	-16° (63)	1°	-1°	13 Uhr MEZ
Innsbruck	wolkig	70%	-4°	-6°	13° (83)	-17° (66)	1°	-1°	
Klagenfurt	bedeckt	88%	-1°	-3°	12° (75)	-21° (64)	-5°	-5°	

* Tiefste Temperatur der Nacht auf den 18.1.
** Höchster, bzw. tiefster gemessener Wert, Jahreszahl in Klammer
*** 10-jähriges (1991-2000) und 50-jähriges (1951-2000) Tagesmittel vom 18.1.

	Sa	So	Mo	Di	Mi
Wien	-5° -3°	-6° -2°	-1° 3°	-2° 1°	-4° 0°
Bregenz	-9° 1°	-2° 4°	0° 2°	-2° 1°	-3° -1°
Eisenstadt	-5° -3°	-6° -2°	-1° 2°	-1° 1°	-5° -1°
Graz	-8° -1°	-5° 2°	-1° 4°	-1° 2°	-4° 1°
Innsbruck	-12° 1°	-5° 5°	-2° 2°	-2° 1°	-5° 0°
Klagenfurt	-9° -1°	-6° 0°	-3° 1°	-2° 1°	-4° 0°
Linz	-8° -3°	-6° -2°	1° 2°	-3° 0°	-6° -2°
Salzburg	-10° -1°	-4° 3°	0° 1°	-3° 0°	-5° -2°
St. Pölten	-6° -5°	-7° -3°	-1° 2°	-3° 0°	-6° -2°

INTERNATIONAL	Werte für den 19.1.2013
Athen	heiter 10 15
Berlin	bedeckt -7 -5
Brüssel	bedeckt -4 -2
Buenos Aires	sonnig 18 26
Genf	st. bewölkt -3 -2
Hongkong	heiter 13 19
Jerusalem	sonnig 10 19
Johannesburg	Gewitter 16 19
London	bedeckt 0 2
Los Angeles	heiter 11 23
Madrid	Regen 11 13
Moskau	bedeckt -12 -9
New Delhi	sonnig 7 18
New York	heiter 0 9
Paris	bedeckt -1 0
Peking	st. bewölkt -7 0
Rom	Regenschauer 0 10

Sonne	Mondphasen
am 19.01.2013 (MEZ), Wien	☀ 27.01.
Aufgang: 07:37 Uhr	☾ 03.02.
Untergang: 16:34 Uhr	☾ 10.02.
	☾ 17.02.

Länderprognosen und detaillierte Städtewerte aus ganz Europa, Nordamerika, Mittel- und Südamerika, Afrika, dem Nahen Osten, Asien, Australien und Ozeanien finden Sie auf derStandard.at/Wetter

Die symbolische Dimension der Demokratie

Die Demokratie braucht nicht nur Strukturen, sondern auch Symbole und Inszenierungen. Joseph Beuys hat dafür geboxt. Christoph Schlingensiefel hob dafür den Wasserstand des Wolfgangsees.

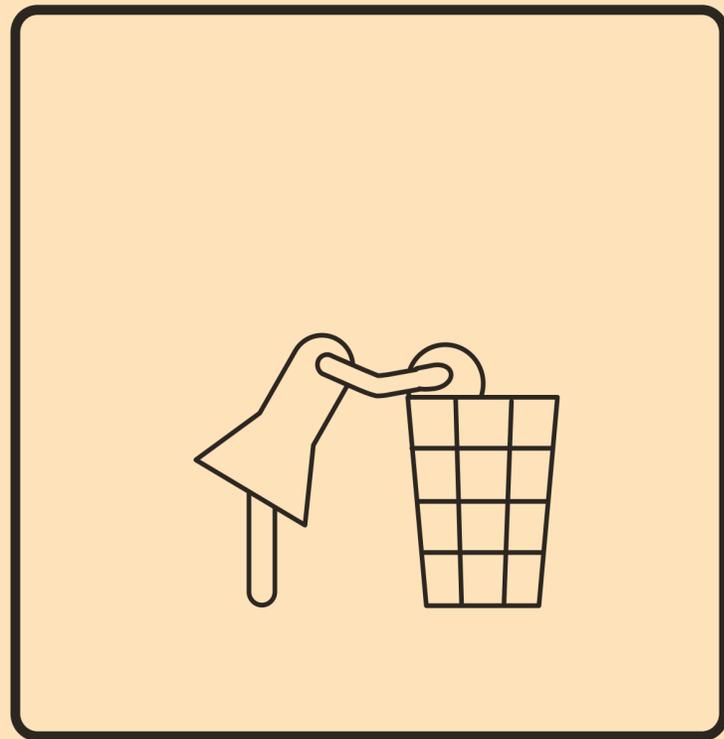
Bert Rebhandl

Im Wahlkreis Düsseldorf-Overkassel trat 1976 bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ein berühmter Kandidat an: Der Künstler Joseph Beuys kam als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher zwar nur auf 568 Stimmen (drei Prozent), doch seiner Botschaft konnte er auf jeden Fall eine Menge Aufmerksamkeit verschaffen. Sie lautete: Die Demokratie muss direkter werden. Dazu stand nicht in Widerspruch, dass Beuys sich bei dieser Wahl für ein Amt im Zusammenhang der repräsentativen Demokratie bewarb. Es wäre es ihm im Gegenteil auch im Bundestag darum gegangen, die Demokratie in dem Sinne umzubauen, in dem er sie schon des Längeren zu einem Gegenstand seiner künstlerischen Arbeit und Reflexion gemacht hatte. Dabei galt ein ähnliches Prin-

zip, das er auch für seine Kunst geltend machte: Da wie dort wollte Beuys keine Experten am Werk sehen (also meisterliche Kunstschaffende und abgehobene Politikmacher), sondern er wollte das Künstlerische und das Politische auf alle Menschen verteilen.

Macht und Autorität

Das, was daraus entstehen sollte, nannte er eine „soziale Plastik“. Schon vier Jahre zuvor hatte Beuys bei der Documenta 5 die wesentlich von ihm selbst mitgetragene Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung als seinen künstlerischen Beitrag verstanden und die 100 Tage zu intensiven Diskussionen genutzt. Am Ende der Veranstaltung gab es einen Boxkampf für direkte Demokratie, zu dem Beuys persönlich antrat – eine symbolische Aktion, in der es auch um das Lehrer-Schüler-Verhältnis ging und damit um die Weitergabe oder Ablehnung von Macht und Autorität. Mit seinem Konzept von „Volksheerrschaft“ ging Beuys so weit, dass es eher revolutionär als reformistisch wirken musste. Tatsächlich schwebte ihm auch eine Art Räterepublik vor, in der Amtsträger kurzfristig abwählbar sein sollten, und in der wichtige Bereiche wie das Schulwesen oder die Wirtschaft einer „freien Selbstverwaltung“ unterliegen sollten, während der Staat



www.migrantas.org

sich auf „die reine Rechtsverwaltung“ beschränken sollte. In der damals gerade entstehenden Partei der Grünen bildeten die Prinzipien der direkten Demokratie anfänglich ein wichtiges Element: Die Parlamentarier sollten möglichst direkt mit einem basisdemokratischen Prozess in Verbindung stehen. Heute würde man das als klassische Fundi-Ansprüche verstehen, gegen die sich bei den Grünen die Realos durchgesetzt haben, die eine flexiblere Handhabung des Mandats befürworteten. Doch das sind schon eher prozedurale Fragen, hinter denen wieder zu verschwinden droht, was die Kunst den Verfahrensweisen der Demokratie ursprünglich nahebringen wollte: einen positiven Begriff von Teilnahme, von Kreativität, von Gesellschaft und folgerichtig auch von Politik als gemeinschaftlichem Projekt, das nicht zuletzt unter dem Gesetz der künstlerischen Freiheit stehen sollte.

Das Beuys nach der Documenta 5 seine Professur an der Düssel-

dorfer Kunsthochschule verlor (wogegen er einen Prozess anstregte), war auch ein Indiz für das insgesamt antiinstitutionelle Moment in dieser Offensive für eine direktere Demokratie. Die Kunst ist in der aufgeklärten Gesellschaft das System, das am ehesten auf die Freiheitsdefizite zu verweisen vermag, die dort entstehen, wo Politik zu routinierter Verwaltung wird. Theoretiker wie Jacques Rancière, die einen anspruchsvollen, konkret kaum einzulösenden Begriff von Politik entwickeln, gehen nicht umsonst häufig von ästhetischen Fragen aus. Rancière vor allem findet in der historischen Konstellation um 1800, als Schiller das Zusammenspiel von Kunst, Gesellschaft, Politik auf das Bild eines großen Tanzes brachte, eine wichtige Inspiration. Das, was uns gemeinhin als politischer Alltag erscheint (Verteilung von Budgets, Besetzung von Posten, Erlass und Durchsetzung von Gesetzen), fällt bei Rancière unter den polemischen Begriff „Polizei“.

Parteien stehen besonders im Verdacht, dass sie Bewegungen zum Stillstand bringen und Freiheit in Strukturen verwandeln. Deswegen wandte sich Christoph Schlingensiefel, den viele als Nachfolger von Joseph Beuys sahen, im Jahr 1999 auch genau diesem Thema zu und gründete eine „Partei der letzten Chance“, die auch auf einen neuen Begriff von direkter Demokratie zielte. Schlingensiefel begriff das demokratische Verhältnis als eines zwischen Akteuren und Zuschauern und wollte folgerichtig eine „Publikumsaktivierung“ erreichen. Mit der Aktion „Baden im Wolfgangsee“, zu der Arbeitslose eingeladen wurden, um den See zum Überlaufen zu bringen, an dem der deutsche Kanzler Helmut Kohl traditionell seinen Sommerurlaub verbrachte, machte Schlingensiefel deutlich, dass in einer Mediengesellschaft die direkte Demokratie nicht mehr nur auf Volksabstimmungen zu konkreten Themen zielen kann. Sie muss auch die symbolische Dimension ernst nehmen, muss Inszenierungen schaffen, aber solche, in denen der „Spin“ nicht dazu dient, Machtverhältnisse zu verkaufen, sondern offenzulegen und demokratischer zu machen.



Christoph Schlingensiefel beim Versuch, den Wolfgangsee, Sommerfrische von Helmut Kohl, zum Überlaufen zu bringen. Foto: APA

MARGIT SCHRATZENSTALLER

Hohe Ungleichverteilung



Im vergangenen Jahr hat sich die OECD mit der Verteilung von Einkommen und Vermögen in ihren Mitgliedsländern beschäftigt. Die OECD-Ökonomen trugen eine Fülle von Daten zusammen, die drei Trends aufzeigten. Ersten hat in vielen Industrieländern und auch EU-Ländern die Einkommensungleichheit langfristig zugenommen. Zweitens ist die Vermögensverteilung sehr ungleich und wesentlich ungleicher als jene der Einkommen. Am ungleichsten verteilt sind drittens die Vermögensinkommen. Für diese liegt der Gini-Index, der bei vollkommener Ungleichverteilung seinen maximalen Wert von eins annimmt, für die wenigen OECD-Länder, für die es vergleichbare Daten gibt, jeweils über 0,8, was eine hohe Ungleichverteilung anzeigt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die in der Literatur bisher unterbelichtete Frage nach den Verteilungseffekten der aktuellen Konsolidierungsprogramme an Bedeutung. Zwei aktuelle Studien sind in diesem Zusammenhang von Interesse. In seinem letzten „Fiscal Monitor“ zeigt der Internationale Währungsfonds anhand von vergangenen Konsolidierungsprogrammen, dass ausgabenbasierte Sanierungsprogramme sowie solche mit einem hohen Anteil an Erhöhungen indirekter Steuern und an Ausgabenkürzungen tendenziell die Ungleichheit erhöhen*. Dieser Tage veröffentlichte die OECD eine Studie zu den Verteilungseffekten der Konsolidierungsprogramme in 30 OECD-Ländern**. Die Analyse untersucht die von 2009 bis 2015 umgesetzten oder geplanten Konsolidierungsprogramme, mit dem Ergebnis, dass sie generell die Einkommensungleichheit eher erhöhen werden. Dieser Befund vermag kaum zu verwundern. In der Mehrheit der befragten Länder wird primär ausgabenseitig konsolidiert, und dies mit Schwerpunkt auf Kürzung von Sozialleistungen, die niedrige Einkommen tendenziell stärker belasten. Auch von den

Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst sowie vom Abbau von Stellen in der öffentlichen Verwaltung in knapp einem Drittel der befragten OECD-Länder wird eher eine Vertiefung der Ungleichheit erwartet.

Gleichzeitig haben drei Viertel der befragten OECD-Mitgliedsländer Verbrauchssteuern erhöht oder planen dies. Die eher progressiv wirkenden Einkommensteuerverhöhungen sowie die höheren vermögensbezogenen Steuern können diese negativen Verteilungseffekte nur teilweise ausgleichen. Ähnliches dürfte für die EU gelten. So erhöhten seit 2009 fünfzehn Mitgliedsländer ihren Mehrwertsteuersatz, sodass der EU-durchschnittliche Mehrwertsteuersatz von 19,8 Prozent auf 21 Prozent anstieg. Auch die Anhebung von – wenn auch mit positiven Lenkungseffekten verbundenen – Umweltsteuern belastet die unteren Einkommen stärker. Andererseits haben eine Reihe von EU-Ländern die Steuersätze auf Vermögensinkommen leicht angehoben, sie werden aber nach wie vor deutlich geringer besteuert als Arbeitsinkommen. Auch vermögensbezogene Steuern erhöhten nur wenige EU-Länder.

Die zentrale Folgerung der OECD-Ökonomen gilt damit auch für die EU: Zur Vermeidung unerwünschter Verteilungseffekte wie aus Gründen der sozialen Akzeptanz der Konsolidierungsprogramme sollte stärker auf deren verteilungssensible Ausgestaltung geachtet werden. Zumal mit höheren Steuern auf Kapitaleinkünfte und Immobilienvermögen sowie dem Abbau von Steuerausnahmen einschließlich der vielfach großzügigen Sparförderung wachstumsverträgliche Konsolidierungsoptionen zur Verfügung stünden. *IMF, Fiscal Monitor October 2012, Washington D.C. **Lukasz Rawdanowicz, Eckhard Wurzel, Ane Kathrine Christensen, The Equity Implications of Fiscal Consolidation, OECD Economics Department Working Paper.

MARGIT SCHRATZENSTALLER ist Referentin für öffentliche Finanzen beim Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Foto: Cremer



Ein junges bäuerliches Arbeitsheer feuerte über viele Jahre die chinesische Wirtschaft an. Foto: EPA

Chinas Wirtschaft hält Kurs – aber ihr gehen Arbeiter aus

Der stete Abwärtstrend beim Wirtschaftswachstum ist gestoppt. China rechnet wieder mit verstärkten Exporten. Peking sorgt sich aber um die alternde Gesellschaft. Die staatliche Geburtenplanung gehört laut Experten an geänderte Arbeitsmärkte angepasst.

Johnny Erling aus Peking

Chinas Wirtschaft fasst wieder Fuß. Mit 7,9 Prozent Zuwachs im vierten Quartal 2012 stoppte die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erstmals seit Anfang 2011 den steten Abwärtstrend ihres Wachstums. „Unsere Wirtschaft wächst langsamer, konnte sich aber stabilisieren“, sagte Statistiker Ma Jiantang bei der Vorlage seines Jahresberichts in Peking. Mit 7,8 Prozent Jahreszunahme lag das Wachstum erstmals seit 1999 unter der für China einst magischen Muss-Zahl von acht Prozent. Es war aber höher als das von der Regierung im neuen Fünfjahresplan auf 7,5 Prozent reduzierte Wachstumsziel. China startete jetzt mit guten Grundlagen, um 2013 sein relativ robustes Wachstum fortzusetzen zu können, sagte Ma. Obwohl die Industrieproduktion 2012 und darunter besonders die Schwerindustrie und Bauwirtschaft langsamer als im Vorjahr wuchsen, würden sich die bisherigen Motoren der Wirtschaft weiter auswirken. Hinzu kommen Impulse aus der stärkeren Binnennachfrage, ein gutes Agaregebnis, Erfolge bei der Beschäftigung und rela-

tive Preisstabilität mit nur 2,6 Prozent Teuerung. Trotz international schwieriger Lage rechne China heuer auch für den Außenhandel mit positiven Anschlägen, etwa durch die Erholung in den USA, die besser als erwartet verlief. Erstmals sorgte sich der Statistiker über hausgemachte, sich langfristig ungünstig auswirkende Rahmenbedingungen durch die rasch alternde Gesellschaft und das abnehmende Heer an verfügbaren Arbeitskräften. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf neue statistische Zahlen zur demografischen Lage Chinas. Ende 2012 habe bei einer Gesamtbevölkerung von 1,354 Milliarden Menschen zum ersten Mal seit Beginn der Reformen die Zahl der Arbeitsfähigen zwischen 15 und 59 Jahren um 3,45 Millionen abgenommen. Dies sei bei einer Zahl von 767 Millionen Arbeitenden wenig. Doch es stehe für einen Trend, der sich 2030 anhalten werde. Bisher feuerte ein junges bäuerliches Arbeitsheer das Wirtschaftswachstum an. Die Familienplanung mit ihrer Einkindpolitik, die Urbanisierung und eine umkippende Alterspyramide brauchten den Bonus aber schneller

auf, als Wirtschaftsplaner erwarteten. Ma bestätigte, dass darüber in China eine Debatte geführt wird. Peking müsse sein bisheriges Wachstumsmodell rascher verändern. Arbeitsproduktivität steigern und mit Qualifizierung, Training und flexibler Arbeitsbeschaffung reagieren. Er übte keine direkte Kritik an der staatlichen Geburtenplanung, plädierte aber, diese nach neuen Anforderungen des Arbeitsmarkts zu verändern.

Zu wenige Frauen

Ende 2012 war jeder siebente Chinese im Pensionsalter über 60 Jahre alt. Fast zehn Prozent der Bevölkerung waren über 65. Die Stadtbevölkerung nahm um 21 Mio. Menschen zu, die Agrarbevölkerung um 14,3 Mio. ab. Die Einkindfamilie und der traditionelle Wunsch nach Jungen verzerrte entgegen allen Aufklärungskampagnen 2012 erneut die Geburtenrelationen zugunsten des männlichen Nachwuchses: Auf 100 Mädchengeburten kamen 118 Buben. Ma nannte erstmals auch eine Zahl zum Gini-Koeffizienten, ein Maßstab für extreme Verteilungsungleichheit und für die Kluft zwischen Reich und Arm. Dieser belief sich 2012 auf 0,474. Zahlen zwischen 0,47 und 0,49 bedeuten große Einkommensunterschiede. Der Alarmwert für die Stabilität einer Gesellschaft liegt bei 0,4. Höhere Zahlen dienen als Warnsignal für mögliche soziale Verwerfungen oder Unruhen.

Wir machen Strom aus Wasserkraft in Österreich, für Österreich.

Neujahrsbonus*: bis 31.01.2013 wechseln. www.verbund.at



Verbund
Am Strom der Zukunft

Das schafft Strom aus Wasserkraft:

Unser Strom ist ein echter Österreicher. Von der Donau über die Mur und die Drauf bis zum Inn decken unsere mehr als 100 Wasserkraftwerke fast die Hälfte des österreichischen Strombedarfs ab. Strom aus der Region. Direkt von VERBUND. Welches VERBUND-Wasserkraftwerk in Ihrer Nähe ist, erfahren Sie auf www.verbund.com

Energieträger: Stromkennzeichnung der VERBUND AG gem. § 78 Abs.1 und 2 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungs-VO 2011 für den Zeitraum 1.1.2011 bis 31.12.2011. Wasserkraft | 100% Durch den vorliegenden Versorgermix fallen weder CO₂-Emissionen noch radioaktive Abfälle an. 100% der Nachweise stammen aus Österreich.

* Einmaliger Bonus von zusätzlich 35 Tage Gratis-Strom auf jedes H₂O-Produkt bei Vertragsabschluss bis 31.1.2013. Gültig für Neukunden in der Höhe des täglichen Durchschnittsverbrauchs entsprechend dem tatsächlichen bzw. errechneten Jahresverbrauch gemäß der ersten Jahresabrechnung zum vereinbarten Energiepreis (exkl. Grundpreis) ohne Netzkosten, Steuern und Abgaben (Division des Arbeitspreises durch 365 Tage). Anteilige Verrechnung bei einer Belieferungsdauer von unter einem Jahr. Details auf www.verbund.at

Stronach mit „Dislikes“ zur Vernunft voten

Ist das Publikum des Mitbestimmens in Sing-, Tanz- und Talenteshows müde? Gegenwärtige Erschöpfungstendenzen lassen das vermuten, Experten sehen die Zukunft des Votens in Polidiskussionen. Talker Stefan Raab macht es bereits vor.

Doris Priesching

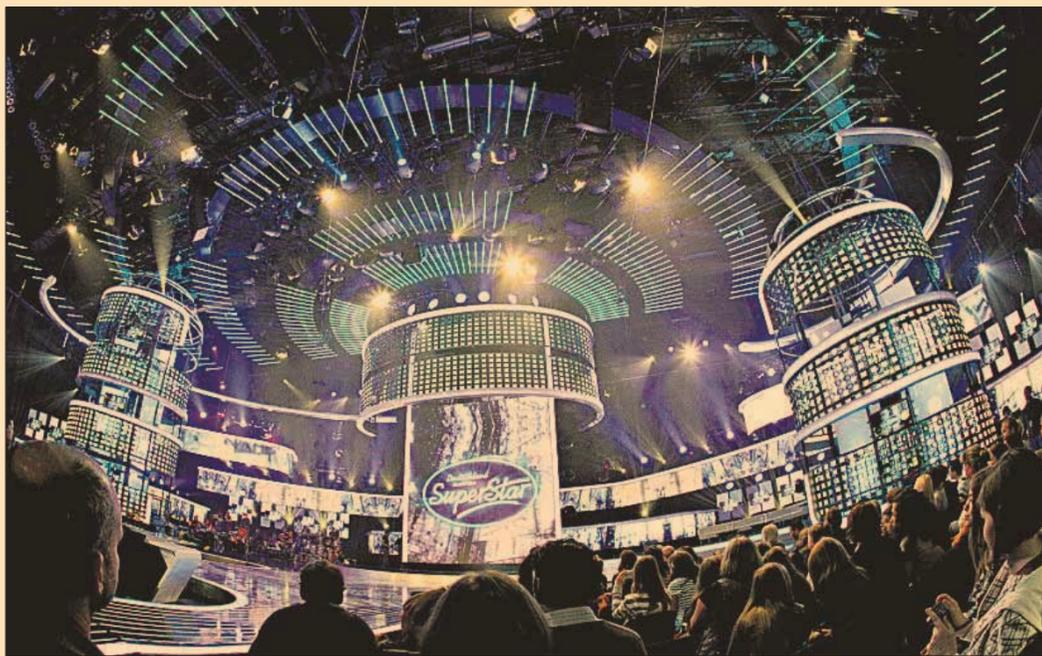
Wien – Wie es laufen kann, demonstriert derzeit *Der Bachelor*. Seit Anfang Jänner verteilt ein Jüngling wöchentlich Rosen an schmachtende Anbetende. Frauenverachtend, aber RTL ist das egal: Von Beginn an stimmt die Quote. Anders beim Showschlachtross *Deutschland sucht den Superstar*. Dieter Bohlen's Geätze legte in der zehnten Auflage den zweit-schwächsten Start hin. Im Gegensatz zur Castingshow entscheidet der *Bachelor* allein, was die Frage erlaubt: Ist das Publikum nach einem Jahr-zehnt nahezu permanenten Anrufens und Simsens des Mitbestimmens überdrüssig und überlässt den Protagonisten wieder die Qual der Wahl?

Im Fall des *Bachelor* scheint es fast so. Hier hat sich die Zuschau-

ergemeinde für andere Aktivitäten entschieden. Auf allen Webkanälen wird heftig diskutiert: Aussehen und Auftreten des Brautwerbers gewertet, über Schönheits- und Peinlichkeitsfaktoren der Kandidatinnen abgestimmt.

Shows können heute auch ohne Voting erfolgreich sein, sagt ORF-Chefentwickler Stefan Ströbitzer. Mitbestimmung sei „eine nette Zutat, aber nicht entscheidend“. Darauf verzichten werde man in Zukunft dennoch nicht, vor allem aus Mangel an Alternativen: Seit längerem leidet die Showbranche an chronischer Ideenlosigkeit: „Alle setzen auf ähnliche Rezepte“, sagt Ströbitzer.

Das Instrument des Votings hat Tradition im Fernsehen. Als Ursprung der Bürgerbeteiligung gilt die stilbildende Spielform *Wünsch dir was!* Dietmar Schön-



An „Deutschland sucht den Superstar“ verlieren die Zuschauer das Interesse. Die Zukunft gehört der politischen Stimme im TV.

Foto: AP

herr rief in den 1970ern das Publikum auf, Klospülung und Lichtschalter zu drücken, um Sieger zu bestimmen. Die Zuschauer drückten begeistert. Wasser- und Elektrizitätswerke schickten die Ergeb-

nisse. Die moderne Zeitrechnung televisionären Mitbestimmens begann am 23. August 1979. Nach einer Umfrage des Magazins *Schauplatz Berlin* „Wird Hertha BSC Deutscher Meister?“ konnten 600 Zuschauer eine ihnen bekannte Nummer anrufen.

Eine erste Konjunktur brachte TED. Mit dem „telefonischen Dialog“ ermittelte *Wetten, dass...?* Wettkönige. 10.000 Anrufe pro Minute konnten verarbeitet werden, dennoch kam es gebietsweise zu Ausfällen in den Netzen.

Rekordhalter Song Contest

Im Vergleich zu heute mutet dieses System altmodisch an: 1997 wurde der TED durch ein leistungsstärkeres Anrufsystem ersetzt. Rekordhalter ist jährlich der Song Contest: 20.000 Anrufe und SMS gehen während der Show ein – pro Sekunde.

Vor dem Hintergrund sinkender Beteiligung bei politischen Wahlen überrascht der starke Gebrauch des Stimmrechts. Noch dazu, wo die Beteiligung im Fernsehen nicht einmal gratis ist: 50 Cent verlangt der ORF pro Anruf und SMS, bei Privatsendern variiert der Preis. Als das Voten noch funktionierte, riefen 25 Millionen bei *Deutschland sucht den Superstar* an. RTL erwirtschaftete 9,45 Millionen Euro.

Demokratisierung finde heutzutage über Medien statt, sagt der US-Webaktivist Ethan Zuckerman: Wer politisch etwas bewirken will, wendet sich nicht mehr an Parteien, sondern gründet eine Facebook-Gruppe. Glücklicherweise ist jeder Sender, dem es gelingt, Facebook-User zu integrieren. Entwicklungen sieht Ströbitzer demzufolge bei Infoformaten. Zuletzt zeigte Stefan Raab vor, wo es langgeht: In der Polidiskussion *Absolute Mehrheit* bestimmten Zuschauer, wer am besten diskutierete. Der Sieger gewann 100.000 Euro. Raab war an dem Abend in der Kernzielgruppe Marktführer.

Man stelle sich vor: Bei Armin Wolf in der *ZiB 2* sitzt ein rabiater Frank Stronach, der wortreich Antworten verweigert. Hätte der Politeinsteiger ebenso gezetert, wenn das Publikum noch in der Sendung massenhaft „Dislikes“ geschickt hätte? „Finger weg von der *ZiB*“, wehrt Ströbitzer ab. Bei Polidiskussionen kann er sich Facebook als Mittel direkter TV-Demokratie durchaus vorstellen.

Demokratisierung ereignet sich im Fernsehen über die Fernbedienung: Die Zuschauer machen sich längst ihr eigenes Programm, wählen über Festplatte, DVD und Video-on-Demand, was und wann sie sehen wollen. Vielleicht ist das der Grund für Votingverdruss.

Funken direkter Demokratie

Community-TV und freie Radios bieten nicht allein Bürgerinnen und Bürgern Zugang

Harald Fidler

Wien – Sind Medien als vierte, kontrollierende Gewalt tragende Säule der Demokratie – und daran besteht wenig Zweifel –, dann sind offene Kanäle, Bürgerfernsehen, Community-TV und freie Radios direkte Demokratie in den Medien. Die Grundidee: Bürgerinnen und Bürger, und nicht allein die, nehmen Programm selbst in die Hand.

Da versprechen auf FS1 Studierende zum Latenighttalk *Unpredictable Full HD*, FS steht seit 2011 für Freies Fernsehen Salzburg. Da funken Medienwerkstätten, Anti-Atom-Komitees, vernetzte Kulturfrauen und das Offene Technologielabor Vorchdorf auf Dorf TV in Oberösterreich. Und in Wien bietet schon seit 2005 der Communi-

tysender Okto Zugang zum Fernsehen. Wie die Kollegen weiter westwärts finanziert von der öffentlichen Hand, Wien zeigt mit 980.000 Euro pro Jahr für Okto und 280.000 für das freie Radio Orange am meisten Sinn für nicht-kommerziellen Rundfunk.

„Demokratie“?

Dafür erklärt das Community-TV etwa *„Demokratie“* und wie sie funktioniert in einem eigenen Format. In *CU Television*, produziert vom Verein der Wiener Jugendzentren, diskutierten gerade jene, die das Ergebnis der Volksbefragung am Sonntag direkt betrifft, Für und Wider von Wehrpflicht. Sonntag können Jugendliche erst ab 16 Jahren darüber mitstimmen.

Okto bietet auch jenen Öffentlichkeit, deren Stimme bei keiner

Befragung, keiner Landtags- oder Nationalratswahl zählt: Ein Viertel bis ein Drittel des Programms wird von Menschen mit migrantischem Hintergrund gestaltet, schätzt Renate Billeth, stellvertretende Okto-Geschäftsführerin: „Menschen, die hier leben und doch bisher von Instrumenten der Demokratie ausgeschlossen, aber von ihren Auswirkungen betroffenen sind, können so Stellung beziehen.“

Stereotype und Vorurteile bestimmten oft das Bild von Migranten in Medien. „Hier können sie diesen Stereotypen selbstbestimmen ihre Lebenswelten gegenüberstellen.“

www.okto.tv
www.dorftv.at
www.fs1tv.at
www.freie-radios.at

Nicht nur in der Politik, auch unter Journalisten hat in den letzten Tagen vor der Volksbefragung zum Heer eine gewisse Gereiztheit beziehungsweise an leiser Hang zu Übertreibungen eingesetzt. Beruhigend und gleichzeitig volkshilfend versuchte lediglich Armin Thurnher im „Falter“ zu wirken, wo er mitteilte: *Xanadu hieß der legendäre Palast von Kublai Khan, dem letzten Mongolenherrscher. Mongolenhorden zählen aber nicht mehr zu jenen Bedrohungen, vor denen sich der Staat Österreich schützen muss.* Mehr noch: *Dass Kublai Khan (1215–1294) unsere Sicherheit bedroht, kann eher ausgeschlossen werden.*

Die Heeresdebatte war nicht vergeblich geführt, wenn die Bevölkerung aus ihr immerhin die Erkenntnis mitnehmen kann, dass der legendäre Palast von Kublai Khan *Xanadu* hieß. Da haben SPÖ und ÖVP weniger Aufschlussreiches geliefert. Ein „Profil“-Herausgeber hätte sich von der Einschätzung, dass *Mongolenhorden nicht mehr zu jenen Bedrohungen zählen, vor denen sich der Staat Österreich schützen*

muss, niemals einlullen lassen. Der von der einschlägigen Fachzeitschrift *„Woman“* neulich zum *Womanizer* beförderte Militärtheoretiker nahm mit der für diesen Typ charakteristischen Grandezza ein Upgrading an der Volksbefragung vor und erklärte schlicht: *Tatsächlich ist es eine Jahrhundertentscheidung.* Und weil ihm das Spiel mit Jahrhunderten so gut gefiel, ließ er auch auf das Cover setzen: *Vor der Jahrhundert-Entscheidung, diesmal mit Bindestrich.*

Welches Jahrhundert er dabei im Auge des *Womanizers* hatte, ließ er leider offen, ihm ging es nur darum, Stimmung für ein Berufsheer zu machen. Sollte er das Jahrhundert von Kublai Khan gemeint haben, könnte eine Volksbefragung möglicherweise jene Bedeutung gehabt haben, die er ihr zuspricht, vorausgesetzt, einer der damals auf hiesigem Territorium waltenden Herren hätte die Idee der rot-schwarzen Koa-

GÜNTER TRAXLER

Von Xanadu zum Ponyhof

lition kühn vorweggenommen. Sollte er das zwanzigste Jahrhundert gemeint haben, sind gewisse Zweifel angebracht, ob dem Ereignis vom Sonntag ein derartiger Rang zukommt. Sollte er aber das laufende Jahrhundert meinen, kann man ihm nur zu dem prophetischen Blick gratulieren, der schon nach den ersten zwölf Jahren erkennt, dass das Bundesheer in den restlichen 88 Jahren nichts Nennenswertes mehr zu erwarten hat.

Wer weiland mangels Alternativen *Gebirgsjäger* war, äußert sich da schon klarer, auch wenn er dabei die in der „Presse“ sonst gepflegte eher bürgerliche Ausdruckweise in dem Wissen beiseite lässt, *Tschinbum: Ein Heer ist doch kein Ponyhof!* Otto Brusatti erklärte die Volksbefragung bereits am Dienstag für obsolet,

denn das erschreckend inkompetente *Gequatsche* höchster Offiziere und Politiker hat das Bundesheer schon zur Auflösung gebracht. Einst in der Zwangsreserve eher verzweifelt, gab er sich nun unreserviert als der zu erkennen, der sich auskennt. *Es beschleicht einen das Gefühl, im Theater der Realitätsverweigerer oder einer republikanischen Totalverarschung zu stehen. Verehrtes Bundesheer/Offizierscorps sowie bemühte, sich wie trotzige Buben im Kindergarten auf-*

führende Politik: Was wird da für ein ruinierender, von Inkompetenz strotzender Schwachsinn verzapft?

Wenigstens einen gab es also, der im Theater einer republikanischen Totalverarschung den Blick für das Wesentliche bewahrte: *Interna müssen intern bleiben.*

Freie Diskussionen sind einem Bundesheer verboten oder nur mit – vor allem politischer – Erlaubnis möglich. Auch Unteroffiziere, Offiziere machten sich sonst strafbar. Ja, tatsächlich. Und dann reißen seit Monaten Dutzende höchster Heereswürdenträger den Mund auf? Die haben Glück, denn in Ländern mit funktionierender Armee stünden sie fast alle schon außer Dienst oder vor Disziplinarkommissionen – ganz egal, wie klug sie argumentiert haben. Ein Heer ist kein Ponyhof, sondern so etwas wie ein Orden mit scharfen Waffen.

Jawoll! Da gibt's nur eins: *Heereswürdenträger reißen den Mund auf – Volksbefragung ungültig! Eh wurscht, denn das Bundesheer wird die Volksbefragung plus jene Männer/Frauen, die sich geschlecht aufbuddeln (sic!), nicht überleben. Und ein Berufsheer wäre bald der Entsorgungsbetrieb.*

Darob gelassen die „Krone“, die Donnerstag ganzseitig unser „Krone“-Model ganz in Gold präsentieren konnte. *Heute trifft sie auf Gastjuror und Fotograf Gregor Schlierenzauer und hat ihr erstes Nackt-Shooting (siehe Bild).* Also mindestens das zweite.



BLATTSALAT

Die Zeichensprache von Migrantas Seite 36

Athens Demokratie Gastkommentar Karlheinz Töchterle S. 43



derStandard.at/Kultur

„Ich bin ein fleißiger Sachse“

Das Essl-Museum in Klosterneuburg richtet dem deutschen Maler Georg Baselitz eine Geburtstagsausstellung aus. Mit Andrea Schurian sprach der Künstler über europäische und amerikanische Kunst.

Wenn das Ehepaar Essl sammelt, dann ordentlich: Auch im Atelier des deutschen Malerfürsten Georg Baselitz griffen die beiden tüchtig zu und kauften über vier Jahrzehnte hinweg rund 50 Werke. 44 davon hat Karlheinz Essl für die von ihm kuratierte Ausstellung aus dem Depot geholt: für jedes Jahr der wachsenden Freundschaft zwischen Sammlern und Künstler eines.

Gleich im ersten Raum hat Essl die riesige Holzskulptur *Meine neue Mütze* postiert, die Bilder in den vier Ausstellungsräumen weder chronologisch noch thematisch geordnet. Er nahm sich die Freiheit, nach rein subjektiven Gesichtspunkten zu hängen.

Das Ergebnis: interessante Dialoge zwischen Früh- und Spätwerk; zwischen den typischen Wendebildern, auf denen Baselitz seit den 1960er-Jahren die Welt auf den Kopf stellte, und den seit 2005 entstandenen Remixbildern, einer Art Neubearbeitung und künstlerischer Variation früherer Themen mit neuen Techniken und Technologien; und es entspinnt sich Dialoge zwischen Groß- und Kleinformaten, etwa zwischen *Hockender Hund* aus dem Jahr 1968, dem frühesten Baselitz in Essls Sammlung (und mit 168 x 130 cm eines der eher kleineren), und dem 480-x-395-Monumentalwerk *Melancholie*, das Baselitz 1998, 30 Jahre später, schuf.

Die Ausstellungseröffnung war von Agnes und Karlheinz Essl auch als Geburtstagsfest für ihren Freund angelegt, der am 23. Jänner 1938 als Hans-Georg Bruno Kern in Deutschbaselitz geboren wurde, in Ostberlin wegen „gesellschaftspolitischer Unreife“ von der Kunstschule flog, 1957 in den Westen emigrierte und 1961 den Künstlernamen Baselitz annahm.

Der zwischen DDR-Realismus und abstraktem Expressionismus seine Bild- und die internationale Kunstwelt auf den Kopf stellte und zu einem der wichtigsten (und teuersten) deutschen Nachkriegskünstler wurde.

STANDARD: Gehören Sie zu denen, die gern Geburtstag feiern, oder wollen Sie lieber nicht ans Älterwerden erinnert werden?

Baselitz: Das kennt man doch! Man wird ganz unruhig, weil einen der und der nicht angerufen hat. Aber jetzt kommt etwas Fatales hinzu: Manche kommen ja nicht aus Vergesslichkeit nicht, sondern aus physischen Gründen. Einige haben hier abgesagt, da sie schlicht nicht mehr reisen können, weil sie sich in die Hosen machen.



Der deutsche Maler Georg Baselitz zu Gast in Klosterneuburg: „Das Subjektive, rein Individuelle ist das, was ich mache, liebe und wovon ich nicht ablasse.“

Foto: Toppres/Schöndorfer

STANDARD: Die Ausstellung ist ausschließlich mit Bildern aus der Sammlung Essl bestückt. Manche Künstler mögen das nicht wirklich. Und Sie?

Baselitz: Ich finde die Essls und ihr Museum großartig, sie haben viel riskiert. Von mir hat er – weder schlecht noch gut, sondern unberaten – immer wieder gekauft. In den letzten Jahren wurde unser Kontakt enger. Er besucht Ausstellungen, wird von Galeristen bedrängt und beraten, er ist gut informiert, kauft wunderbare Sachen. Früher gab es große Versäumnisse, die kann man aber schwer füllen. Falls die Bilder noch am Markt zu haben sind, sind sie zu teuer geworden. Auch meine.

STANDARD: Was hat Herr Essl denn so „unberaten“ gekauft?

Baselitz: Ursprünglich wollte er nur österreichische Kunst sammeln, aber er dehnte das aus. Denn natürlich ist es Unsinn, nur lokale Kunst zu sammeln. Normalerweise ist es ja so: Ein Museum in Wien oder auch in Deutschland ist auf der sicheren Seite, wenn es amerikanische Kunst sammelt. Europa entwickelt sich zu einer Provinz, nicht nur politisch, auch in der Kunst. Deutsche und Österreicher schießen ganz besonders nach Dingen, die von woanders herkommen. In meinen Anfängen war es Frankreich, jetzt ist es ausschließlich Amerika.

STANDARD: Wodurch wurden Sie beeinflusst?

Baselitz: 1958 gab es an der Hochschule für bildende Künste in Westberlin, wo ich studierte, eine Ausstellung über amerikanischen Expressionismus, veranstaltet vom Museum of Modern Art, kuratiert von Alfred Barr (*Gründungsdirektor des Moma, Anm.*). Da hingen an die zwanzig, dreißig Bilder allein

von Jackson Pollock, außerdem von Barnett Newman, Clyfford Still, Sam Francis, Willem de Kooning. Das war von der Dimensionierung, von der Ästhetik her etwas so Überwältigendes, so anderes als das, was wir zustandegebracht hatten. Das warf einen einfach um. Wir wussten damals nichts. Ich war zwanzig und experimentierte, angeregt durch meinen Lehrer Hann Trier, mit französisch-existenzialistischem Tachismus. Durch diese Ausstellung verlor ich das Zutrauen in die Lehrmeinungen, denn die waren völlig hinterm Berg, provinziell, desinformiert.

STANDARD: Aber das trifft nun im Informationszeitalter ja nicht mehr zu. Verwischen sich die Unterschiede nicht zunehmend?

Baselitz: Es gibt Leute, die das behaupten. Ich nicht. Ich sehe, dass es nach wie vor polnische Künstler gibt, slowenische, russische, spanische, italienische, deutsche. Die haben alle etwas anderes im Kopf, als nachzumachen, was aus Amerika kommt.

STANDARD: Wird europäische Kunst in den USA wahrgenommen?

Baselitz: In der Tat wurde deutsche und österreichische Kunst in den letzten Jahren international sehr hoch bewertet. Ich will nicht sagen, dass wir Einfluss genommen haben auf die dortige Kunst – schon aber jedenfalls auf die Sammlungen und Museen. Es gibt in den USA einen großen Markt für unsere Sachen. Das finde ich unglaublich.

STANDARD: Wie würden Sie das typisch Europäische und typisch Amerikanische in der Kunst beschreiben?

Baselitz: Ich denke, der Hauptunterscheidungsgrund liegt in der Erziehung, in der Folge in der Bildung, in der Psychologie, im Verhältnis zur Vätergeneration. Ich habe zu allem und allen Nein gesagt, Vater: nein! Lehrer: nein! Akademie: nein! Ich tat dies berechtigterweise, denn die haben nur Mist gebaut. US-Künstler haben ein ganz anderes, ungebrochenes Verhältnis zu ihrer Tradition. In Europa lösen sich Künstler mit mächtigem Radau vom Vorhergegangenen. Na, wie viel Blut ist allein in Wien geflossen, um ein Bild zu machen!

STANDARD: Künstlerischer Vatermord waren vermutlich auch die

Manifeste, die Sie 1961 und 1962 gemeinsam mit Eugen Schönebeck verfassten. Hätten Sie heute wieder Lust dazu?

Baselitz: Nein. Nur Sprüche klopfen reicht nicht aus. Aber es ist okay, was ich gemacht habe, wir haben die Hose runtergelassen – und sind in offene Messer gerannt. Unser Anspruch war eine existenzielle Wahrheit: Kunst muss objektiv und objektiv nachvollziehbar sein. Aber das ist natürlich Mist. Das Subjektive, das rein Individuelle ist das, was ich mache, liebe und wovon ich nicht ablasse. Andy Warhol hat auf Bilder gekipelt: Was ist daran objektiv?

STANDARD: Als Sie vom Osten in den Westen kamen: War der Wertewandel mit ein Grund dafür, dass Sie die Welt malerisch buchstäblich auf den Kopf stellten?

Baselitz: Ja. Es gab vorher keine Informationen, mit deren Hilfe ich mich hätte vorbereiten können. Ich kam in Berlin in eine Situation, die mich umhaute – ich habe die erste rauchende Frau in der U-Bahn gesehen.

STANDARD: Sie könnten sich zur Ruhe setzen. Denken Sie ans Aufhören?

Baselitz: Ich bin ein fleißiger Sachse. Und wenn ein fleißiger Sachse Maler wird, bleibt er fleißig. Aufhören? Nie. Hans Hartung saß bis zu seinem Ende im Rollstuhl im Schwimmbad, tauchte den Reisigbesen in Wannen und rauschte damit über die Leinwände.

STANDARD: Nehmen Leichtigkeit und Ironie im Alter zu, wird man angstfreier in der Arbeit?

Baselitz: Angstfreier? Nein, das würde ich nicht sagen. Man hat mehr Erfahrung, das schon. Früher stand man unter wahnsinnigem Druck, man hat um das Ende eines Bildes gekämpft. Aber Leichtigkeit, ja, die hat zugenommen. Alles, von dem man früher dachte, es sei wichtig, hat sich erledigt. Ich muss nichts mehr durchsetzen.

GEORG BASELITZ (75) löste bereits mit seiner ersten Einzelausstellung 1963 einen Skandal aus: *Die große Nacht im Eimer*, das einen masturbierenden Buben darstellt, sowie *Der nackte Mann* wurden beschlagnahmt. *Der Wald auf dem Kopf* war 1969 eine seiner ersten Motivumkehrungen. 1980 stellte der mehrmalige Documenta-Teilnehmer gemeinsam mit Anselm Kiefer auf der Biennale von Venedig im Deutschen Pavillon aus. Verheiratet seit 1962, lebt der Vater zweier erwachsener Söhne in Bayern. Zur Ausstellung bei Essl erscheint ein Katalog. www.essl.museum.at

TIPP SPEZIAL

bezahlte Anzeigen
Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

KONZERT

Teodor Currentzis dirigiert die Wiener Philharmoniker



Am 30. Jänner werden die Wiener Philharmoniker mit einer Uraufführung von Johannes Maria Staud bei der Mozartwoche in Salzburg zu erleben sein: Gespielt wird dessen Orchesterfassung der c-Moll-Fantasie von Mozart sowie Mozarts Klavierkonzert c-Moll KV 491. Es dirigiert Teodor Currentzis, der für horizontweiternde musikalische Zugänge, für seine Sensibilität und für sein Gespür für musikalische Prozesse bekannt ist. Solist ist der Pianist Pierre-Laurent Aimard.

30. Jänner, 19.30 Uhr

Großes Festspielhaus, www.mozarteum.at
SALZBURG

KOSMOSTHEATER

Barockoper »Talestri«



Musikalische Leitung: Elisabeth Attl | Konzept & Regie: Heidi Sommer | Mit: Heidi Brunner, Anna Manske, Roland Schneider, Ivana Canovic, Francesco Divito, Maria Fliri
Ab 22. 1. | 20 Uhr

KosmosTheater, 7., Siebensterng. 42,
T: 01/523 12 26, www.kosmostheater.at
WIEN

DJANGO UNCHAINED im GARTENBAUKINO

Kleine Strichmännchen zeigen große Gefühle

Direkt und für alle verständlich:

Das Berliner Künstlerinnenkollektiv Migrantas hat eine eigene Bildsprache für die Ängste und Sorgen unserer Gesellschaft entwickelt. Die Piktogramme illustrieren auch diese STANDARD-Schwerpunktausgabe.

Birgit Baumann aus Berlin

Eine Frau steht auf der Erdkugel, ein Bein auf einem Erdteil, das andere auf einem anderen, auch ihr Herz ist zerrissen. Manchmal lassen sich die Welt und auch Welt-schmerz mit ein paar Strichen erklären. Jeder, der nicht in seiner Heimat lebt, kann diese Gefühle nachvollziehen.

Es braucht keine langen Erklärungen, Ängste und Sorgen werden dem Betrachter direkt mitgeteilt. Auch dies ist ein Beitrag für ein Mehr an Demokratie: Alle verstehen sofort, was gemeint ist.

Die Argentinierinnen Marula Di Como (49) und Florencia Young (47) haben einander ebenfalls gleich ohne Worte verstanden. Vor zehn Jahren – damals noch bei einem Studienaufenthalt im spanischen Barcelona – beschäftigte sich Di Como mit den Ängsten von Migrantinnen und brachte diese als Zeichnungen zu Papier.

„Ich habe das gesehen und ‚Was sie da zeichnet, ist genau das, was ich fühle‘ gedacht“, erinnert sich Young. Ohne Umschweife, auf das Wesentliche beschränkt. Grafikerin Young bringt ihre Ideen ein und entwickelt mit Di Como fortan eine Reihe von Piktogrammen.

Diese bleiben weder im Zeichenblock

noch im Computer stecken, sondern finden ihren Weg in die Öffentlichkeit auf Plakaten. Eines der Erstlingswerke zeigt eine Frau, die dem Betrachter des Piktogramms ihr Herz zu schenken scheint. Obwohl minimalistisch dargestellt, wirkt sie offen und freundlich.

Doch unter der Zeichnung stehen die Worte „aunque apestes“: „Und trotzdem stinkst du“. Das Echo war enorm. „Wir haben so viele E-Mails bekommen, in denen uns Menschen schilderten, was es für sie heißt, Ausländer zu sein, welche Schwierigkeiten sie haben, weil sie ausgegrenzt werden“, erklärt Di Como.

Ängste der Gesellschaft

Aber auch Menschen, die keinen Migrationshintergrund haben, fühlten sich angesprochen und meldeten sich bei den beiden. Ausgeschlossen zu sein – aus der Familie, von demokratischer Teilhabe, von der Gesellschaft, das ist kein Problem, das sich allein auf Migrantinnen beschränkt.

„Später in Deutschland haben wir gemerkt, dass auch die Deutschen unsere Piktogramme als Weg sehen, ihre Ängste in der Gesellschaft so auszudrücken, dass die auch verstanden werden“, sagt Young. 2002 kamen sie und Di Como nach Berlin und fanden dort zu einer ganz eigenen Form, um vor allem Frauen Ausdrucksmöglichkeiten zu verschaffen.

In Workshops sitzen die Migrantas mit den Teilnehmerinnen

zusammen und sprechen über deren Sorgen: Gehöre ich zur Gesellschaft dazu? Wird mein Kind dazugehören? Kann ich mich verständlich machen? „Oft wird die Büchse der Pandora geöffnet, und wir erfahren sehr persönliche Geschichten“, beschreibt Young die erste Stufe des Prozesses.

Der Kopf ist rund

Im zweiten Schritt zeichnen die Frauen gemeinsam, wobei Di Como und Young ihnen keine Ratschläge geben. Alles soll frei herausdünken. Klar ist nur, dass der Kopf rund und der Körper ein Dreieck ist. Über allem schwebt die Frage: Was wollen die Frauen der Gesellschaft auf sehr direktem Weg mitteilen?

Young und Di Como verstehen sich dabei aber nicht als Therapeutinnen, sondern als Migrantinnen – sie ermöglichen, dass die Mitteilungen an die Öffentlichkeit kommen. Denn nach der Zeichenrunde verbleiben die Skizzen bei den Migrantas. Zu deren Kollektiv in Berlin zählen auch noch eine Soziologin, eine Journalistin und eine Stadtplanerin.

Sie sorgen dafür, dass aus den Zeichnungen Piktogramme entstehen und diese als Plakate im öffentlichen Raum sichtbar gezeigt werden. Dies ist bei allen

Projekten der Migrantas Bedingung.

In Wien allerdings machen sie eine Ausnahme. Dort wird ihre Arbeit im Künstlerhaus im Rahmen der Ausstellung *Zeit(lose) Zeichen – Gegenwartskunst in Referenz zu Otto Neurath* vorgestellt. Der 1882 in Wien geborene Philosoph und Sozialökonom gilt als „Vater“ des Piktogramms, der Bildstatistik und urbaner Leitsysteme. Sein Credo: Der Bürger soll in der Lage sein, uneingeschränkt Informationen über alle Gegenstände zu erhalten, die ihn interessieren. Für Young ist es eine „große Ehre“, bei der Ausstellung dabei zu sein. Neurath bewundert sie seit langem: „Er war ein Visionär.“

Vortrag Migrantas am 24. Jänner
www.migrantas.org
www.k-haus.at



Kleingemacht



Marula Di Como (links) und Florencia Young vom Kollektiv Migrantas mit einem ihrer „Kinder“. Darunter steht: „hier?“ Foto: Birgit Baumann

KURZ GEMELDET

Simon Schwarz ist der Tod im neuen „Jedermann“

Salzburg – Simon Schwarz, Jahrgang 1971, spielt in der Neuinszenierung des *Jedermann* von Julian Crouch und Brian Mertes bei den Salzburger Festspielen den Tod. Er ist u. a. aus *Trautmann*, den Wolf-Haas-Verfilmungen und zuletzt aus der Serie *Braunschlag* („Hier St. Pölten“) bekannt. (trenk)

Erwin Kisser 1955–2013

Wien – Der österreichische Autor, Dramatiker, Journalist und Regisseur Erwin Kisser ist 57-jährig in seiner Wiener Wohnung „mit unbekanntem Todesdatum verstorben“. Dies gab Gerhard Ruiss, Sprecher der IG Autorinnen Autorinnen, am Freitag bekannt. (trenk)

Die Poesie der frei verfügbaren Daten

Projekte auf Basis der Open-Data-Idee könnten künftig politische Debatten sachlicher machen

Wien – Die öffentliche Verwaltung produziert Unmengen an Daten. Daten, die man mit Computertools optisch aufbereiten kann, um die Gesellschaft besser zu verstehen. Daten, die man in Smartphone-Apps verwerten kann und die einem sagen, wie die aktuellen Ozonwerte sind oder wo es in der Stadt Obstbäume gibt.

Open Data, Open Government und Open Society sind die Schlagwörter der Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass das, was eine Gesellschaft misst und erhebt, auch öffentlich zugänglich wird. Entwickler, Medien und Interessierte sollen die nichtpersonenbezogenen Daten von Budgetzahlen über Geoinformationen und Umwelt-

daten dann aufbereiten, analysieren, weiterverarbeiten.

In Österreich bemüht sich etwa der Verein Open3 um die diesbezügliche Vermittlung zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft. Die Gründer Robert Harm und Carl-Markus Piswanger versuchen mit Umfragen, prototypischen Projekten und Aktionen wie dem Open Government Poetry Contest Bewusstsein zu schaffen.

Gerade mit der spaßhaften Annäherung über einen Gedichtewettbewerb, bei dem es im Sinne von Open Data etwa ein isländisches Telefonbuch und alte Computerlochkarten zu gewinnen gab, sei man den Leuten im Gedächtnis geblieben, sagt Piswanger im STANDARD-Gespräch. 2013 soll ein neuer Kreativwettbewerb augenzwinkernde Auseinandersetzungen abseits der üblichen technischen Argumente bringen.

Frei verfügbare Daten würden künftig auch politische Relevanz erlangen. Aus Daten werden Informationen, daraus werde Wissen und daraus wiederum die Möglichkeit besserer Partizipation, erklärt Harm die „Wertschöpfungskette“ der Open-Data-Idee. Politische Debatten sollen durch freie Daten verschlichtet werden. „Wir machen etwas für die Gesellschaft.“

Die Zukunft wird mehr Struktur für den Datenschwung bringen: In sogenannten Mash-ups werden Daten aus verschiedenen Quellen in Beziehung gesetzt, um neue Einblicke zu gewinnen. Einen nächsten Schritt fasst der Begriff Linked Open Data zusammen. Den Webdaten soll damit eine semantische Beschreibung mitgegeben werden, und sie sollen sich über ihre „Bedeutungswolken“ mit anderen Daten automatisiert verbinden. (pum) www.open3.at

KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

MUSIKTHEATER

Sidi Larbi Cherkaoui: Puz/le (Österreich-Premiere)

Erfolgschoreograf Sidi Larbi Cherkaoui untersucht die Teile, die das Puzzle unserer Beziehungen ausmachen.

Festspielhaus St. Pölten, Sa, 19.30 Uhr
www.festspielhaus.at, T: 02742/90 80 80-222
NIEDERÖSTERREICH



KABARETT

Reinhard Nowak »Juchuu – 30 Jahre Nowak«

Kulisse, Sa, 20 Uhr
17., Rosensteingasse 39, Karten:
T: 01/485 38 70, www.kulisse.at
WIEN

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133. F: -478
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

bezahlte Anzeigen

Vom Mitreden zur Meinungsbildung: Demokratie lernen

Wer politisch auch abseits von Wahlen mitbestimmen will, der soll dazu die Gelegenheit haben – aber nicht um jeden Preis. Ein Querschnitt von Leserstimmen zu Vor- und Nachteilen direkter Demokratie.

Gefahren erkennen

Direkte Demokratie ist eine gute Idee; deren Vertreter sind aber oft so davon begeistert, dass sie ein paar Dinge vergessen: Minderheitenschutz ist sehr wichtig, ebenso wie der Schutz vor sich selbst. Siehe Kalifornien: Dort ist man in den tiefroten Zahlen, weil die Bevölkerung für jegliche Ausgaben stimmt, dabei aber auch ständig Versuche, die Einnahmen zu steigern, ablehnt. Diese beiden Schwachstellen muss man adressieren.

User „chezgarando“ per Internet

Mehr Transparenz

Nur Transparenz und profunde Information plus Debattiermöglichkeiten schaffen die Grundlage für direkte Demokratie. Da sind wir in Österreich meilenweit entfernt mit manipulierten Medien, die Informationsverschleierung betreiben. Ich wünsche mir dringlichst direkte Demokratie, weil ich der Überzeugung bin, dass der offene Dialog vor der Meinungsbildung zu Selbstbewusstsein und Selbstrechenschaft führt, was einen mündigen Bürger ausmacht. Auch wenn die Medien gerade von mir kritisiert wurden, denke ich, dass sie der beste Platz sind, um solche Diskussionsmöglichkeiten zu schaffen.

User „Sangsiesanderchef“ per Internet

Beteiligungsarten

Die Diskussion um mehr Einbindung der Bevölkerung in demokratische Prozesse leidet an einer Vermengung grundsätzlicher Beteiligungsformen. Das Wichtigste ist, der in Österreich vorherrschenden repräsentativen Demokratie sowohl die Spielarten der direkten Demokratie als auch die sogenannte partizipative Demokratie gegenüberzustellen und dabei die Unterschiede zu verdeutlichen.

Helmut Hofmann per Internet

Demokratie erlernen

Demokratie muss, so wie das Sprechen, das Lesen, Schreiben und Rechnen, erst gelernt werden. Sie als Lebensstil zu entwickeln ist Voraussetzung für spätere dif-

ferenzierte Wahlentscheidungen und damit Hauptaufgabe politischer Bildung. Die kommt dieser Zielsetzung aber nur zögerlich nach und ist relativ erfolglos. Um die Situation zu verbessern, braucht es gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, die nur non-linear erfolgen können, wenn sie von Nachhaltigkeit sein sollen.

Es braucht entscheidende Verbesserungen und Schnittstellen beim kindlichen und vorpubertären Lernen sowie beim postpubertären Lernen beziehungsweise in der Erwachsenenbildung.

Michael Stanzer
Budapest



kindlichen und vorpubertären Lernen sowie beim postpubertären Lernen beziehungsweise in der Erwachsenenbildung.

Vom Landleben zum Wesen der Europäischen Union

Was STANDARD-Leser gerne häufiger lesen würden

Mehr Artikel über die Kompetenzen der EU, die Inhalte der Bundesverfassung, den ländlichen Raum: Unsere Leserschaft hat uns eine Flut von Anregungen zukommen lassen – eine Auswahl.

Leben auf dem Land

DER STANDARD ist eine sehr städtische Zeitung; ich fände es interessant, wenn auf Augenhöhe darüber berichtet würde, wie das soziale Leben auf dem Land und in den Kleinstädten funktioniert und welchen Stellenwert Kirche, Jagd, Frauenrunden, Stammtische, Jahrgangstreffen und Feuerwehr haben. Eine vierteljährliche Reportage wäre interessant und sicherlich heftig umstritten – jeder hat seinen eigenen Blick auf das Landleben.

User „anders and“ per Internet

Leserfragen in Interviews

Es gibt bei derStandard.at immer wieder Chatgäste, die Fragen können vorher von Usern eingesendet werden.

Vielleicht könnte man generell bei bevorstehenden Interviewterminen die Leser befragen, welche Fragen sie gern beantwortet hätten.

User „morgause“ per Internet

EU-Abstimmungen abbilden

Zwischen den Rubriken International und Österreich fehlt mir die Rubrik EU. Wobei mein dringendster Lesewunsch eine vorerst unkommentierte Berichterstattung über Abstimmungen im EU-Parlament darstellt.

Welche Fraktion hat zu welchem Thema wie abgestimmt? Ich möchte wissen, wie sich die österreichischen Parteien im EU-Parlament verhalten, diese Fakten sind nur sehr mühsam herauszufinden.

User „Genowo“ per Internet

Fortschrittliche Verfassung

Es gab einmal den österreichischen Verfassungskonvent. Was ist davon für eine zeitgemäße, fortschrittliche Bundesverfassung zu gebrauchen? Was wird derzeit in diesem Zusammenhang unter-

User „Landstreicher“ per Internet

Was wurde aus ...

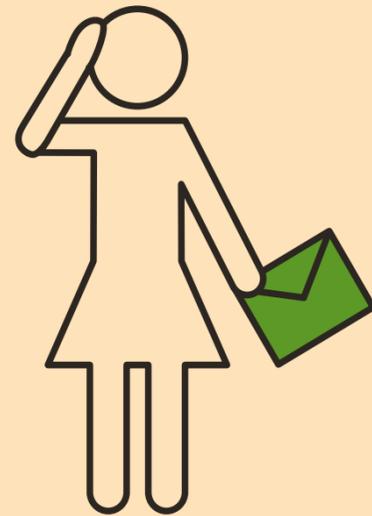
Ich würde gerne über wichtige Themen informiert werden, von denen man länger nichts mehr gehört hat: Aufräum- und Aufbauarbeiten in Japan, New York und Haiti; Ungarns Umweltkatastrophe mit dem Alu-Werk, BPs Ölloch. Vielleicht könnte man hier nachfragen.

User „temohpab“ per Internet

Öfter Pro und Kontra

Zu vielen Themen gibt es nicht nur eine Sicht der Dinge, sondern mehrere Seiten. Ich wünsche mir Kommentare aus verschiedenen Blickwinkeln, denn der Laie hat eine engere Sicht als ein Reporter, der sich beruflich damit beschäftigt.

Also bitte: öfter ein Pro-Kommentar und ein Kontra-Kommentar. User „Hortensia die Erste“ per Internet



Darf ich bleiben?

HANS RAUSCHER

Funktion der Kirche(n)



Die Caritas ist für ihre Unterstützung der hungerstreikenden Besetzer der Votivkirche von ganz links

und von ganz rechts angegriffen worden: von links aus Kreisen schattenhafter Unterstützer, denen die Caritas wohl bei einer gewünschten Eskalation im Weg steht; und von ganz rechts natürlich durch die FPÖ, die hier endlich wieder zu sich gefunden hat. Asylwerber, „Ausländer“, noch dazu aufmüpfig, da gibt's nur eins: Zwangsernährung, Schubhaft, Abschiebung (Strache). Endlich wieder das beliebte Thema, nachdem die FPÖ in den letzten Monaten im Stronach-Schatten verschunden war.

Es handle sich um eine Allianz von Kirchenvertretern und Anarchisten, und: „Wir würden uns wirklich neue Hirten bzw. ein anderes Verhalten unserer Oberhirten in diesem Land wünschen ... Jeder, der meint, Asylbetrüger unterstützen zu müssen, ist ein Beitragstäter.“ Von Kardinal Schönborn erhielt er im Gratisblatt *Heute* die entsprechende Antwort: „Sie sind einfach Menschen in Not. Sie sind unsere Mitmenschen.“ Menschen in echter Not und Gefahr dürften von der Kirche nicht im Stich gelassen werden. Man versuche, den Flüchtlingen den Hungerstreik auszureden und sie zu bewegen, die angebotenen Quartiere zu beziehen.

Die Haltung der überwiegend pakistanischen Flüchtlinge ist teilweise problematisch. Sie wurden von heimischen Aktivisten offenbar zu unerfüllbaren (Streichung aus der EU-Datenbank) und schwer erfüllbaren (Zugang zum Arbeitsmarkt) Forderungen

ermutigt. Aber es ist eine grundsätzliche Aufgabe der Kirchen (auch die evangelische Kirche unterstützt), sich um die Schwachen, die Mühseligen und Beladenen zu kümmern. Das ist Teil des Christentums.

Es ist kein Verbrechen, was die Besetzer da tun, hält Schönborn fest. Die Dauerbetreuung durch die kirchlichen humanitären Institutionen hat überdies mit Sicherheit schwerere gesundheitliche Schäden und wohl auch eine Eskalation verhindert.

Die Caritas und die anderen erfüllen eine notwendige Funktion als Abfederung zwischen potenziell radikalisierten Asylwerbern und der Politik, die in Versuchung geraten könnte, zu harten Polizei-„Lösungen“ zu greifen. Die Kirche ist ein Schutzraum für Menschen in einer mehr als schwierigen Situation. Diese Schutzfunktion verstößt keineswegs gegen die österreichischen Gesetze, wie Strache es behauptet. Sie ist im Gegenteil eine Hilfe für den Staat, der sich auf Menschenrechte und die Humanität verpflichtet hat.

Im Interesse der Hungerstreikenden in der eisig kalten Kirche selbst wäre es gut, wenn es den Kirchen, anderen Sympathisanten und/oder klugen Vertretern der Behörden gelänge, sie zur Aufgabe zu bewegen. Eine mehr als schwierige Übung, auch deshalb, weil sich die Besetzer offenbar Illusionen über ihre Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt machen. Wie immer eine Lösung aussehen kann, es hat sich schon jetzt der Wert von erfahrenen, geduldigen, realistisch denkenden, von Menschenliebe und der eigenen Glaubensüberzeugung motivierten kirchlichen Institutionen erwiesen.

hans.rauscher@derStandard.at



Als „sehr städtisch“ empfinden einige Leser den STANDARD. Und wünschen sich mehr Reportagen vom Land. Foto: Corn

Athenische „demokratía“, das große Vorbild

Mitbestimmung, Gleichberechtigung und individuelle Freiheit: Im Disput darüber werden wir immer wieder auf die klassische Demokratie Athens zurückgeführt. Sie wuchs langsam, und es dauerte Jahrhunderte, bis sie wieder zur damaligen Blüte fand.

Karlheinz Töchterle

Die im Athen des fünften Jahrhunderts v. Chr. erfundene Demokratie hat bei antiken Autoren insgesamt keinen guten Leumund. Das liegt in erster Linie wohl darin begründet, dass jene zumeist aus der Schicht der Aristokratie stammten, die im antiken Verfassungsdisput eine direkte Konkurrentin darstellte. Sehr schön wird dieser Disput in Ciceros *De re publica* abgebildet: In dessen erstem Buch erörtert Scipio (der Zerstörer Karthagos) seinen Gesprächspartnern die Vor- und Nachteile der Verfassungsformen Monarchie (für ihn die beste Einzelverfassung), Aristokratie und Demokratie (minime probandum, „am wenigsten akzeptabel“), um dann eine Lanze für eine „gemischte Verfassung“ zu brechen, wie sie sich in Rom im Laufe der Geschichte herausgebildet habe. Die Anregung hierfür fand Cicero beim griechischen Historiker Polybios, der Roms Größe in dessen Stabilität und diese in einer solchen Mischverfassung begründet sah. Andere Verfassungsformen neigten nämlich grundsätzlich zur Degeneration (Monarchie zu Tyrannis usw.) und provozierten damit Umstürze, wodurch ein Kreislauf von Verfassungen und damit permanente Instabilität entstehe.

Herrschaft des Volkes erreicht

Dieser Schematismus findet einen gewissen Rückhalt in der Historie, auch in der der führenden hellenischen Staaten Athen und Sparta. Während sich hier schon früh, etwa um 700 v. Chr., das Königtum mit Adel und Volk so arrangierte, dass eine über lange Zeiten einigermaßen stabile Verfassung entstehen konnte, wurde dort eine sagenhafte Monarchie durch eine fehdreiche Aristokratie und diese im sechsten Jahrhundert durch die Tyrannis des Peisistratos und seiner Söhne abgelöst, die gegen dessen Ende hin innerem Widerstand und spartanischer Bedrohung weichen mussten. Dies gab den Auftakt zu einer Entwicklung, in deren Verlauf die Macht sich immer stärker zu allen männlichen und freien Bürgern der Polis hin verlagerte. Kurz vor Mitte des fünften Jahrhunderts war ein Zustand erreicht, der wenig später als „demokratía“ („Herrschaft des Volkes“) bezeichnet wurde.

Wesentlich gekennzeichnet war die neu entstandene Verfassung durch einen enormen Machtzuwachs für die Volksversam-

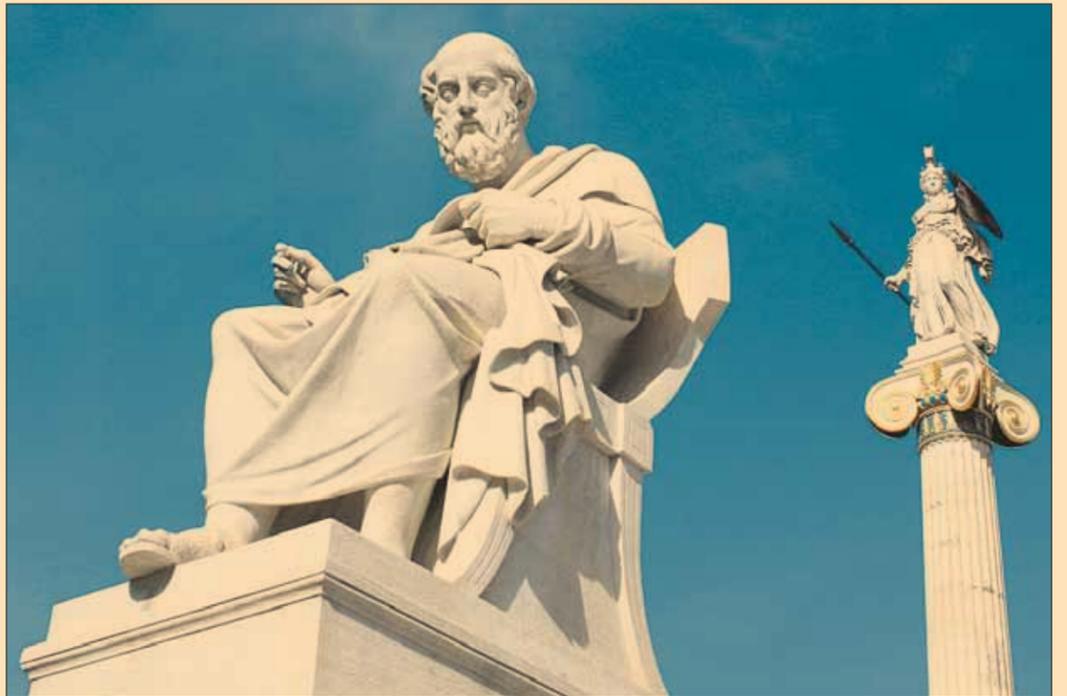
lung, der nun alle wichtigen Entscheidungen und Kontrollbefugnisse zukamen, sowie durch eine Öffnung der politischen Funktionen für alle Bürger, womit, drittens, Repräsentation bzw. Delegation von Macht weitgehend vermieden werden konnte. Damit erreichte die athenische Demokratie ihre wichtigsten Ziele, nämlich Gleichheit aller Bürger in der Teilhabe an politischer Macht und gleichzeitig größtmögliche Befreiung von jeglicher „Bemächtigung“, in der „Politik“ des Aristoteles im Rückblick als „das Nicht-beherrscht-Werden“ (τὸ μὴ ἀρχεσθαι) bezeichnet. Verstärkt wurden Gleichheit und Freiheit durch einige wichtige Begleitmaßnahmen, zum Beispiel den raschen und regelmäßigen Wechsel von Amtsträgern, das Zufallsprinzip der Auslosung oder durch Taggelder für die Teilnahme an der Volksversammlung, an der damit auch Tagelöhner oder Handwerker ohne

Verdienstentgang mitwirken konnten.

Revolutionäre Entwicklung

Insbesondere wenn man bedenkt, wie stark und wie werthaltig soziale Hierarchien in antike Diskurse eingeschrieben waren, ist das Ergebnis dieser Entwicklung zur Demokratie, auch wenn sie einen eher evolutionären Verlauf hatte, als revolutionär zu betrachten. Gut ermessens lässt sich das etwa an den entsprechenden Bezeichnungen von Ober- bzw. Unterschichten, die immer auch positiv oder negativ werten: Die oben heißen z. B. chréstoi („Tüchtige“) oder áristoi („Beste“, Aristokraten eben), die unten z. B. ponerói („Notleidende“, „Üble“).

Die gleichberechtigte Mitwirkung derart Geringgeschätzter am politischen Geschehen hat natürlich von Anfang viel Kritik geerntet. Frühe Belege dafür finden sich in einer anonymen Schrift über die „Athenische Verfassung“ (Athenaion politeía) aus aristokratischer Sicht, zahlreiche dann in den Schriften Platons, der in seinem „Staat“ ein elitäres Modell mit Philosophenkönigen empfahl. Er konstatiert dort auch das Einsinken demokratischer Denk- und Umgangsformen in die athenische Gesellschaft insgesamt. Davon scheinen alle schlechtergestellten Schichten bis hinunter zu den Sklaven profitiert zu haben, vor al-



Die Weisheit hat sich durchgesetzt, die Gleichheit der Menschen als Grundlage des politischen Lebens war aber auch in der Antike nicht unumstritten, etwa bei Plato. Foto: Fotolia

lem auch die Frauen, die laut Aristoteles diese Staatsform präferierten, auch wenn sie nach wie vor von politischer Mitwirkung ausgeschlossen waren. Auch dieses Manko wurde thematisiert, für uns fassbar in den „Ekklesiastzen“, den „an der Volksversammlung (ekklesia) teilnehmenden Frauen“, einer utopischen Farce des Komödiendichters Aristophanes. In anderen Stücken von ihm scheinen Krisen der athenischen Demokratie durch, die sie im späten fünften Jahrhundert, als Athen in langwährendem und verlustreichem Krieg mit Sparta stand, bis hin zu kurzfristigen Aufhebungen erleiden musste.

Goldene Epoche

Dennoch hatte diese Verfassung eine erstaunlich lange Dauer bis zur Besetzung Athens durch die Makedonen im Jahr 322, vielleicht mit einem kurzen Wiederaufleben noch im dritten Jahrhundert. Die Gründe für ihr Entstehen wie für ihren Erfolg – sie bescherte Athen ja die größte und bis in heutige Zeiten bewunderte Entfaltung politischer und geistiger Macht – sind vielfältig. Oft wird der Sieg gegen die eindringenden Perser angeführt. Diesen hatte man zwar mit Sparta und anderen Verbündeten zu teilen, der Seesieg von Salamis aber war sicher der athenischen Flotte und damit auch deren wendigen Matrosen und Ruderern aus den niederen Ständen geschuldet, die daraus hohes Selbstbewusstsein zogen. Eine bedeutende Rolle dürfte auch die bereits in der Tyrannis forcierte athenische Kulturpolitik gespielt haben. Der für Athen beanspruchte „Nationaldichter“ Ho-

mer und vor allem die regelmäßigen dramatischen Festspiele haben wesentlich zu einem neuen „Bürgersinn“ beigetragen. Ähnliches gilt für den ökonomischen Aufschwung, der sich im Gefolge der gewonnenen Perserkriege verstärkte und breitere Schichten erfasste.

So entstand ein Gebilde, das, bei aller Skepsis gegen Idealisierungen (vor allem mit seinen Bündnispartnern verfuhr Athen

bisweilen brutal) und unter Vernachlässigung des nicht Vernachlässigbaren (dass es nämlich nur freie Männer betraf), in der Realisierung von Freiheit, Gleichberechtigung und Partizipation mit ganz wenigen Ausnahmen erst im 20. Jahrhundert da und dort wieder erreicht wurde.

KARLHEINZ TÖCHTERLE ist Altphilologe und seit April 2011 österreichischer Wissenschaftsminister.

ERRATA

Am großen Rad gedreht

Darf's ein bisschen mehr sein? Schwindlig könnte einem werden, bei den Summen, um die es momentan geht.

Ernst Strassers 100.000er-Deal ist erst einmal abgehandelt. Zu sagen ist nur noch, er war in *Griechen* zu Hause und nicht in *Grieβ-kirchen*. Mit dem „s“ ist man dort heikel.

Alfons Mensdorff-Pouillys Finanzringenspiel hat auch vor Gericht haltgemacht, er darf sich freuen, es ist nicht groß etwas herausgekommen. Die ganz großen Fische sind ja andere, wir haben nie auf sie vergessen. Dem Groß-Steuerhinterzieher Werner Rydl haben wir jüngst eine Steuerschuld von *zwölf Milliarden Euro* attestiert. Glaubhaft, dass er sagt, er könne das nicht bezahlen, habe er doch lediglich *fünf Milliarden Euro* irgendwo auf einem Atlantik-Eiland versteckt. Verdächtig ist da nur die Großzügigkeit des Finanzamts, das sich mit einer Steuernachzahlung von *11,6 Millionen Euro* begnügen würde. Wahrscheinlich hat man dort zu Recht erkannt, dass von *Millionen* und nicht von *Milliarden* die Rede ist.

Und dann erst das Gold, über das wir schrieben: „Die hartnäckige Kritik in Deutschland, die *Deutsche Bundesbank* könne im Krisenfall nicht schnell genug auf *seine* im Ausland gelagerten Goldbestände zugreifen, zeitigt Wirkung.“ Weil: „Die *Notenbank* kündigte im Rahmen *seines* Lagerstellenkonzepts“ eine Rückholaktion an. Die Bank: Man ist auf jeden Fall sprachlich auf der sicheren Seite, wenn man dem weiblichen Element vertraut, manche überlassen ja überhaupt *ihr* die Geldgeschäfte.

Wir gehen davon aus, dass wir es mit den wirklich großen Dingen zu tun haben, wenn wir eine Sache in den Blick nehmen. Ganz in diesem Sinn schrieben wir über

„die Schlacht von Borodino bei Moskau, die 1812 Napoleons Niederlage *besiegelte*“. Das hat eine interessante Debatte angestoßen: Man könnte diskutieren, ob es die Schlacht bei Leipzig oder bei Waterloo war, die Napoleons Niederlage *besiegelte*. Von Borodino ließe sich lediglich sagen, dass dort die militärische Wende, sein Niedergang eingeleitet wurde, wurde eingewendet.

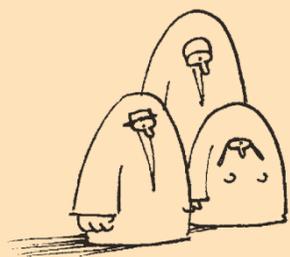
Ein Einwand zieht Kreise

Es ließe sich aber auch sagen: Der Niedergang war *besiegelt*, weil Napoleon von Borodino ins verlassene und brennende Moskau gelenkt wurde. Woraus in der weiteren internen Diskussion ein salomonischer Schluss gezogen wurde: Borodino endete zwar mit einem „technischen Sieg“ Napoleons (so sein Biograf Johannes Willms), war zwar strategisch „belanglos“, aber „der Anfang von Untergang“ im Russlandfeldzug. Wobei das Wort „technisch“ – wie auch die wiederkehrenden szenischen Nachstellungen durch Schlachtfreunde in der Jetztzeit – darüber hinwegsehen, dass es die mörderischste Schlacht der napoleonischen Zeit war: Die Russen verloren binnen eines Tages 52.000 Mann (jeden dritten), die Grande Armée 28.000 Mann.

Die Diskussion zeigt vor allem eines, es wird auf Einwände gehört, sie werden ernst genommen, auch an jenen Tagen, an denen wir nicht gerade eine Schwerpunktausgabe zu Demokratie und Mitbestimmung machen. Als würde man einen Stein in einen See werfen: Die Wellen erreichen auch die entlegeneren Winkel der Redaktion, falls man das so über einen bis nach Paris reichenden E-Mail-Verkehr sagen kann. Otto Ranftl
Leserbeauftragter
leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at



Karlheinz Töchterle: „Nicht beherrscht werden“. Foto: APA



IHR KÖNNT MIR EINEN ABSTIMMEN!

PAKISTAN GEHT IN WAHLEN

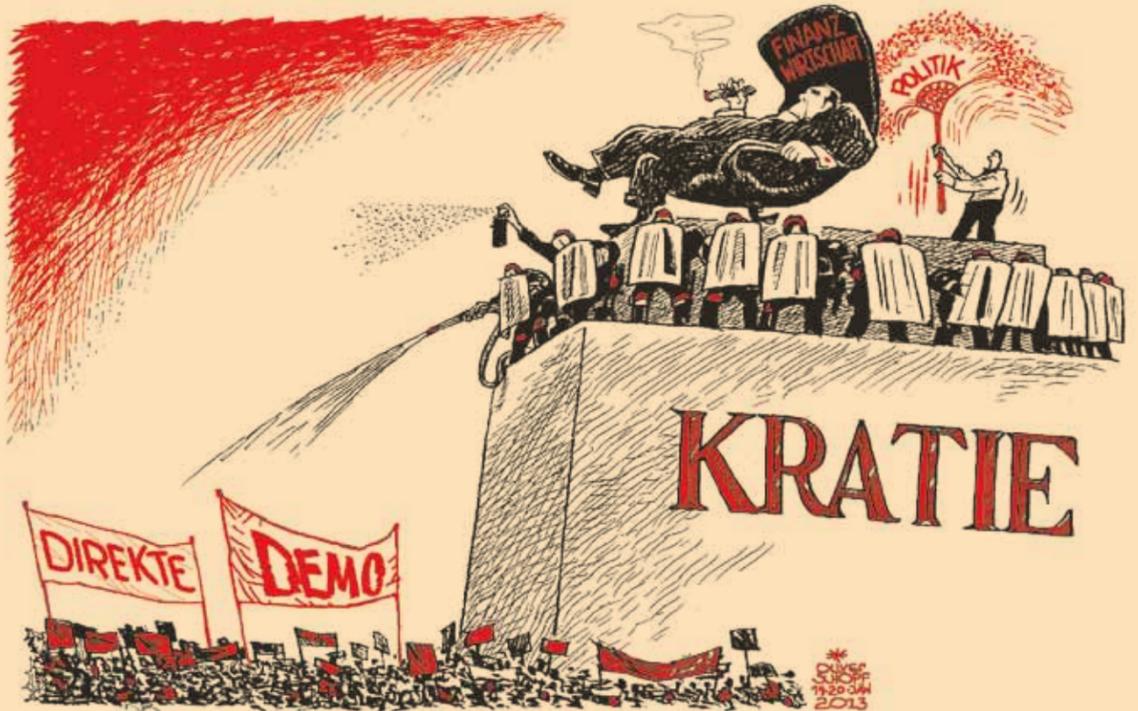
Qadris direkte Demokratie

Gudrun Harrer

Institutionelles Chaos in Pakistan ist keine Seltenheit. Aber diesmal hat es eine neue Dimension erreicht – die in einen STANDARD, der sich mit verschiedensten Formen direkter Demokratie beschäftigt, gut passt: Ein Parteiführer und Kleriker hat mit von ihm organisierten Massenprotesten der Regierung die Aufsicht über den Prozess abgetrotzt, der Pakistan in Neuwahlen führt. Tahir ul-Qadri ist bei früheren Urnengängen immer im Bereich der Bedeutungslosigkeit geblieben, oder er hat sie boykottiert. Nun fand er einen anderen Weg auf die politische Bühne.

Der Quereinsteiger in die Macht hat jetzt plötzlich das Sagen darüber, wie eine Art Notkabinetts und die Wahlkommission auszusehen haben. Vor allem sauber sollen sie sein, sagt er. Optimisten mögen jetzt eine Erneuerungsbewegung orten, die gleich mit zwei Grundübeln der pakistanischen Gesellschaft, der Korruption und dem islamischen Extremismus – denn Qadri ist sehr moderat –, aufräumen wird. Andere fürchten eher eine Störung des vorsichtigen Weges, den Pakistan stolpernd, aber doch in den vergangenen Jahren gegangen ist. Dazu gehört, das Militär von der Politik fernzuhalten. Viele halten Qadri für dessen Frontmann.

Auch in Washington wird man diese Art des pakistanischen Frühlings eher skeptisch betrachten: Zur Beurteilung der Lage in Afghanistan als „gut genug“ für einen Abzug kann man kein Pakistan brauchen, mit dem sich die Zusammenarbeit noch weiter verschlechtert.



derStandard.at/Cartoons

JUSTIZ UND POLITIK

Richter und Kröten

Michael Völker

Es war ein gerechter Spruch des Richters: Kurt Scheuch, ein Politikdarsteller in Kärnten und ebendort Chef der FPK, muss sich entschuldigen. Und zwar bei jenem anderen Richter, den er im Überschwang der Empörung über die Verurteilung seines Bruders Uwe als „Kröte“ bezeichnet hatte. Diese Verpflichtung tat Scheuch offenbar mehr weh als eine mögliche Verurteilung. Denn „Kröte“, so räumte er ein, sei noch das Geringsste gewesen, was ihm zu diesem Richter eingefallen war. Und schließlich handelte es sich um eine Entrüstungsbeleidigung, die müsste an sich folgenlos sein.

Nicht immer weisen Gerichtsverfahren im politischen Umfeld einen derart hohen Skurrilitätsfaktor auf. Richter müssen sich aber auf den mitunter ungewöhnlichen Umgang mit Politikern (und vor allem Expolitikern) einstellen. Sie tun dies mit zunehmendem Selbstbewusstsein. Vier Jahre Haft für Ernst Strasser – das war auch mutig. Freispruch für Alfons Mensdorff-Pouilly – der Richter selbst beauferte dies explizit und außerordentlich.

Vermutlich werden sich in absehbarer Zeit noch weitere (Ex-)Politiker vor Gericht verantworten müssen. Die Richter werden der mitunter vorherrschenden „Hängt sie höher“-Stimmung, die in der Bevölkerung und auch in manchen Medien vorherrscht, sicher nicht nachgeben. Aber sie werden fair und hart urteilen. Pech für Grasserumpoldmeischbergerplechgorbachgastingerdobernig ...

ARMSTRONGS GESTÄNDNIS

Es stinkt – mehr als genug

Sigi Lützwow

Irgendwann kommt für jeden der Moment der Wahrheit, und dann heißt es lügen, lügen, lügen.“ Lance Armstrong dürfte keine Ahnung haben, wer Willy Millowitsch war. Aber die Strategie, mit der der einstige Supermann des Radsports Dopingvorwürfen von jeher begegnet, lässt sich hübsch mit diesem Zitat des Kölner Volksschauspielers umreißen. Daran hat das für beide Seiten gewiss einträgliche Geständnis bei Oprah Winfrey nichts geändert. Denn es zählt ja nicht so sehr, was Armstrong zugegeben hat – längst Bekanntes, ja ihm zum Teil Nachgewiesenes –, sondern was der Texaner, dem Reue nicht steht, bestritten hat. Nie, gab Armstrong also zum Besten, habe er Funktionäre des Weltverbandes mit Spenden auf seine Seite gezogen, nie habe er Kollegen unter Druck gesetzt, es ihm bezüglich illegaler Stärkung gleichzutun. Und in den Jahren des Comebacks, also auch während der Frankreich-Rundfahrten 2009 und 2010, sei er nicht gedopt gewesen.

Im Gegensatz zu den eingestandenen Praktiken bis zum Jahr 2005 handelt es sich dabei um strafrechtlich Relevantes: Korruption, Nötigung, Verstöße gegen erst später erlassene Gesetze, die in manchen Staaten auch jene mit Gefängnis bedrohen, die gedopt haben, ohne mit Präparaten Handel zu treiben. Tröstlich ist, dass jene, die Armstrong zum Teilgeständnis zwangen – etwa die Ermittler der US-Anti-Doping-Behörde – auf seiner Fährte bleiben werden. Denn diese Sache stinkt – mehr als genug.

Die Wehrpflicht-Befragung hätte zu einer spannenden Polit-Debatte führen können

Alexandra Förderl-Schmid

Die Volksbefragung zur Wehrpflicht ist eine vertane Chance. Es hätte die Möglichkeit bestanden, eine spannende öffentliche Diskussion über die Sicherheitspolitik Österreichs und daraus resultierende Notwendigkeiten zu führen. Es hätte fundierter Informationen bedurft, die die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, vor der Stimmabgabe Pro und Kontra abzuwägen. Daraus hätte sich eine profunde Debatte über die Chancen und Risiken der direkten Demokratie entwickeln können.

Die Realität war eine andere: ein Hickhack der Parteien, die Debatte fokussierte sich auf Nebenschauplätze wie Zivildienst und Katastropheneinsätze. Am Sonntag geht es darum: Liegt die SPÖ vorn oder die ÖVP?

Dabei haben die Quoten bei den TV-Diskussionen und die Reaktionen auch auf STANDARD-Artikel zum Thema Wehrpflicht gezeigt: Das Interesse war groß, von der vielzitierten Politikmüdigkeit keine Spur. Aber die Menschen sind nicht abgeholt worden, weshalb viele, die eigentlich für mehr direkte Mitbestimmung sind, am Sonntag zu Hause bleiben werden: weil sie mit der Fragestellung nicht einverstanden sind, weil sie sich nicht als Streitschlichter missbrauchen lassen oder weil sie sich nicht für kompetent genug halten, Entscheidungen zu treffen, die im Rahmen der repräsentativen Demokratie idealerweise im Parlament, meistens jedoch in der Regierung getroffen werden.

Das ist auch deshalb schade, weil diese Volksbefragung zu einer Aufbruchstimmung hätte führen können, weg von der „Müdigkeitsgesellschaft“, wie sie der jetzt in Berlin lehrende Philosoph Byung-Chul Han konstatiert. In Österreich ist gleichermaßen zu beobachten, was der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet: dass die demokratischen Institutionen existieren, aber die Mehrheit der Bürger „eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spielt: „Im Schatten von politischer Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht.“

Crouch weist in dem bei Suhrkamp erschienenen Essay auf die Gefahren hin, die sich daraus ergeben: große Spielräume für Lobbyisten und eine Form der Politik, die es sich richtet – wie sie derzeit in Österreich auch in den Gerichtssälen vorgeführt wird

und in Salzburg zum vielzitierten „Systemversagen“ geführt hat.

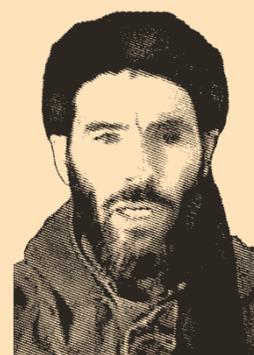
Diese Entwicklungen gefährden die Demokratie, warnt Crouch: „Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen.“ Der Philosoph Jürgen Habermas spricht von einer „Faschadendemokratie“ in Europa: Bürger müssen als Steuerzahler Geld für die Eurorettung zur Verfügung stellen und werden nicht einmal gefragt.

Die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel und sogar gefährlich, wenn etwa Migrantenfürer zur Abstimmung kommen. Wohllosiert eingesetzt, kann sie aber als Mittel gegen Politikverdrossenheit wirken und Spannung in den politischen Alltag bringen. Das ist in den vergangenen Wochen nicht gelungen.

Aber die Zeiten, in denen sich Politiker wie einst der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß über das Volk als „vox populi, vox Rindvieh“ lustig machen können, sind vorbei. Wähler lassen sich nicht mehr wie Stimmvieh behandeln.

KOPF DES TAGES

Mr. Marlboro unterzeichnet mit Blut



Mokhtar Belmokhtar, Terrorführer in der Sahelzone. Foto: Reuters

Belmokhtar wurde 1972 in der mittelalgerischen Stadt Ghardaia geboren. In die Szene eingestiegen soll er 1989 sein, als der von ihm bewunderte „Vater des Jihad“ Abdullah Azzam, Mentor Osama Bin Ladens, in Pakistan getötet wurde. Darauf ging er nach Afghanistan, von wo aus er 1993 – gut ausgebildet – in den algerischen Bürgerkrieg zurückkehrte. Nach Bin Laden benannte Belmokhtar später einen Sohn.

Ein kanadischer Diplomat, der 2008 von Belmokhtar entführt wurde, beschreibt diesen in der *New York Times* als „ziemlich schlank, sehr ernst und souverän wirkend“. Die „ruhige Autorität“

scheinigt ihm auch ein malischer Journalist. Seine Leute hätten großen Respekt, wenn nicht Angst vor ihm.

In Nordmali sah Belmokhtar seine Vision eines Scharia-Staates Realität werden – bis Frankreich eingriff. Algerien wird dafür bestraft, den Franzosen Überflugsrechte zu gewähren. Im Statement zur Geiselnahme in der Gasförderanlage in Amenas kommt aber auch Syrien vor: Präsident Abdelaziz Bouteflika hält ja Algerien aus der sunnitischen Front der Unterstützer des Kriegs gegen Assad strikt heraus. In Algerien kennt man die Jihadisten, die da auch zugange sind, aus leidvoller Erfahrung. Gudrun Harrer



Früher Revoluzzer, heute Stratege

Was in den 70er-Jahren emanzipatorisch als Mitbestimmung in Unternehmen gefordert wurde, kommt heute aus strategischer Notwendigkeit, aus betriebswirtschaftlicher Logik in die Wirtschaft, sagt **Barbara Heitger** zu **Karin Bauer**.

STANDARD: Was ist aus den Bewegungen der 70er-Jahre zur Partizipation in Firmen geworden?

Heitger: Diese Bewegung in den 70ern war einerseits getragen von Sozialwissenschaftlern aus den USA. Sie fanden heraus, dass Gruppenarbeit und Beteiligung von Mitarbeitern die Motivation erhöht und zu besseren Leistungen führt, dass Gruppen in bestimmten Situationen auch bessere Ergebnisse erzielen und dass Produktivität mit besseren Arbeitsbedingungen zunimmt. Wichtig ist dabei, sich vorzustellen, dass diese Forschungsergebnisse im Kontext von hoher Arbeitsteilung, Massenproduktion und stark ausgeprägter Hierarchie entwickelt wurden. Andererseits schwappten die politischen Forderungen der 68er nach Partizipation, Selbstbestimmung, Emanzipation und gegen autoritäre Struktur in Organisationen und Wirtschaft herein. Das waren erste Schritte in Richtung dialogorientierte Kommunikation und Zusammenarbeit.

STANDARD: In einem Umfeld des Wirtschaftswachstums ...

Heitger: Ja, das spiegelte sich auch in der Organisationsentwicklung wider, die beanspruchte, dass Bedürfnisse von Menschen und Ziele von Unternehmen gut miteinander kombiniert werden können. Stellenweise schlug das Pendel auch zu stark aus, wenn durch endlose Konsensprozesse schwierige krisenhafte Ent-

scheidungen torpediert, sabotiert, verunmöglicht wurden. Aber diese Phase ist ein wichtiges Fundament. Ein politisches Ergebnis ist das Arbeitsverfassungsgesetz, das ja unter anderem gesetzliche „Mitbestimmung“ regelt.

STANDARD: Eine Art Firmendemokratie?

Heitger: Insofern passt der Begriff Demokratie oder Demokratisierung in Unternehmen nicht, weil er aus dem Politischen kommt und – Stichwort Mehrheitswahl – eine andere Systemlogik hat.



STANDARD: Mitbestimmung hat es in Krisenzeiten aber schwer ...

Heitger: Die Ziele aus den 70ern waren wohl utopisch angesetzt und halten nicht. Vor allem dann nicht, wenn es um Rationalisierungen geht. Zugleich ist aber zu beobachten, dass die früher gesellschaftspolitisch formulierten Ansprüche nach gemeinsamer Gestaltung und Mitwirkung an relevanten Unternehmensfragen heute oft unmittelbar aus der Logik der Wirtschaft und der Unternehmen heraus angepackt werden. Und zwar dort, wo das Entstehen gemeinsamer Zielbilder und eines gemeinsamen Willens strategische Notwendigkeit wird.

STANDARD: Was kann da als Beispiel dienen?

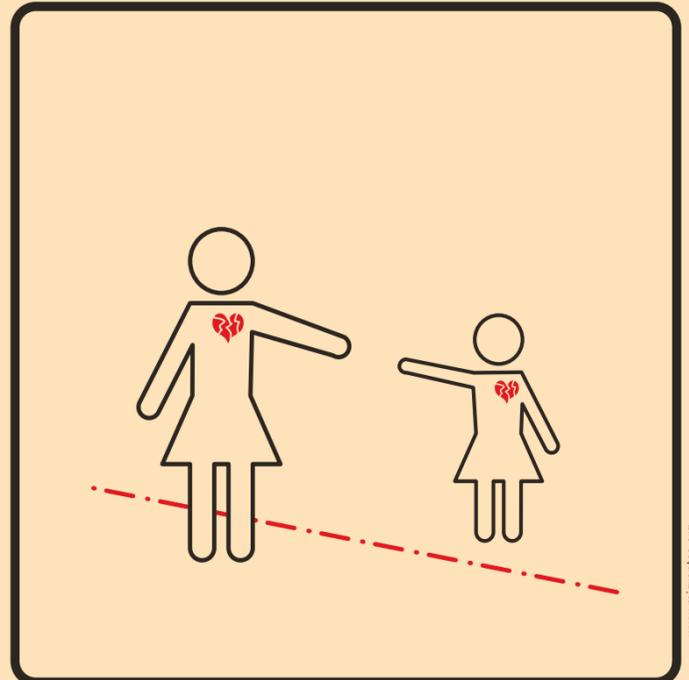
Heitger: Überall dort, wo bereichsübergreifend gearbeitet wird, braucht es ein Zusammenspiel von hierarchischer und lateraler Steuerung. In strategischen Kooperationen von Unternehmen (die ja zunehmend Mergers & Acquisitions ablösen) geht es nicht mehr in erster Linie darum, durchzusetzen, sondern darum, Aushandlungsprozesse über Ziele, Schwerpunkte, Spielregeln zu etablieren. Wir beobachten in vielen Branchen einen Trend zum Lösungsgeschäft, bei dem es darum geht, verschiedene Ressourcen im Unternehmen mit Vertretern des Kunden in zielorientierten Ko-Kreationsprozessen zu organisieren – Bauprojekte, IT-Lösungen, Beratungsprojekte. Es gelingen Veränderungsvorhaben in Unternehmen auch nur dann, wenn die Perspektiven der wichtigsten Anspruchsgruppen einbezogen und Lösungs- sowie Umsetzungskonzepte erarbeitet werden und aus solchen Kooperationsprozessen quasi wie nebenbei gemeinsame Ausrichtung und Commitment kontinuierlich verankert werden.

STANDARD: Das ändert Rolle und Aufgabe von Führung ...

Heitger: Sie trifft nicht mehr wie im klassischen Modell durch Übersicht und das Aggregieren von Fachkompetenz gute Entscheidungen, sondern hat immer wieder das gemeinsame Zielbild zu bearbeiten und Plattformen für Aushandlungsprozesse dort zu schaffen, wo Einzelwissen und Einzelantworten nicht die adäquate Antwort sind.

STANDARD: Wo zeigt sich eine solche neue Führung?

Heitger: Etwa im Nutzen von Web-2.0-Formaten für Open Innovation, für virtuelle Zusammenarbeit, wo auch Experten außer-



halb des Unternehmens mitwirken, oder in Großgruppenveranstaltungen, wo wesentliche Stoßrichtungen der Strategie vorgestellt werden und Experten und Führungskräfte in Arbeitsgruppen Umsetzungsinitiativen erarbeiten.

STANDARD: „Loslassen“ des Spitzenmanagements?

Heitger: Die große Herausforderung aktuell besteht darin, zu beurteilen, wie zu einem relevanten Thema die bestmögliche Entscheidung gefunden werden kann. Die Lösung ist nicht ein „laissez faire“ und damit alles dem Strom der Selbstorganisation zu überlassen.

STANDARD: Da passt auch der ständige Imperativ vom „unternehmerischen Mitarbeiter“?

Heitger: Das sehe ich kritisch. Wenn es in den 70ern um mehr Selbstbestimmung und weniger

Hierarchie gegangen ist, geht es heute darum, dass Mitarbeiter unternehmerische Kompetenzen entwickeln sollen. Das ist eine Art Zwang zum unternehmerischen Selbst, das sich permanent in einem Markt bewegen muss, in dem es Subjekt und Objekt zugleich ist. Auch mit allen negativen Konsequenzen.

BARBARA HEITGER ist Organisationsberaterin, hat nach 17 Jahren in der Beratergruppe Neuwaldegg ihr eigenes Unternehmen Heitger Consulting (35 Mitarbeiter) aufgebaut.

INHALT

- Entscheidungsfreude:** Ein Gradmesser des Status quo Seite K 19
- Cortis Nährwert, Sudoku** Seite K 19
- Bildung & Karriere:** Politische Bildung in Österreich Seite K 20
- Jobsplitter** finden Sie auf Seite K 12

Für unseren Klienten suchen wir eine/n erfahrene/n und vielseitige/n

Chief Financial Officer w/m

Die FH Campus Wien ist mit mehr als 4.000 Studierenden und mehr als 50 Studiengängen und Lehrgängen in 6 Departments die größte akkreditierte Fachhochschule in Österreich.

Um auch in Zukunft nicht nur zu den besten Ausbildungsstätten des Landes zu gehören, sondern darüber hinaus auch durch weiterhin erfolgreiches Wachstum zu einem der führenden europäischen Player zu werden, besetzt die FH Campus Wien die Position der/des CFO w/m neu.

In enger Zusammenarbeit mit dem CEO leiten Sie die FH Campus Wien und stellen so als Mitglied der Hochschulleitung die weitere erfolgreiche Entwicklung sicher. Sie verantworten schwerpunktmäßig den Kaufmännischen Bereich und das Thema Finanzen und übernehmen zusätzlich die wirtschaftliche Führung einiger weiterer zu Ihrem Profil passender Bereiche und Tochtergesellschaften.

Wenn Sie langjährige erfolgreiche Erfahrung in der Gesamtverantwortung für den Finanzbereich mitbringen und es nicht nur verstehen, eine saubere Verwaltung sicherzustellen, sondern auch das Geschäft aktiv mit Zahlen zu steuern und zu gestalten sowie durch Ihre sozial kompetente und kommunikative hands-on Führungspersönlichkeit überzeugen, freuen wir uns darauf, Sie kennenzulernen!

Ihre Aufgabe

- » Kaufmännische Führung und strategische Weiterentwicklung der FH Campus Wien in enger Zusammenarbeit mit dem CEO
- » Entlastung und Stellvertretung des CEO
- » Verantwortung für die Bereiche Finanzen, Buchhaltung, Kostenrechnung und Controlling
- » Optimierung aller kaufmännischen Prozesse und Strukturen
- » Führung, Coaching und Entwicklung der MitarbeiterInnen im verantworteten Bereich
- » Je nach Profil wirtschaftliche Führung weiterer Bereiche und Tochterunternehmen der FH Campus Wien

Ihr Profil

- » Abgeschlossenes betriebswirtschaftliches Studium mit Schwerpunkt Finanzen/Controlling
- » Ergänzend gerne weitere einschlägige Ausbildungen
- » Mehrjährige einschlägige erfolgreiche Berufserfahrung in einer vergleichbaren Position mit Gesamtverantwortung im Finanzbereich, idealerweise im Dienstleistungssektor, nicht notwendigerweise im Ausbildungsbereich
- » Erfahrung im Aufbau neuer Prozesse und Strukturen
- » Ambitionierte hands-on UnternehmerInnen-Persönlichkeit mit hoher Lösungsorientierung
- » Reflektierte, loyale, gestandene Führungspersönlichkeit mit ausgeprägter Kommunikationsstärke
- » Mehrjährige Führungserfahrung eines kleinen Teams
- » Exzellente Sozialkompetenz, politisches Geschick, Selbstverständnis als DienstleisterIn
- » Idealerweise bereits Erfahrung im Umfeld komplexer, öffentlichkeitsnaher Strukturen, Spaß am akademischen Umfeld

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme **bis spätestens 1. Februar 2013** mit vollständigen Unterlagen inklusive Foto sowie Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung. Registrieren Sie sich bitte vorzugsweise über unser Jobportal unter www.kienbaum.at oder kontaktieren Sie unsere Beraterin Dr. Marion Weber per E-Mail unter der Kenn-Nr. 352.669 über ihre Projektassistentin bianca.galleider@kienbaum.com.

Die FH Campus Wien hat die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und verpflichtet sich zur Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Menschen.

Absolute Diskretion sichern wir Ihnen selbstverständlich zu.

Kienbaum Beratungen Ges.m.b.H.
Tuchlauben 8, A-1010 Wien
Tel.: 01/ 533 51 88 - 14
www.kienbaum.at

Revirement im Anzeigenverkauf



Michael Kaiser **Rainer Wimmer** **Christina Haßlinger** **Petra Kletecka**

Michael Kaiser verlässt den STANDARD und übernimmt die Geschäftsführung einer Medienagentur in Zürich. Seinen Verantwortungsbereich als Verkaufsleiter Karriere führt nun Rainer Wimmer, der damit in Personalunion den Stellenmarkt von derStandard.at/Karriere und die Leitung des Printteams innehat. Neu als Account-Managerin Bildung ist Christina Haßlinger, deren Bereich nun in die Teamleitung Tageszeitung zu Petra Kletecka ressortiert.

Fotos: Fischer, Stöcher, Pröll, privat

EINSTIEGUMSTIEGAUFSTIEG



Michael Schaumann (41), seit sechs Jahren Managing Partner im Wiener **Stanton Chase International**-Büro, wurde zum Global Practice Leader Financial Services ernannt. Er verantwortet nun in über 70 Ländern das weltweite Headhunting-Geschäft im Banking-&Finance-Sektor.



Mit Februar übernimmt **Michael Delion** (Bild) die Leitung der **Austrian Airlines Technik**. Der gelernte Flugzeugmechaniker und Diplomingenieur der Luft- und Raumfahrttechnik folgt **Burkard Wigger**, der das Unternehmen mit Ende Jänner verlassen wird.



Monika Anzeletti hat die Position des Sales Director für Consumer Produkte bei **Sony Österreich** übernommen. Seit 2008 betreute die 51-Jährige die Vertriebspartie Großkunden für Consumer Electronics, zuletzt in der Funktion als Senior Channel Manager und Deputy Sales Director.



Hannes Pichler (Bild) übernimmt von **Christian Krammer** die Leitung des Wiener Büros der **BCG**. Krammer wird HR-Chef Deutschland, Österreich, Osteuropa. Neben seiner neuen Funktion als Österreich-Chef betreut Pichler europaweit Kunden aus der Konsum- und der Industriegüterbranche.



Anna Maria Nusko (33) hat im Bereich Privat- und Firmenkunden des **BFI Wien** die Leitung der Abteilung Gesundheit & Technik übernommen. Zuvor war Nusko Programm-Managerin für MBA-Programme an der WU Executive Academy.



Der Aufsichtsrat der **Alcatel-Lucent Austria AG** hat **Thomas Arnoldner** (35) zum neuen Vorstandsvorsitzenden bestellt. Thomas Arnoldner ist seit 2003 bei Alcatel-Lucent Austria, vormals Alcatel Austria, beschäftigt und war zuletzt als Account Director tätig.



Seit Jänner ist **Andreas Bene** (Bild) neuer Marktvorstand der **Raiffeisen Factor Bank (RFB)**. Bene bildet nun mit dem Vorstandsvorsitzenden **Gerhard Prenner** den neuen Doppelposten. Davor leitete er den Credit-Risk-Control-Bereich der Raiffeisen Bank International (RBI).



Seit Jänner verstärkt **Gabriele Pichler-Hammerschmidt** (37) als Key-Account-Managerin Retail das Team von **McCain Österreich**. In dieser Funktion verantwortet sie die österreichischen LEH-Kunden. Zuvor war sie u. a. bei Cernys Fisch & Feinkost, Pago und Frisch & Frost tätig.

Mitarbeiterbefragung: Nur gut von extern



Foto: iStockphoto

Erste „goldene Regel“ bei Mitarbeiterbefragungen: extern beauftragen. Zweite „goldene Regel“: Die Ergebnisse der Befragung müssen intern zur Diskussion gestellt werden und in entsprechende Veränderungen münden, sonst ist das Tool für lange Zeit verloren.

Inhaltlich haben sich die Hintergründe für eine Mitarbeiterbefragung in den vergangenen zehn Jahren verändert: Wurde früher mehr nach dem Status der Zufriedenheit gefragt, dient die Mitarbeiterbefragung heute als unterstützendes Instrument etwa vor der Umsetzung neuer Strategien, dem Wunsch nach Verbesserung der Kommunikation oder internem wie externem Benchmarking. Leadership, Innovation, Weiterbildung und -entwicklung, Loyalität, Vertrauen, Engagement sowie Stress und Arbeitsbedingungen im Allgemeinen sind heute treibende Themen.

Gleich geblieben ist aber etwas, das als erste „goldene Regel“ der Mitarbeiterbefragung bezeichnet werden könnte: Wenn sie gut werden soll, dann führe sie nicht selbst durch. Das sensible Instrument bedarf einer professionellen



Erich Laminger, Managing Partner Great Place to Work Österreich.

Konzeption, Durchführung und Auswertung der Ergebnisse.

Nur ein kleiner Fehler kann zu erheblichen Vertrauensverlusten aufseiten der befragten Mitarbeiter führen und das Instrument für lange Zeit in einer Organisation unbrauchbar machen. „Der Umgang mit den Daten ist ein extrem sensibles Thema“, sagt auch Erich Laminger, Managing Partner Great Place to Work Österreich. Die Anonymität der eingeholten Daten und Antworten muss ganz klar nachvollziehbar sein, sagt er. Zwischen den auftraggebenden Unternehmen und seiner Organisation gebe es daher klare vertragliche Vereinbarungen von der Vorbereitung über den Prozess bis hin zu den Follow-ups, so Laminger weiter.

Vertrauen halten

Gearbeitet werde mit dem sogenannten „Trust Index Modell“, das auf den Grundwerten Glaubwürdigkeit, Respekt, Fairness, Stolz und Teamgeist gründet – „über die Mitarbeiterbefragung erheben wir, wie diese Grundwerte im Unternehmen gelebt werden oder wie weit weg das jeweilige Unternehmen von dieser Realität ist“, so Laminger weiter. Und diese Diskrepanzen, also die konkre-

ten Ergebnisse „gehören auf jeden Fall intern veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Egal, wie gut oder schlecht das Feedback der Mitarbeiter ausgefallen ist. Wenn man die Mitarbeiterbefragung als Feedbacktool ernst nimmt, muss man das tun.“

Und in diesem Sinne ist die Mitarbeiterbefragung Teil der Unternehmensdemokratie, ist Laminger überzeugt, „weil es darum geht, dass die Führenden die wahren Regelungsbedarfe der Geführten kennen und sich ihnen auch widmen sollten“.



Bereits Erhobenes könne fortan in kommende Befragungen einbezogen werden, um Veränderungen, Sinnvolles und weniger Sinnvolles nachvollziehen zu können. Wichtig sei zudem auch die Benchmark, die den Organisationen zur Verfügung gestellt werden, so Laminger weiter. So können die eigenen Zahlen mit denen des Umfeldes verglichen und auch entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Jene Unternehmen, die mit ihren Feedbacks gearbeitet haben, konnten überwiegend positive Veränderungen feststellen – nicht nur sei die Bekanntheit als Arbeitgebermarke gestiegen, was nicht zuletzt auch mit der Mitarbeiterzufriedenheit zusammenhänge, auch die abteilungsübergreifende Kommunikation, die Mitarbeiterbindung und -loyalität konnte vielerorts mit diesem Tool verbessert werden – so denn ernsthaft und sorgfältig damit gearbeitet worden ist. (haa)

www.greatplacetowork.at



Die Besten landen bei uns.

Markas ist ein international ausgerichtetes Familienunternehmen mit über 6.000 Mitarbeitern, das sich seit mehr als 25 Jahren auf Dienstleistungen, vor allem im Gesundheitsbereich, spezialisiert hat. Für die österreichische Gesellschaft mit Sitz in St. Pölten suchen wir eine engagierte und vertrauenswürdige Führungspersönlichkeit als

Leiter/in Reinigungsservices

In dieser herausfordernden Funktion mit Wachstumsmöglichkeiten berichten Sie direkt an die Geschäftsführung.

Ihre Aufgaben:

- Führung und Steuerung der Regionalleiter sowie der Teams in den Niederlassungen
- Budgetverantwortung, Planung und Einhaltung der Kostenstruktur sowie Optimierung der Abläufe
- Sicherstellung der Kundenzufriedenheit über Dienstleistungsqualität; Pflege der Kundenbeziehungen
- Erfüllung der Vertragsvorgaben und Koordination von Dienstleistungsstarts bei Neuaquisitionen
- Enge Zusammenarbeit mit Geschäftsführung, Vertrieb, Finanzen und Personal

Ihr Profil:

- Technische Ausbildung (abgeschlossenes Studium von Vorteil) sowie betriebswirtschaftliche Affinität; alternativ mehrjährige Erfahrung als Führungskraft mit umfassender Praxis
- Profunde Managementenerfahrung in der Führung dezentraler Serviceeinheiten, in der Weiterentwicklung und Motivation von Teams sowie im Kundenbeziehungsmanagement
- Prozess-Know-how, sehr gute analytische Fähigkeiten
- Bereitschaft zu laufender Reisetätigkeit in ganz Österreich

Sie überzeugen als innovative, authentische Führungskraft mit hoher Sozialkompetenz, einer strukturierten Vorgehensweise und Verantwortungsbewusstsein. Für diese Position bieten wir ein Jahresbruttogehalt ab € 70.000,- p. a. in Abhängigkeit von Qualifikation, Erfahrung und Zielerreichung. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter Angabe der Kenn-Nr. 43.911 an unsere Beraterin, Frau Gabriele Wachter.



ISG Personalmanagement GmbH,
A-3100 St. Pölten, Wiener Straße 12, Frau Gabriele Wachter,
Tel.: 02742 213 58 DW 11, E-Mail: gabriele.wachter@isg.com



Unser Klient ist eine der bedeutendsten NPO-Organisationen im Sozialbereich in Wien mit mehr als 1.100 Mitarbeiter/innen. Im Zuge einer Nachfolgeregelung wird eine engagierte Persönlichkeit gesucht, die - direkt dem Leiter Personalmanagement zugeordnet - für die Planung, Steuerung und Kontrolle konzernpersonalwirtschaftlicher und strategischer Belange zuständig ist.

HR-Expert/in

Planung und Steuerung, Arbeitsrecht

Ihre Aufgaben:

- Analyse und Interpretation personalwirtschaftlicher Kennzahlen und Ableitung von Szenarien und Maßnahmen
- Unterstützung bei Verhandlungen im Bereich kollektives Arbeitsrecht (KV, BV)
- Prüfung und Koordination der Abteilungsbudgets
- Leitung bzw. Mitarbeit in HR- und bereichsübergreifenden Projekten

Ihr Profil:

- Betriebswirtschaftliches Universitätsstudium - idealerweise mit HR-Schwerpunkt
- Ca. 3-5 Jahre relevante Berufserfahrung mit ähnlichen Aufgaben in einer großen Organisation
- Exzellente MS-Office-Kenntnisse und hohe IT-Affinität
- Ganzheitliche Denkweise sowie ausgeprägte analytische und konzeptionelle Fähigkeiten
- Zielorientierter und selbstständiger Arbeitsstil
- Überzeugende Kommunikations- und Präsentationsfähigkeiten

Unser Kunde bietet eine äußerst vielfältige Position mit Gestaltungsmöglichkeiten und ein Gehalt von ca. 3500 € brutto pro Monat plus jährliche Leistungsprämie (je nach Qualifikation und Erfahrung auch mehr).

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen unter Angabe der Kennnummer 43.913 über das ISG-Karriereportal unter www.isg.com oder per E-Mail.



ISG Personalmanagement GmbH
A-1020 Wien, Rustenschacherallee 38
Mag. Margit Oberlander, Tel: 01/512 35 05, Fax: DW 35,
E-Mail: bewerbung.oberlander@isg.com

Alte Kommandeure müssen einpacken



Mehr Eigenverantwortung, flüssige Grenzen zwischen Job & Privat: totale Vereinnahmung oder Humanisierung der Arbeitswelt durch die Hintertür?
Karin Bauer fragt den Leadership-Experten **Jan Krims** (Deloitte).

STANDARD: *Unternehmensorganisation und Unternehmenssteuerung ändert sich grundlegend ...*

Krims: Ja, weg vom Kommandosystem hin zur indirekten Steuerung: Unternehmen definieren heute die Rahmenbedingungen des Arbeitens so, dass Mitarbeiter eigenverantwortlich zur Erreichung der Unternehmensziele beitragen sollen – und das oft auch wollen. Dahinter steckt nicht das Bestreben, Partizipation oder Autonomie per se zu ermöglichen, sondern schlicht und einfach die Erkenntnis, dass diese Form der Unternehmenssteuerung wesentlich effektiver ist und die Agilität des Unternehmens erhöht. Nichtsdestotrotz führt das im Ergebnis in vielen Fällen zu mehr Selbstständigkeit und Mitgestaltungsmöglichkeiten aufseiten der Beschäftigten.

STANDARD: *So weit die ideale Welt ...*

Krims: Nein, das stimmt nicht. Manche Unternehmen agieren in diesem Kontext schon sehr professionell. Andere stehen am Anfang, nicht alle Branchen sind gleich weit. Diese Entwicklung ist ein langfristiger, schrittweiser Prozess. Sehr oft wird die Entwicklung gar nicht bewusst wahrgenommen, manchmal gibt es wie bei einer Pendelbewegung auch wieder gegenläufige Entwicklungen. Tatsache ist aber auf jeden Fall, dass diese Veränderung kontinuierlich stattfindet und dadurch klassische Koordinaten der Unternehmensorganisation, zum Beispiel die Hierarchie, die Kontrolle und der Austausch von Geld gegen Zeit, im Rahmen des Arbeitsverhältnisses ins Wanken geraten. Dazu gehört auch die Trennung von Arbeits- und Privatleben.

STANDARD: *Das bringt die Mitarbeiter aber ordentlich unter Druck ...*

Krims: Ja, das führt häufig zu deutlich mehr Leistungsdruck, zu steigenden Anforderungen an die Selbstorganisation, zu einem höheren individuellen Risiko. Unternehmerische Anforderungen wie Kundenorientierung, Ergebnisverantwortung und Input-Output-Steuerung, mit denen früher nur eine kleine Zahl exponierter Fach- und Führungskräfte beschäftigt waren, fallen heute in den Arbeitsalltag vieler Mitarbeiter. Das eröffnet andererseits auch mehr Entwicklungschancen, mehr Partizipation und auch mehr Chance auf Selbstverwirklichung.

STANDARD: *Im Gesamtzusammenhang bedeutet das aber eine viel größere Vereinnahmung der Mitarbeiter ...*

Krims: Dass die Trennung von Arbeitskraft und Person aufgehoben wird, die Subjektivität der Mitarbeiter entscheidend ist für Problemlösungen und Kommunikation, dass Kreativität und Eigeninitiative keine Störfaktoren mehr sind, sondern Erfolgsfaktor – das kann man kritisch als vollständige Vereinnahmung betrachten. Aber auch positiv als Humanisierung der Arbeitswelt quasi durch die Hintertüre. Beides hat wohl seine Richtigkeit.

STANDARD: *Was ist da der Kern eines neuen Führungsverständnisses?*

Krims: Die Loslösung von formeller Funktion und Autorität und ein grundlegend neues Führungsverständnis, orientiert an der zentralen Aufgabe des Ermöglichens. Die Anforderungen an alle sind deutlich höher.

STANDARD: *Entsteht da gerade ein neuer „Kontrakt“?*

Krims: Im Moment lässt sich in vielen Unternehmen ein massiver



Sind wir anders?

Widerspruch zwischen neuen Anforderungen an Mitarbeiter und Führungskräfte und einem nach wie vor sehr traditionellen Verständnis von Führung beobachten. Eigenverantwortung einzufordern ist schnell formuliert. Aber: Auch eine Vertrauenskultur, Subjektivierung, tatsächliche

Möglichkeit zur Mitgestaltung zu etablieren ist viel schwieriger. Das ist eine der wesentlichen Führungsherausforderungen.

JAN KRIMS ist Senior Manager bei Deloitte Human Capital in Wien.

Lesen Sie ab 26. 1. die Serie „New Leadership“ im KarrierenStandard

Whitepaper fürs Recruiting

Sünden und Tipps im Umgang mit Social Media

Der Personalberater ePunkt hat die Recruiting-Prozesse österreichischer Unternehmen im Hinblick auf Social Media untersucht und veröffentlicht die Ergebnisse inklusive Tipps in Form eines Whitepapers. Es zeigt die häufigsten Sünden im Recruiting und deren mögliche fatale Folgen im Zusammenhang mit Social Media auf: Unternehmen mit unsauberem Recruiting-Prozessen, wie z. B. umständlichen und nicht funktionierenden Bewerbungstools auf der Website, fehlenden persönlichen Kontaktdaten und dem Nichtbeantworten von Bewerbungen, verärgern ihre Bewerber. Verbreiten diese ihre negativen Erlebnisse in

der Social Media Community, so führt das dazu, dass Tausende eine Negativ-Information über das Unternehmen erhalten.

Im Endeffekt bewerben sich unter Umständen hunderte Kandidaten auf Basis dieses Wissens erst gar nicht mehr bei diesem Unternehmen. Daniel Marwan, Geschäftsführer ePunkt: „Wir wollen mit diesem Whitepaper nicht den Teufel an die Wand malen, aber deutlich vor Unprofessionalität in diesem Bereich warnen.“ (red)

Kostenloser Download:
<http://www.epunkt.net/UeberUns/Pressemeldung/ePunkt-veroeffentlicht-Whitepaper-ueber-Suenden-im-Recruiting>

Damit Weiterbildung nicht scheitert

Zahlreiche Fördertöpfe für Frauen

Angebote für Frauen, sich Rüstzeug für den Aufstieg zu besorgen, gibt es mittlerweile sehr viele. Und die betriebswirtschaftliche Erkenntnis zum Nutzen gemischter (Führungs-)Teams setzt sich auch durch – langsam, aber stetig. Elisabeth Weghuber, die im März mit einer neuen Runde des „Women's Leadership Development“ in Wien startet, hat nun aufgrund vieler Finanzierungsanfragen Fördermöglichkeiten für eine solche Weiterbildung zusammengetragen.

■ **Bildungsdarlehen:** ab einem Ausbildungswert von 5000 Euro; wird von verschiedenen Bausparkassen angeboten. Das Darlehen wird vor Beginn der Ausbildung gewährt, die Rückzahlung beginnt ab Ende der Ausbildung. Die Bezahlung der Kurskosten erfolgt vor Beginn der Ausbildung durch die Bausparkassen direkt an den Lehrgangsanbieter.

■ **Informationsportale Förderungen:**

Datenbank der Arbeiterkammer: www.bildungsfoerderungen.at
Bildungsförderdatenbank der Wirtschaftskammer: www.berufsinfo.at/bildungsfoerderung
Datenbank zur Weiterbildungsförderung: www.kursfoerderung.at
Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds: www.waff.at
Arbeitsmarktservice AMS: www.ams.at

➔ www.gruesser.at
www.diversitysearch.at



Die besten Jobs finden Sie auf derStandard.at/Karriere

Unser Unternehmen beschäftigt sich mit Produktion und weltweitem Vertrieb von Physikgeräten für den Schulunterricht (nähere Informationen unter www.ntl.at ersichtlich).



Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir eine(n)

Vertriebsleiter(in) deutschsprachiger Raum (m/w)

Dabei sind Sie direkt dem Geschäftsführer unterstellt, arbeiten eigenständig und sind an Ihrem Arbeitsplatz in Neutal/Burgenland mit folgenden Aufgaben vertraut:

- Erstellung von Angeboten
- Betreuung sowie Beratung bestehender, und Akquisition von neuen Handelspartnern
- Organisation und Durchführung von Groß- und Kleinausstellungen
- Schulungen und Produktpräsentationen für Anwender
- Erstellen von Mailings, Verkaufsunterlagen etc.

Anforderungen:

- Ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit
- Technisches Grundverständnis
- Gute MS-Office Kenntnisse
- Reisebereitschaft

Wir bieten:

- Spannende Aufgaben mit Eigenverantwortung
- Ein dynamisches Team mit flachen Organisationsstrukturen
- Attraktives Einkommen

Dienstantritt: ab sofort/Bruttolohn für Vollzeit ab € 2.500/Monat je nach konkreter Qualifikation.

Schicken Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen per e-mail an: office@ntl.at



Pichler GmbH Wien

sucht ab sofort

BAULEITER/IN

Wir erwarten eine abgeschlossene bautechnische Ausbildung (LAP/HTL), sowie mehrjährige einschlägige Praxis im Trockenbau.

Sie arbeiten selbstständig, sind teamfähig, können gut organisieren und sind flexibel.

Wir bieten eine anspruchsvolle Dauerstelle mit leistungsgerechter Entlohnung. Gehalt ab EUR 2.000,- netto/Monat, Überzahlung möglich.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte per Mail an: passail@pichler-trockenbau.at

STELLENGESUCH

20 Jahre Vertriebs Erfahrung, davon 10 Jahre im Baustoffhandel und 10 Jahre bei der Dämmstoffindustrie, suchen eine neue Herausforderung in Österreich. Sehr gute Kontakte zum österreichischen Baustoff- und Dämmstoffhandel werden geboten. Erfahrung bei der Einführung von neuen Marken und Produkten. Zuschriften bitte unter Chiffre 28198 an den Verlag.



Für unseren Fernsehsender **schau TV**, der in der Ostregion Österreichs verankert und via Satellit, Kabel und Antenne empfangbar ist, suchen wir für folgende Position engagierte MitarbeiterInnen:

On-Air/Motion Design

Sie haben ein abgeschlossenes Studium im Bereich Grafik Design, eine vergleichbare Ausbildung oder sind Quereinsteiger mit reichlich Berufserfahrung. Sie sind konzeptionsstark und arbeiten strukturiert. Ihr spielerischer Umgang mit Technik hilft Ihnen beim Erschaffen neuer Designwelten und Designmechaniken. Sie bringen ein hohes Maß an Eigenmotivation, Lernbereitschaft, Teamfähigkeit und Leidenschaft für Ihren Job mit. Sie sind sicher im Umgang mit MAC, Illustrator, Photoshop, After Effects, Final Cut, (Cinema 4D). Von Sendungstrailern über Werbespots bis hin zur Gestaltung von Sender- und Formatlogos und Sendungsverpackungen bieten wir Ihnen kreative Herausforderungen.

Interessierte, die über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen, schicken Ihre Bewerbung samt Lebenslauf mit Foto und Referenzen an office@schaumedia.at.



Für die Position als On-Air/Motion Design mit Arbeitsort Eisenstadt bieten wir Ihnen ein Bruttogehalt ab EUR 2.500,- bei 38,5 h/Woche; eine Überzahlung ist je nach konkreter Qualifikation und Erfahrung möglich.



„Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für direkte Demokratie“, sagt Gertraud Diendorfer, Leiterin des Demokratiezentrum Wien. Foto: Andy Urban

Mehr Professionalisierung für politische Bildung

Ohne politische Bildung kann direkte Demokratie nicht funktionieren. Wie ist es darum in Österreich bestellt und wo gibt es Verbesserungspotenzial? **Gudrun Ostermann** im Gespräch mit **Gertraud Diendorfer** (Demokratiezentrum Wien).

STANDARD: Die Grundvoraussetzung für direkte Demokratie ist die Partizipation. Wie schaut es damit in Österreich aus? Wer nimmt teil? **Diendorfer:** Die direkte Demokratie ist in Österreich noch nicht sehr ausgeprägt. Im Grunde geht es dabei darum, dass sich möglichst viele beteiligen und so u. a. die Distanz zur bestehenden Politik abgebaut wird. Einen guten Befund liefert eine aktuelle Studie, der nach sich 80 Prozent der Österreicher mehr Elemente der direkten Demokratie wünschen. Bildung ist für das Interesse an Partizipation aber entscheidend. Bildungsferne Schichten beteiligen sich tendenziell weniger.

STANDARD: Politische Bildung ist für die aktive Teilhabe unzugänglich. Wie ist es allgemein um die politische Bildung in Österreich bestellt?

Diendorfer: In den letzten Jahren gab es einige „windows of opportunities“ für politische Bildung – zum Beispiel im Zuge der Senkung des Wahlalters. Seit 1978 war politische Bildung nur eines von insgesamt 13 Unterrichtsprinzipien. Und eigentlich 30 Jahre zahnlos, weil es keine richtige Ausbildung für diese Unterrichtsprinzipien gab. Politische Bildung hing sehr stark vom Ermessen des Lehrers ab. Für die Oberstufe wurde dann 2002 politische Bildung ins Fach Geschichte integriert. Mit der Senkung des Wahlalters 2008 und der darauf folgenden Demo-

kratiedebatte steht politische Bildung nun auch am Lehrplan aller 10- bis 14-jährigen Pflichtschüler. Was ein wichtiger Schritt ist, auch weil mit politischer Bildung früh begonnen werden muss. Aber anders als in anderen europäischen Ländern ist in Österreich politische Bildung mit dem Fach Geschichte kombiniert worden.

STANDARD: Wie werden Lehrer für den Bereich politische Bildung ausgebildet?

Diendorfer: Da gäbe es noch einiges zu tun. Politische Bildung muss stärker in die Lehrerbildung integriert werden. Wie gesagt, es ist einiges geschehen, aber die Implementierung hätte stärker und intensiver geführt werden können. So gab es beispielsweise eine eigene Professur für Fachdidaktik und politische Bildung, aber nur für zwei Jahre. Geplant war, dass diese Professur zwei Jahre lang vom Wissenschaftsministerium finanziert wird und dann die Universität Wien für eine dauerhafte Einrichtung sorgen würde. Die Professur wurde aber nicht weiterbesetzt, dabei waren ursprünglich mehrere Professuren geplant. Eine weitere Professionalisierung der politischen Bildung wäre aber wünschenswert.

STANDARD: Abseits der politischen Bildung im Schulunterricht – welchen Stellenwert hat politische Bil-

dung im Bereich der Erwachsenenbildung?

Diendorfer: Auch im außerschulischen Bereich gibt es viele Fachrichtungen – wie auch das Demokratiezentrum –, die für Erwachsene viele Angebote bereitstellen, Lehrenden Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen und vielfältige Informationen anbieten. Hier passiert sehr viel. Bei all den Diskussionen zur direkten Demokratie geht es ja darum, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird, darum, dass sich mehr Menschen aktiv in den politischen Prozess einbringen können und Beteiligungsmöglichkeiten vorfinden. Das wiederum hat dann auch Auswirkungen auf die Bedeutung der politischen Bildung im Schulsystem. Aber auch im außerschulischen Bereich ist es eine Ressourcenfrage. Und nicht nur ich würde mir eine ähnliche Dotierung für unabhängige politische Bildungseinrichtungen wünschen, wie sie derzeit die Bildungsakademien der Parteien erhalten.

STANDARD: Wo sehen Sie bei der politischen Bildung noch Verbesserungsbedarf?

Diendorfer: Auf theoretisch-didaktischer Ebene tut sich im Bereich der politischen Bildung bereits sehr viel. Die Schulen beginnen umzudenken und finden langsam zu einer Didaktik der Heterogenität. Eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung ist es ja, über die demokratischen Möglichkeiten, die jeder Einzelne hat, zu informieren. Diese Aufgabe erfüllt politische Bildung auch, sofern man sie lässt. Aber dafür muss politische Bildung sowohl schulisch als auch außerschulisch gestärkt werden.

GERTRAUD DIENDORFER leitet das Demokratiezentrum Wien. www.demokratiezentrum.org



Herausforderung Produktion: „Es braucht alte Tugenden“

Exaktes Arbeiten bei strengen Standards

Eva Pinter

Der Management-Guru Henry Mintzberg hat unlängst auf die scheinbar unmöglichen Rahmenbedingungen des Produktionsstandortes Mitteleuropa hingewiesen: Bei derart hohen Lohnkosten könne dort niemand mehr wettbewerbsfähig produzieren. Warum aber seien beispielsweise deutsche Autobauer dann noch immer weltweit höchst erfolgreich? Weil, so Mintzberg, dort Ingenieure den Ton angeben, die nahe am Produkt arbeiten und viele im eigenen Unternehmen gewachsene Techniker in den Vorständen und Geschäftsführungen zu finden sind.

Produktionsmanager werden hierzulande eher selten mit solchen Lorbeeren bedacht. Eloquente Marketingexperten oder alerte Finanzfachleute finden oft leichter Gehör und Aufmerksamkeit als tüftlerisch veranlagte Techniker mit Liebe zum Detail. Dabei können wir gerade in unseren Breiten auf viele leistungsstarke Produkte blicken, in denen langjähriges Ingenieurwissen und viel Kreativität abgebildet ist. Nicht selten sind weltweit beste technische Lösungen dem Geist mitteleuropäischer Ingenieure entsprungen.

Die bzd-Studie „Management-Erfolgsfaktoren 2012“ spiegelt dieses Bild wider. Die befragten Topmanager reihen in Bezug auf die wichtigsten Anforderungen an Produktionsmanager folgende Parameter ganz vorne: Gewissenhaftigkeit, Belastbarkeit und Leistungsmotivation. Danach werden Teamorientierung und berufliche Erfahrung genannt.

Gerade Gewissenhaftigkeit steht zu Recht an erster Stelle, denn konsequente Umsetzung und die Arbeit nach strengen Standards sind essenziell. Nur so ist eine dauerhafte Qualität und ein hoher Servicegrad garantiert. Kosteneffizienz bleibt für Produktionsmanager als Thema zwar ein Dauerbrenner, entscheidend ist aber auch, Produktionsprozesse erfolgreich in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Alle übergreifenden Prozesse, wie etwa Supply Chain Management (SCM) oder Simultaneous Engi-

neering müssen gut koordiniert werden, da sie sich gegenseitig beeinflussen. Kennzahlen und Regelkreise unterstützen diese Prozesse. Bei der hohen Dynamik vieler Einflussgrößen eines Unternehmens ist diese Vorgehensweise heute wichtiger denn je.

Dies bestätigt auch Andreas Kriegl, Werksgruppenleiter der RHI AG: „Um in Mitteleuropa erfolgreich zu produzieren, braucht es ‚alte‘ Tugenden. Die Fabrik muss nachhaltig hohe Qualität liefern, für ihre Kunden ein flexibler, zuverlässiger Partner sein und ständig an der Kostenschraube drehen. Gleichzeitig aber sind komplexer werdende Rahmenbedingungen einzuhalten und die Innovation von Produkten und Prozessen voranzutreiben. Als Produktionsmanager muss man den Spagat zwischen exaktem Arbeiten nach strengen Standards und ebenso der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Wertschöpfungsprozesse schaffen. Gleichzeitig sind aber die Leidenschaft für Veränderung, die Fähigkeit, ein Team zu führen, Entscheidungsfreude, Durchsetzungsfähigkeit und vor allem starke Nerven gefragt.“ www.bzd.at

Welche Kompetenzen
PUNKTEN
Produktion & deren Management
6. Teil



Eva Pinter ist Beraterin im Beraterzentrum Dorotheergasse (bzd) in Wien.

KURZ GEMELDET

Diskussion: „Brauchen wir die Banken noch?“

Am 29. Jänner findet in der Aula am Campus der Universität Wien eine Podiumsdiskussion zum Thema „Brauchen wir die Banken noch?“ statt. Führende Experten der Finanzwelt und Wissenschaftler diskutieren über das Rollenbild der Banken und Finanzdienstleister, ihren Nutzen für die Gesellschaft und ihre Verantwortung. www.postgraduatecenter.at

Social Entrepreneurship im Tourismus

Am 24. Jänner spricht Roberto Daniele, Senior Lecturer an der Oxford School of Hospitality Management beim letzten Seminar der Reihe *Latest Trends and Innovations in Tourism* an der Modul University. Er referiert über das Potenzial von Social Entrepreneurship in der Tourismuswirtschaft. www.modul.ac.at

Erfolgreiches Timing von Bull- und Bear-Märkten

Die nächste WU Gutmann Center Public Lecture findet am 22. Jänner statt. Giovanna Nicodano, Professorin an der Universität Turin, präsentiert ihre Forschungsergebnisse über den Erfolg aus dem Timing von Bull- und Bear-Märkten. www.gutmann-center.at

Social Media & Co im Non-Profit-Sektor

An der FH Campus Wien findet am 24. Jänner der Fachdialog „Social Media & Co im Non-Profit-Sektor“ statt. U. a. wird ein Überblick über den Stand der Forschung und Praxis gegeben. www.fh-campuswien.ac.at

Leadership revisited: Führung im Erschöpfungszustand

Anspruchsvolle Ziele im Tagesgeschäft sowie das gleichzeitige Verfolgen von Kostensparprogrammen und Innovationsinitiativen sind zum Dauerzustand im Unternehmen geworden. Oft bleibt wenig Raum und Zeit für Konsolidierung, Verankerung und Regeneration – für die Menschen im Unternehmen wie für die Organisationen selbst. Barbara Heitger (Heitger Consulting) und Martin Engelberg (Vienna Consulting Group) blicken hinter die Kulissen und fragen den Pionier und Doyen der systemischen Beratung und Therapie, Gunther Schmidt: Welche neuen Fragestellungen und Antworten ergeben sich daraus für Führung und Organisation? (red) office@heitgerconsulting.com

VERANSTALTUNGSANZEIGER

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: Eva Fuith, T: 01/531 70-133, F: -479
E-Mail: eva.fuith@derstandard.at

UNIVERSITÄTSLEHRGÄNGE

»Leadership & Soziales Management« – M.A.

Infoseminar: 22. Jan, 18.30 Uhr, ARGE-Haus
Start: 11. Apr

»Eventmanagement & Eventmarketing« – M.A.

Infoseminar: 21. Jan, 18 Uhr, ARGE-Haus
Start: 12. Apr

Nützen Sie den Frühbucherbonus!



T: 01/263 23 12-0, Fax-DW 20
www.bildungsmanagement.ac.at,
office@bildungsmanagement.at

in Kooperation mit der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien

WIEN, OÖ, VBH-STMK, BFI-KÄRNTEN, VHS-TIROL, KVV-SÜDTIROL, DEUTSCHLAND

UNIVERSITÄTSLEHRGÄNGE

»Projektmanagement« – M.A.

Infoseminar: 23. Jan, 19.30 Uhr, ARGE-Haus, Start: 19. Apr

»Coaching, Organisations- & Personalentwicklung« – MSc

Infoseminar: 29. Jan, 18 Uhr, ARGE-Haus
Start: 8. März

Nützen Sie den Frühbucherbonus!



„Zum Glück ist das hier eine Eigentumswohnung!“ Heinz Mayer in seinem Lese- und Schlagschaukelstuhl in Mödling.

Foto: Philipp Kreidl

Oh ja, ich weiß mein Wohnprivileg zu schätzen

Mit der Wohnsituation in Österreich ist **Heinz Mayer**, Verfassungsrechtler und Verwaltungsjurist, nicht sehr zufrieden – mit seiner eigenen allerdings schon, wie **Wojciech Czaja** beim Besuch in Mödling erfuhrt.

„Das ist eine Wohnhausanlage aus den späten Siebziger, die vom Wiener Architekten Eugen Wörle geplant wurde. Das Schöne daran ist, dass dieses Haus genau an dem Platz errichtet wurde, wo ich schon als Kind gespielt habe. Es liegt am Stadtrand von Mödling. Zur Fußgängerzone sind es nur ein paar Minuten zu Fuß, andererseits beginnt dahinter gleich der Wald. Was für eine Lage!

Als ich mit meiner Frau Evelyn hier eingezogen bin, das war 1981, haben wir umgebaut: Fußbodenheizung, Sauna, Bad, Terrasse und so weiter. Später haben wir auch die Fenster ausgetauscht. Die sind jetzt wärmetechnisch besser. Aber ganz klar: Das Haus stammt aus einer Zeit, als Energie noch kein Thema war, und ist daher, sagen wir einmal, relativ ressourcengroßzügig geplant. Die Heizkosten sind immer noch hoch.

Man klebt hier nie an den Nachbarn. Die gesamte Anlage ist so geplant, dass man als Bewohner frei wählen kann, ob man in der Gemeinschaft oder doch lieber zurückgezogen wohnt. Das ist sehr gut. Alles in allem kann ich sagen, dass das eine außergewöhnliche Wohnsituation ist. Das ist keineswegs der österreichische Durchschnitt. Dessen bin ich mir bewusst. Und ich weiß dieses Wohnprivileg zu schätzen.

Ganz allgemein bin ich mit der Wohnsituation in Österreich nicht besonders glücklich. Wenn man nicht viel Geld hat, dann ist es ein Kampf, bis man eine akzeptable Wohnung findet. Wir wohnen auf 170 Quadratmetern. Am Markt werden solche Wohnungen für 2000 Euro Miete aufwärts gehandelt. Das erfordert ein Spitzeneinkommen!

Ich kenne junge Leute, die nach dem Studium ins Berufsleben einsteigen und die sich das Wohnen schlichtweg nicht leisten können. Es sei denn, sie stammen aus begütertem Hause und leben von Papa und Mama. Das ist nicht das, was ich mir unter dem Grundrecht Wohnen vorstelle. Besonders für

junge, einkommensschwache Familien mit Kindern ist die Situation schwierig. Trotzdem: Von einer Mietobergrenze von sieben Euro pro Quadratmeter, wie das unlängst von den Grünen gefordert wurde, halte ich nichts. Man kann einem privaten Hauseigentümer keine Mietobergrenze vorschreiben. Das ist falsch und fördert bloß das Entstehen von Substandard. Es ist die Aufgabe der

Politik, für leistbares Wohnen zu sorgen, in Form von Förderungen, Wohnbeihilfen, wie auch immer.

Derzeit gibt es auf dem österreichischen Wohnungsmarkt eine Schiefelage. Viele Menschen wohnen seit Jahren oder Jahrzehnten in Altbauwohnungen und zahlen extrem wenig Miete, obwohl sie es sich längst leisten könnten, mehr zu zahlen. Man müsste ins Mietrechtsgesetz eingreifen und solche Friedenszinsverträge mittelfristig anpassen. Wenn man von Fairness spricht, dann darf man sich nicht immer nur auf die Situation des Mieters konzentrieren, dann muss man auch an den Vermieter denken.

Zum Glück ist das hier eine Eigentumswohnung. Ich bin ein sesshafter Mensch und kann mich hier leicht zurückziehen. Wir werden hier so lange bleiben, wie es unsere gesundheitliche Situation erlaubt. Bis dahin bleibt mein Lieblingsplatz der Schaukelstuhl. Das ist das perfekte Sitzmöbel. Je nach Sitz- oder Liegewinkel kann man darin fernsehen, Zeitung lesen oder schlafen. Jetzt im Winter, wo die Terrasse klimatechnische Tabuzone ist, halte ich mich hier am liebsten auf. Oder in der Sauna. Und ja, ich weiß, auch eine Sauna ist nicht österreichischer Wohnstandard. “



Heinz Mayer, geboren 1946 in Müritzschlag, ist Verfassungs- und Verwaltungsjurist. Seit 1983 ist er Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, seit 2006 ist er deren Dekan. Er ist u. a. Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften sowie Beiratsmitglied an der City University of Hong Kong, School of Law. Außerdem ist er Verfasser juristischer Standardwerke wie etwa *Grundriss des Österreichischen Bundesverfassungsrechts* oder *Das österreichische Bundesverfassungsrecht*. 2011 erhielt er das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Neues Jahr.
Neue Wohnung.

Mobil
mit der
EHL Immo-App!



www.wohnung.at

Wir leben
Immobilien.

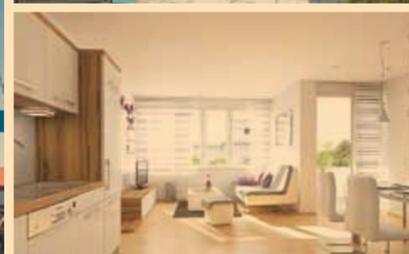


STANDARD EXKLUSIV



IHR SICHERES INVESTMENT!

1120 WIEN / MIGAZZIPLATZ 5



- ▶ 100 m zur U4/U6
- ▶ 10 min. ins Zentrum
- ▶ 5 min. zur Meidlinger Hauptstraße
- ▶ Grundbücherliche Sicherheit
- ▶ monatl. Mieteinnahmen mit Inflationsschutz
- ▶ solide Rendite
- ▶ hohes Wertsteigerungspotential

Kontaktperson:
Martina Berger
M: 0664 / 6000 88 11
martina.berger@ifa.at
www.ifa.at

MITBESTIMMUNG IM WOHNBAU HIER HAT NICHT NUR DER BAUTRÄGER DAS SAGEN

Mitbestimmen ist die halbe Miete

Immer mehr Bauträger ermöglichen es den Mietern, bei der Gestaltung ihrer künftigen Wohnung mitzuplanen. Manche Mieter nehmen sogar die Projektentwicklung und Finanzierung selbst in die Hand.

Wojciech Czaja

Die Fenster sind mal groß, mal klein, mal hoch, mal quer, mal mit Balkon, mal ohne. Der Zufalls-generator an der Fassade ist jedoch keineswegs Willkür des Architekten, sondern Resultat eines Partizipationsprozesses, bei dem die zukünftigen Mieter über die Wohnungslage, Wohnungsgröße sowie über die genauen Grundrisse mitbestimmen konnten.

„Wir haben das Projekt von Anfang an modular aufgebaut“, sagt Renate Langerreiter, Projektleiterin bei s&s architekten. „So waren wir bis zur letzten Wohnung sowohl mit der Statik als auch mit der Haustechnik ausreichend flexibel, um auf die Wünsche der künftigen Bewohner reagieren zu können.“ Derzeit befindet sich das Wohnhaus „sovieso“ in der Nähe des neuen Wiener Hauptbahnhofs – die Abkürzung steht für „Sonnwendviertel solidarisch“ – in Bau. Im Herbst sollen die 111 Wohnungen übergeben werden.

Die Planung war mehr als solidarisch: Auf Basis eines 1,15-Meter-Rasters wurden unterschiedliche Grundrissvarianten entwickelt, aus denen die künftigen Mieter frei wählen konnten. Wem das immer noch zu wenig war, der durfte zu Stift und Papier greifen und seine Traumwohnung selbst entwerfen. In einem Gespräch mit den Architekten – jeder Mieter hatte Anspruch auf eine kostenlose Beratungsstunde – wurde schließlich das endgültige Layout der Wohnung bestimmt. „Eigentlich haben fast alle Bewohner von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht“, erklärt Langerreiter. „Einige Besprechungen haben sich lange hingezogen, doch in den meisten Fällen waren wir in 20, 30 Minuten fertig.“

„Natürlich ist der Planungsaufwand größer als bei einem herkömmlichen Projekt“, sagt Robert Pfeffer, Bauträger BWS, zuständig

Bitte hier ein Fenster und hier einen Balkon! Die künftigen Mieter des Wohnhauses „sovieso“ haben ihre Wohnung in Absprache mit den Architekten innen und außen mitplanen können. Fertigstellung Herbst 2013.

Visualisierung:
Schreiner-Kastler



für Vertrieb und Marketing. „Doch wenn man die Möglichkeit der Mitbestimmung vom Vorentwurf an berücksichtigt, dann hält sich der tatsächliche Mehraufwand in Grenzen. Und auf die Baukosten hat so ein Mitbestimmungsverfahren sowieso keinen Einfluss.“

Auch auf den Mietvertrag hat die Partizipation keinerlei Auswirkungen. Die finanzielle Belastung für den Mieter ist nicht höher als bei jedem anderen hochwertigen Wohnprojekt im geförderten Wohnbau: Die Mietverträge im „sovieso“ sind unbefristet, die Mietkosten liegen bei durchschnittlich 7,20 Euro pro Quadratmeter, und der Eigenmittelanteil beläuft sich auf 520 Euro pro Quadratmeter.

Ein ähnliches Projekt entwickeln die s&s architekten derzeit auch für den Bauträger Heimbau Eisenhof. In der Lorenz-Reiter-Straße in Simmering, nicht weit von den Gasometern, soll „smart wohnen“ mit rund 150 Wohnungen entstehen. Im März startet die Vermarktung, die Fertigstellung ist für Ende 2015 geplant.

„Wir haben uns ausgerechnet, dass die Baukosten um keinen Cent höher sind als bei einem Projekt von der Stange“, meint Hermann Koller, Vorstandsmitglied bei Heimbau Eisenhof, „und die Mehrkosten in der Planung liegen bei rund 0,2 Promille. Das fällt nicht wirklich ins Gewicht. Für mich ist das durchaus ein sinnvoller, gangbarer Weg für die Zukunft des geförderten Wohnbaus.“

Welche Vorteile sich aus der Mitbestimmung beziehungsweise Partizipation ergeben, weiß Robert Temel, Vorstand der Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen. „Aus Erfahrung kann ich sagen,

dass sich die meisten Teilnehmer eines solchen Prozesses nicht nur nach einer individuellen, maßgeschneiderten Wohnung sehnen, sondern auch nach gelebter Nachbarschaft und entsprechend sorgfältig geplanten Gemeinschaftseinrichtungen“, so Temel, „und wir wissen mittlerweile, dass in Häusern mit Mitbestimmungs-

möglichkeit die Fluktuation deutlich geringer ist als in anderen Wohnhausanlagen.“

Gemeinsam mit gemeinnützigen Wiener Bauträgern entwickelt Temel in der Seestadt Aspern derzeit sechs unterschiedliche Baugruppen mit insgesamt 200 Wohnungen. Im Gegensatz zu klassischen Mitbestimmungsprojekten wie „sovieso“ und „smart wohnen“ haben die Mitglieder einer Baugruppe nicht nur Mitspracherecht bei der eigenen Wohnung, sondern können das gesamte Projekt mitentwickeln und beeinflussen – bis hin zu Behördenwegen und Projektfinanzierung. Sie sind sozusagen

Co-Bauherr des Bauträgers. Ende 2014 sollen die ersten Baugruppen einziehen können.

Die ideale Baugruppengröße beziffert Temel mit etwa 30 bis 40 Wohnungen. „Darunter ist der Planungs- und Koordinationsaufwand unwirtschaftlich, darüber wird es meist schon sehr schwierig, zwischen den einzelnen Par-

teien einen gemeinsamen Nenner zu finden.“ Fix ist jedenfalls: „So ein Prozess macht nur dann Sinn, wenn die Baugruppe bereits konstituiert ist und sich in ihren Zielen und Vorstellungen einig ist.“

Das ist nicht immer der Fall. „Wir wollten im Sonnwendviertel ebenfalls ein Baugruppenprojekt realisieren, aber das hat leider nicht geklappt“, sagt Ewald Kirschner, Generaldirektor der Gesiba, „die Baugruppen waren noch sehr jung, bei einigen Mitgliedern haben sich die Lebensumstände geändert, sie sind abgesprungen, am Ende haben sich die Baugruppen schließlich aufgelöst.“

Nun soll der ursprünglich für die Baugruppen bestimmte Teil des Wohnprojekts „6 + 1“ – insgesamt sind rund 270 Wohnungen geplant – stattdessen für kinderreiche Großfamilien und Sonderwohnformen wie etwa betreutes Wohnen genutzt werden. Ohne Baugruppen, dafür mit Mitbestimmungsmöglichkeit. „Das Angebot am geförderten Wohnungsmarkt in Wien ist heute bereits so groß“, meint Kirschner, „da stellt sich die Frage, ob die Erfordernis nach aufwändigen Baugruppen überhaupt noch gegeben ist.“

www.aspern-baugruppen.at



Leserin Beatrice Schmid will wissen:
Wie kann ich als Stadtbewohnerin auf meinen direkten Lebensraum einwirken?

STANDARD EXKLUSIV



Inspired
by the
city. Powered
by the
building.

www.fleischmarkt1.at

**FLEISCH
MARKT**
Premium
Offices

HWB = 51 kWh/m²a

Interview Der Jurist und Politologe Otmar Jung votiert für mehr direkte Demokratie in Deutschland. **S. A 3**

Architektur Falscher Konsens, guter Konflikt: der Publizist Markus Miessen im Gespräch über Architekten in der Politik. **S. A 4**

Kunstmarkt 200 Millionen für Alte Meister: Batonis Susanna trifft Dürers Kampfnashorn. **S. A 5**

Reise 2013 ist das Jahr des Polarlichts, sagen Experten. Eine Amateurin schaute in Norwegen nach. **S. A 6**

Spiele Die Rückkehr des Türken: Der junge bulgarische Schachspieler Borislav Iwanow spielte in Zadar perfekt – oder gar zu perfekt? **S. A 8**

Bücher I Intelligent als Buch, aber trivial als Roman: „Tod auf der Donau“ von Michal Hvorecky. **S. A 10**

Bücher II Göttliches Spiel, menschliches Drama: John Banvilles Roman „Unendlichkeiten“. **S. A 10**

Bücher III Die Arbeit hoch! Aber weshalb eigentlich? Rainer Barbeys Lesebuch gegen die Verherrlichung der Arbeit. **S. A 11**

Ich frage mich ... Marlene Streeruwitz fragt sich, was sich aus der Heeresdebatte lernen lässt. **S. A 12**



Seltsame Leidenschaften, sonderbare Vermummungen: Kann man diesen Leuten über den Weg trauen? Archivfoto (2007, Demo in Frankfurt am Main): AP/Kammerer

Vorsicht, Volk!

Die Revolutionen des 18. Jahrhunderts warfen das Gottesgnadentum über den Haufen.

Das Misstrauen gegen den neuen Souverän, das Volk, aber blieb.

Von Christoph Prantner und Christoph Winder

Es war ein unheimlich starker Abgang, den Michael Lofgren da hinterlegte. Als sich der republikanische „Staffer“ im US-Senat, bis dahin ein unauffälliger Hintergrundarbeiter, nach 28 Dienstjahren 2011 in die Pension verabschiedete, kombinierte er dies mit der Veröffentlichung eines Brandartikels, in dem er gnadenlos mit seiner Partei abrechnete.

Partei? Nein, die Republikaner seien überhaupt keine Partei mehr, schrieb Lofgren in seinem vielbeachteten Abschiedsbrief für die Internetplattform Truth Out, sondern ein „apokalyptischer Kult“, der sich in die Geiselhaft der Tea Party begeben habe und in dem Sektierer und offenkundige Narren das Sagen hätten. Außerdem, so ein Hauptpunkt in Lofgrens

langem Sündenregister, seien republikanische Politiker in jenen Bundesstaaten, in denen sie seit 2010 die Mehrheit haben, ständig bestrebt, durch schikanöse Maßnahmen jene Bevölkerungsschichten vom Wählen abzuhalten, die in ihren Augen keine „echten“ Amerikaner seien: Minderheiten, Einwanderer, Muslime, Schwule, Intellektuelle.

Zu diesem Zweck würde in die Kiste mit den miesen Tricks gegriffen: Gesetzliche Erschwerung der Wählerregistrierung, Verkürzung der Anmeldefristen, Immobilienbesitz als Vorbedingung für den Eintrag in die Wählerregistrar, eine Anforderung, die vor allem die tendenziell „progressiveren“ Studenten treffen soll. Lofgrens galliges Resümee: „Diese legislativen Anschläge laufen in die diametral entgegengesetzte Richtung hinsichtlich 200 Jahren amerikanischer Geschichte, während deren der Pfeil des Fortschritts auf immer mehr Partizipation für immer mehr Bürger gerichtet war.“

„Democracy is coming to the USA“, singt Leonard Cohen – doch auch im Mutterland der Demokra-

tie hat es immer wieder Versuche gegeben, dem Volkswillen Zügel anzulegen. Einmal wurden absichtsvoll Teile der Bevölkerung aus dem demokratischen Prozess ausgegrenzt, dann wieder versucht man, Wahlen so hinzutrimmen, dass sie nur den eigenen parteilichen Interessen dienlich sind. Das berüchtigte „Gerrymandering“, das tendenziöse Zuschneiden von Wahlbezirken durch die Regierungen der jeweiligen Bundesstaaten, ist eine seit dem 19. Jahrhundert geübte Praxis, welche dazu geführt hat, dass die erdrückende Mehrheit der Sitze im Abgeordnetenhaus gleichsam Stammesbesitztümer entweder von Republikanern oder Demokraten sind.

Auch die von Lofgren beanstandeten Legislativtricks zur Wählerabschreckung wurden 2012 wieder einmal schlagend: In Florida, wo veraltete Apparaturen in den Wahlzellen 2000 zu einem wochenlangen gefährlichen Patt zwischen den Prätendenten George W. Bush und Al Gore geführt hatten, verkürzte diesmal der republikanische Gouverneur Rick Scott die Frist für die vorzeitige Stimm-

abgabe. Viele Demokraten (und etliche Politologen) sahen dies als einen Coup, der vor allem Arbeitern und Schwarzen, die traditionell eher den Demokraten zuneigen, den Urnengang erschweren sollte. Die Folge waren stundenlange Wartezeiten vor den Wahllokalen – genützt hat es den Republikanern allerdings nichts. Auch Florida ging als eine Art Schönheitspreis an Wahlsieger Barack Obama.

Das eklatanteste Beispiel politischer Exklusion waren die Schwarzen in den Südstaaten. Drei Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs wurde im Jahr 1870

der 15. Verfassungszusatz ratifiziert, der verfügt, dass keinem Bürger „aufgrund seiner Rasse, seiner Hautfarbe oder ehemaliger Versklavung“ das Wahlrecht verweigert werden darf. Das klingt wunderbar demokratisch, mutete dann aber angesichts der politischen Wirklichkeit bis in die 1960er-Jahre an wie ein schlechter Scherz.

Robert Caro, Verfasser monumentaler Biografien über den New Yorker Stadtplaner Robert Moses

und den US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, beschreibt im dritten Teil seiner Johnson-Bio, welche „Testfragen“ Ende der 1950er-Jahre schwarze Wähler bei der Wählerregistrierung lösen mussten (sofern sie sich überhaupt zur Registrierung trauten und nicht wegen physischer Einschüchterung oder Gewaltandrohung davor zurückscheuten): „Wie heißen die Richter in den 69 Counties von Alabama?“, „An welchem Tag wurde Oklahoma in die USA aufgenommen?“, oder „Wie viele Blasen sind in einem Stück Seife?“ Solche Fragen wären doch ein klarer Fall für einen schwarzen „Django Unchained“ gewesen!

Demokratie ist nie etwas Fertiges, Abgeschlossenes, sondern ein Prozess, der – hoffentlich – dem „Pfeil des Fortschritts“ folgt. Der Bruch mit Feudalherrschaft und Gottesgnadentum im 18. Jahrhundert war ein Akt revolutionären Fortschritts – doch das heißt erstens nicht, dass das „Volk“, der neue Souverän, wirklich alle Bürgerinnen und Bürger in den betreffen-

▷ Fortsetzung auf Seite A 2



▷ Fortsetzung von Seite A 1
den Ländern umfasst hätte. Genau wenig gab man sich großen Illusionen über das Wesen des Souveräns hin.

Wie schon die Attische Demokratie, auf die sie sich berief, war die amerikanische Demokratie in ihren Anfängen eine „unvollständige Demokratie“, wie dies der deutsche Politologe Paul Nolte nennt. In Athen waren von 200.000 Bürgern gerade einmal 30.000 vollberechtigt, an der Demokratie teilzuhaben – weder Frauen, noch Metöken (Fremde) und schon gar nicht die Sklaven hatten etwas mitzureden. Und als die amerikanischen Verfassungsväter ihre politischen Vorstellungen zu Papier brachten, blieben ebenfalls viele Menschen exkludiert: Frauen, Schwarze, Indianer, Weiße ohne Vermögen.

Der Ausschluss all dieser Gruppen von elementaren demokratischen Rechten lag im damaligen Zeitgeist, der offenkundig nur den betuchten weißen Mann für politisch satisfaktionsfähig hielt. Demokratie ja, aber das Volk ist mit Vorsicht zu genießen: „Föderalisten“ und „Antiföderalisten“ stritten sich nicht nur darum, wie eng die Bande zwischen den Bundes-

staaten geschlossen werden und wie viele Machtbefugnisse der Zentralregierung eingeräumt werden sollten. Es ging in den erhitzen Debatten auch ganz elementar darum, wie die Emotionen des Souveräns im Zaume zu halten seien. In den programmatischen *Federalist Papers*, der Streitschrift jener

„Der Ausschluss von Frauen, Schwarzen, Indianern und Weißen ohne Vermögen lag in einem Zeitgeist, der nur den betuchten weißen Mann für politisch satisfaktionsfähig hielt.“

Fraktion der Verfassungsväter, die für mehr Zentralregierung eintraten, ist die Bangigkeit vor der gefühlsmäßigen Unberechenbarkeit des Volkes omnipräsent.

Das philosophische Unterfutter für diesen Genealverdacht gegenüber dem Volk ist aus der Tradition neuzeitlicher Staatslehren gewirkt. Vom Idealismus der antiken Griechen, unter denen Platon seine Gelehrtenrepublik entwarf, schwenkten die Theoretiker der Neuzeit auf einen vor allem angelsächsisch geprägten Realismus um. Unter dem Eindruck des englischen Bürgerkriegs und des 30-jährigen Kriegs schlugen sie vor, das rohe, gänzlich haltlose Volk einzuhegen – entweder durch Gewalt oder die leidlich freiwillig gegebene Zustimmung der Einzelnen zu einem allgemeinen Gesellschaftsvertrag, der das absolut Schlimmste, den

„Naturzustand“, verhindern sollte.

Den beschrieb Thomas Hobbes in seiner staatsrechtlichen Schrift *Leviathan or The Matter, Forme and Power of a Common Wealth Ecclesiasticall and Civil* drastisch und in Ungeheuern (Behemoth und Leviathan) personifiziert. Im Naturzustand herrsche der „Krieg aller gegen alle“, und „der Mensch ist des Menschen Wolf“. Er sei von Eigennutz und Selbstsucht getrieben, weil er sich in einer feindlichen Umwelt behaupten müsse. Erst ein Gesellschaftsvertrag, aus der Furcht vor dem Leviathan geboren, beendet diese grausame Lage, weil die Einzelnen auf ihre Selbstbestimmung zugunsten eines höheren und absolut gesetzten Souveräns (entweder eines König oder eines Herrscherkollektivs) verzichten.

„Brahmanen aus Boston“

Nach Hobbes legt John Locke eine liberalere Staatstheorie vor, in der der Pessimismus Hobbes' gegenüber der menschlichen Natur ein wenig gemildert wird. Auch die schottischen Aufklärer Adam Smith und David Hume beschäftigten sich damit. Aber bei allen Gelehrten scheint nach wie vor durch, dass dem Volk nicht wirklich zu trauen sei, weil die Menschen zunächst sich und ihr Eigentum und nicht das Gemeinwohl im Sinne hätten.

Benjamin Franklin, der wichtigste Gründervater der Vereinigten Staaten von Amerika und, das nur nebenbei, der Erfinder des Blitzableiters, besuchte Adams und Hume Mitte des 18. Jahrhunderts in Schottland, weil man ihm in London keine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Viele ihrer Ideen und ihre prinzipiell skeptische Grundhaltung – siehe oben – exportierte er später in die USA. Die ursprüngliche Elitendemokratie wirkt dort bis heute nach. Die „Brahmanen aus Boston“, alteingesessene politische Dynastien wie jene der Kennedys, haben nach wie vor enormen Einfluss auf den politischen Prozess – ob sie nun im Kongress sitzen oder nicht.

Erst ein Franzose, Jean-Jacques Rousseau, traute den Menschen Demokratie und radikale Mitbestimmung wirklich zu: Der Citoyen, der Bürger, bewahre seine Freiheit in der Volkssouveränität, schreibt er. In seinem 1762 erschienenen *Contrat Social* entscheidet dieses Kollektiv als mündiger Souverän in all seiner Weisheit. Keine 30 Jahre später stürmen die Franzosen die Bastille in Paris, kämpfen für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und geraten schließlich in Maximilien Robespierres Terrorherrschaft. Diese sieht der blutrünstige Jakobiner – und das mag als eine gewisse und plausible Rechtfertigung des Misstrauens der angelsächsischen Staatslehrer gelten – als „Ausfluss der Tugend und Konsequenz des allgemeinen Prinzips der Demokratie“.

Entgleisungspotenziale

Es müssen nicht Ströme von Blut und unablässig zuschnappende Schafotte sein, um auch heute noch ein gewisses Unbehagen an dem möglichen Entgleisungspotenzial innerhalb der Demokratie selbst zu spüren, zumal an der direkten Demokratie, die vor allem von Populisten aller Couleur als ihre nobelste und legitimierteste Form gepriesen wird. Winston Churchills Satz, dass „die Demokratie die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen“ sei, gilt nach wie vor uneingeschränkt – genauso wie die folgende hellsichtige Einschätzung des früheren deutschen Bundespräsidenten und nichtsdestotrotz spitzzüngigen Verfassungsrechtlers Roman Herzog: „Es gibt auch ein Grundrecht der Bürger auf Dummheit.“

Daraus folgt unbedingt eine erste Pflicht für echte Demokraten, nämlich wachsam auch gegenüber der Demokratie zu sein – was deren innere Feinde betrifft, was deren mögliche Selbstabschaffung betrifft und vor allem, was deren Missbrauch durch Antidemokraten mit wohlfeilen Rezepten für eine angeblich unmittelbar zu verwirklichende bessere Welt betrifft. Die Belege für dieses Gebot der Vorsicht finden sich in der Geschichte in ausreichender Zahl: der brennend ehrgeizige Vabanque-Spieler und „radikale Demokrat“ Alkibiades trieb die Athener Volksversammlung in die für die Griechen katastrophal endende Sizilische Expedition. Der leibhaftige Antidemokrat des 20. Jahrhunderts, Adolf Hitler, kam demokratisch an die Macht (siehe Interview auf Seite A 3). Und in der Schweiz brauchten die Herren in ihrer so hochgelobten, urtümlichen direkten Demokratie immerhin bis zum Jahr 1971, bis sie den Frauen das Wahlrecht zugestanden. Auf kantonaler Ebene musste das Schweizer Bundesgericht in Lausanne für Appenzell-Innerrhoden noch 1990 einen von den hartleibigen Appenzeller Männer auf ihrer „Landsgemeinde“-Versammlung gefassten gegenteiligen



Jean-Jacques Rousseau, der „Citoyen“ aus Genf, sieht das Kollektiv in seinem „Contrat Social“ als weisen und mündigen Souverän.

Mehrheitsentscheid für widerrechtlich erklären, um den Appenzeller Frauen endlich ihr kantonales Stimmrecht zu geben.

Für Konsensdemokratien wie jene in der Schweizerischen Eidgenossenschaft mag das basisdemokratische Primat trotz seiner evidenten Schwächen taugen, für Konkurrenzdemokratien wie die österreichische bleibt es problematisch. Das zeigt auch der aktuelle Fall: In der Volksbefragung über die Abschaffung der Wehrpflicht wird über viel debattiert, nur nicht über die österreichische Sicherheitspolitik als solche. Während der Entwurf für eine neue österreichische Sicherheitsstrategie als sachpolitische Grundlage für die folgenschwere Entscheidung am kommenden Sonntag im Parlament schubladisiert wurde, geriet die Diskussion in den Fleischwolf der Parteizentralen – die Sachauseinandersetzung war damit vorbei, das „Grundrecht auf Dummheit“ wurde in diesem Fall vor allem auch von den Politikern weidlich für sich selbst in Anspruch genommen. Ein Misstrauen gegenüber den Wählern muss deren

Repräsentanten so gleich doppelt treffen. „Ein natürlicher Nachteil der Demokratie ist, dass sie denen die Hände bindet, die es ernst mit ihr meinen.“ Besser als Václav Havel, ein schwer geprüfter und bewährter Champion der Demokratie, kann man es schwerlich ausdrücken. Gerade deswegen ist und bleibt eine gewisse skeptische Zurückhaltung der angeblich glänzenden Unfehlbarkeit des Volkswillens gegenüber angebracht. Wahre Demokraten zweifeln. An sich, an der Politik, mitunter auch an der Demokratie selbst. Dass diese das zulässt, ist ihre herausragendste Eigenschaft – und nicht der unbedingte Wille des Volkes.

„Daraus folgt eine erste Pflicht für echte Demokraten, auch wachsam gegenüber der Demokratie zu sein, was deren innere Feinde betrifft und deren mögliche Selbstabschaffung.“

Repräsentanten so gleich doppelt treffen. „Ein natürlicher Nachteil der Demokratie ist, dass sie denen die Hände bindet, die es ernst mit ihr meinen.“ Besser als Václav Havel, ein schwer geprüfter und bewährter Champion der Demokratie, kann man es schwerlich ausdrücken. Gerade deswegen ist und bleibt eine gewisse skeptische Zurückhaltung der angeblich glänzenden Unfehlbarkeit des Volkswillens gegenüber angebracht. Wahre Demokraten zweifeln. An sich, an der Politik, mitunter auch an der Demokratie selbst. Dass diese das zulässt, ist ihre herausragendste Eigenschaft – und nicht der unbedingte Wille des Volkes.



Christoph Prantner (41) schreibt seit 1997 für den STANDARD – zunächst im Chronikressort, dann in der Außenpolitik. Seit

2007 leitet er das außenpolitische Ressort dieser Zeitung. Christoph Winder (57), seit 1989 beim STANDARD, bis 2007 im Ressort Außenpolitik, seither Leitung des ALBUM. Foto: Corn

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidhuber (Titel, Ich frage mich...), Stefan Gmünder (Literatur), Sascha Aumüller (Reise), Wojciech Czaja (Architektur). Sekretariat: Esther Hecht. Layout: Armin Karner, Claudia Machado, Magdalena Wallner. E-Mail: album@derStandard.at



Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Daher alles, bloß nicht den Naturzustand! Thomas Hobbes votiert für die Zähmung des „Leviathan“ durch einen Gesellschaftsvertrag.

„Man kann auch Deutschen mehr vertrauen“

Mehr Volksbeteiligung in Deutschland fordert Demokratieforscher **Otmar Jung**. 68 Jahre nach Kriegsende sei das Land reif für EU-Standards.
 Von Birgit Baumann

STANDARD: In Österreich stimmt morgen das Volk über die Wehrpflicht ab. Warum könnten die Deutschen das gar nicht machen?
Jung: In Deutschland sind auf Bundesebene keine Volksabstimmungen vorgesehen. Nach 1945 war das Misstrauen der Eliten gegenüber dem Volk sehr groß. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes sagten sich: Das Volk hat Hitler gewählt, es hat ihm zugejubelt. Daher wollte man diesem verführten Volk nicht neue Demokratie anvertrauen.

STANDARD: Aber auf Länderebene gab es doch nach Kriegsende rasch Versuche von Plebisziten?
Jung: Ja, aber das war ein weiterer Grund zur Sorge bei den westlichen Parteien. Die Kommunisten erreichten 1946/47 bei Wahlen im Westen zwar nur wenige Prozente – aber sie konnten mit beliebten Themen wie Abschaffung des Berufsbeamtentums und Enteignung von Großgrundbesitzern Einfluss ausüben, der weit über ihren Wahlerfolg hinausging. Die unausgesprochene Parole lautete daher: kein Volksentscheid im Kalten Krieg!

STANDARD: Das alles liegt Jahrzehnte zurück, Deutschland ist heute eine gefestigte Demokratie.

Jung: Natürlich. Man kann auch den Deutschen mehr vertrauen. Aber den Mächtigen gefällt die Parteiendemokratie besser als die direkte Demokratie. Der parlamentarische Weg ist berechenbar, man hat die Wahl mit den beiden Stimmen und den sicheren Listenplätzen weitgehend im Griff. Wahlen lösen auf der gouvernementalen Ebene keinen Schrecken aus. Die Vergangenheit versinkt, aber wir haben sozusagen eine deutsche Risikoaversion in der politischen Klasse.

STANDARD: Dabei laufen die auf Länderebene möglichen Volksabstimmungen heute ja völlig anders ab als zwischen 1933 und 1945.
Jung: Es steht heute jedem frei, gegen etwas zu sein, Kirchen, Gewerkschaften oder Interessenverbände können sich offen äußern. 1994 sollte in Hessen, wo wie in Bayern jede Änderung der Landesverfassung dem Volk vorgelegt werden muss, das Wählbarkeitsal-

ter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt werden. Der Landtag war einhellig dafür. Aber im Referendum lehnte die Mehrheit den Vorschlag von oben ab.

STANDARD: Das wäre in der NS-Zeit unmöglich gewesen.
Jung: Da fanden einige Volksabstimmungen statt: 1933 zum Austritt aus dem Völkerbund, 1934 zur Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auf Hitler, 1936 zur Rheinlandbesetzung und schließlich 1938 zum Anschluss Österreichs. Jedes Mal wurde die Thematik vollkommen einseitig dargestellt, niemand konnte opponieren. Es herrschte große Unsicherheit, ob das Abstimmungsgeheimnis tatsächlich gewahrt wurde. Insofern war es bemerkenswert, dass es überhaupt ein paar Nein-Stimmen gab.

STANDARD: Wann setzte in der Bundesrepublik Deutschland doch ein gewisser Wandel ein?
Jung: 1989. Nach dem Zusammenbruch der DDR bekamen nicht nur die ehemaligen DDR-Bundesländer neue Verfassungen, sondern auch die Regelwerke in einigen westdeutschen Bundesländern wurden reformiert. Ab da gab es auf Länderebene mehr direkte Demokratie – zumindest auf dem Papier.

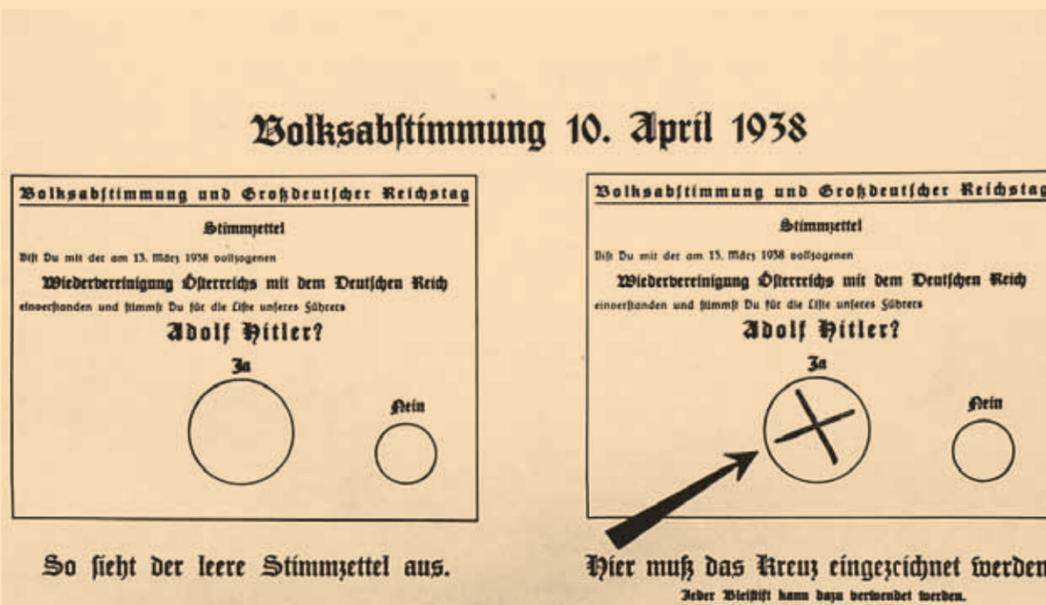
STANDARD: Warum nur dort?
Jung: Die Hürden für Plebiszite waren anfänglich sehr hoch. Sechs Länder hatten lange Zeit ein 20-prozentiges Eintragungsquorum. Ein Fünftel der Stimmberechtigten musste sich erst einmal eintragen, damit die erste Hürde genommen werden konnte.



STANDARD: Das heißt, in Deutschland waren Plebiszite auch auf Landesebene von den Machthabern nicht wirklich gewünscht?
Jung: So ist es. Man kann als Politiker natürlich den Bürgern

leicht sagen: Ich gebe euch diese Instrumente zur Mitbestimmung. Und man weiß, dass sie nicht eingesetzt werden können, weil sie kaum praktikabel sind. Aber mittlerweile sind die Hürden überall niedriger, bei Volksbegehren etwa wurden die Fristen zur Eintragung verlängert. Der Druck der Bürger ist eben stärker geworden.

STANDARD: Dennoch stoßen Bürger, die bundespolitisch mitbestimmen wollen, an eine Mauer. Sie können auf Bundesebene nur wählen, nicht abstimmen.
Jung: Darüber kann man nur mit einem gewissen Zynismus reden. Die Macht sitzt in Deutschland beim Bund. Die Länder sind föderale Spielwiesen, und da dürfen die Bürger halt ein wenig mitre-



Die Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 war vom NS-Regime genauso gelenkt wie die drei anderen Volksabstimmungen der Nazizeit. Foto: picturedesk

den. Wenn es aber ans Eingemachte geht, um Finanzen, Militär oder Atom, da ist der Bund zuständig, und der lässt sich nicht dreinreden. In Österreich wurde über das Atomkraftwerk Zwentendorf abgestimmt. So etwas würden deutsche Politiker nie zulassen.

STANDARD: Würden Sie sich das anders wünschen?
Jung: Ja natürlich. Deutschland liegt unter dem europäischen Standard. Es leuchtet mir nicht ein, warum die Franzosen über den Euro entscheiden dürfen, die Holländer und die Franzosen über die EU-Verfassung, die Österreicher über den EU-Beitritt, die Briten über ihr Wahlrecht und die Deutschen über gar nichts. Die anderen sind ja nicht alle politisch klüger als die Deutschen.

STANDARD: Im deutschen Grundgesetz ist in Artikel 20 eigentlich ausdrücklich von Abstimmungen die Rede. Es heißt dort in Absatz 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“
Jung: Daran sieht man, dass sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1948/49 für eine gemischte Form ausgesprochen haben. Während die Wahlen dann im Grundgesetz ausführlich geregelt sind, gibt es zu den Abstimmungen aber keine Ausführungen mehr. Die Option – die Bodenplatte, auf der man aufbauen könnte – ist aber schon gelegt worden. Natürlich müsste dazu das Grundgesetz geändert werden. Das geht nur mit Zweidrittelmehrheit, und die ist im Deutschen Bundestag nicht in Sicht.

STANDARD: Welche Vorteile brächte direkte Demokratie auf Bundesebene den Deutschen?
Jung: Viele haben das Gefühl: Ich kann nur alle vier Jahre bei der Bundestagswahl mein Kreuzchen machen, habe aber sonst nichts zu sagen. Das frustriert die Leute, viele gehen dann gleich gar nicht mehr wählen. Umgekehrt glaubt so mancher Politiker, einen Freibrief zu haben, nach dem Motto: Für vier Jahre gewählt, jetzt kann ich schalten und walten, wie ich will. Mehr direkte Demokratie würde Politiker wieder stärker erden. Direkte Demokratie will repräsentative Demokratie nicht abschaffen, sondern verbessern.

STANDARD: Es gibt eine Reihe von Gegenargumenten: dass etwa durch direkte Demokratie die Todesstrafe für Kinderschänder eingeführt werden könnte.
Jung: Das wäre juristisch unmöglich, die ist in Deutschland wie in Österreich abgeschafft. Es geht bei diesem Thema eigentlich um eine andere Sorge: dass nämlich Entscheidungen im Strafrecht unter dem Einfluss von Volkszorn getroffen werden. Daher sollte auch direkte Demokratie als langsames Verfahren organisiert werden. Das ist ja auch die Weisheit der Parlamente, wo stets drei Lesungen stattfinden und wo man Argumente austauscht. Den „kurzen Prozess“ gibt es ja auch nur sprichwörtlich, aber aus guten Gründen nicht in der juristischen Realität.

STANDARD: Man weiß, dass sozial Schwächere die Instrumente der direkten Demokratie kaum nützen.

„Es leuchtet mir nicht ein, warum die Franzosen über den Euro, die Österreicher über den EU-Beitritt, die Briten über ihr Wahlrecht entscheiden dürfen und die Deutschen über gar nichts.“

Jung: Die Beobachtung ist richtig, sie lässt sich aber auch bei Wahlen machen. Auch da ist die Mittelschicht, die sich durch mehr Bildung und mehr Einkommen auszeichnet, aktiver. Gegenfrage: Soll man jene, die sich nicht beteiligen, als Maßstab für Interessierte und Engagierte nehmen? Ich finde, nicht.

STANDARD: Ein weiteres Gegenargument lautet: Viele Themen sind zu komplex, um sie in Volksbegehren und Referenden zu behandeln.
Jung: Dann schauen Sie sich einmal die Parlamente an. Bei der Schlussabstimmung gibt es niemals ein „Ja, aber“. Oder ein „Nein, solange nicht...“. Entschieden wird auch dort letztendlich nur mit Ja oder Nein.

STANDARD: Wo sehen Sie Grenzen direkter Demokratie?

Jung: Ich bin gegen Tabus. Was im Parlament behandelt wird – und seien es Bundesfinanzen –, kann auch durch Volksgesetzgebung behandelt werden. Aber ein Parlament hat noch andere Aufgaben, die ich nicht dem Volk übertragen würde. Es gab im Zuge der Berliner Flughafenaffäre gerade in den Parlamenten von Berlin und Brandenburg Misstrauensanträge gegen die Regierungschefs. So etwas kann man nicht dem Volk übertragen, da es den Regierungschef ja auch nicht direkt wählt.



Otmar Jung (65) ist Dozent im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Der Forschungsschwerpunkt des Juristen und Politologen ist direkte Demokratie in Deutschland. Foto: FU Berlin



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Die Deutschen klauen uns unseren Michael! Verletzter Nationalstolz.

Es gibt doch nichts Schöneres als den Nationalstolz. So arm, alt, krank und von allen guten Geistern verlassen kann man gar nicht sein, als dass man aus der Zugehörigkeit zu Schnitzelland nicht noch ein Quäntchen wohlfeiles Behagen ziehen könnte. Die nationale Gleichsetzungsformel „Mir san mir“ ist logisch unanfechtbar und Balsam für verletzte Seelen. Nationalstolz hat etwas Rührendes, und nur notorische Negativdenker werden das Befremdliche an ihm akzentuieren: dass es in der Gegenwart und mehr noch der Geschichte der Nation genug gegeben hat, auf das man nicht stolz

sein kann. Diese Leute nennt man auch Nestbeschmutzer. Wo immer der Nationalstolz am Wirken ist, da ist das besitzanzeigende Fürwort in der Mehrzahl nicht weit: „Unsere“ Adler! „Unser“ Goldfisch! „Unser“ Stratosphären-Springer! Ich leide da an einer Gefühlsstörung, weil ich weder Toni Sailer noch Annemarie Moser-Pröll noch Felix Baumgartner je als mein Besitztum empfunden habe. Ist wohl ein Mangel an Patriotismus, tut leid. Klassische Objekte der austriazensischen Selbstaufganslung sind die Alpen, die Wiener Philharmoniker und die Sportler, sofern sie denn brav Medaillen

nach Hause bringen. Mit dem Stolz auf Kulturmenschen ist es schwieriger. Kulturmenschen sind oft widerspenstig, überkritisch, unpatriotisch. Momentan ist freilich großer Kulturmenschenstolz im Schwange: Michael Haneke und Christoph Waltz in Oscar-Nähe! Stolz! Stolz! Stolz! Es könnte alles so schön sein, wenn nicht ... ja wenn uns nicht wieder einmal die Bundesdeutschen gewohnt nassforsch in unsere rot-weiß-roten Rücken fallen würden. Seit Wochen „verkaufen deutsche Medien“ das „Star-Duo“ frech als „Ihresgleichen – und wollen uns die Talente ‚klauen‘“ (Kronen Zei-

tung)! Und dies, obwohl Waltz „in Wien geboren“ und Haneke „in Wiener Neustadt aufgewachsen“ ist! Wenn diese Art von Geschichtsklitterung einreißt, werden deutsche Medien demnächst noch behaupten, Hitler sei Österreicher gewesen! Wir Österreicher werden wohl oder übel zu denselben miesen Tricks greifen müssen. Also: Ernst Strasser ist im grenznahen Grieskirchen aufgewachsen, in Wahrheit also eigentlich ein Bayer. Wir nehmen dafür Hape Kerkeling, Thomas Gottschalk und Veronika Ferres. So, deutsche Medien, haben wir nämlich nicht gewettet.



Planung mit Beteiligung aller ist wieder im Kommen, wie etwa das erfolgreich praktizierte Modell der „Ideenwerkstatt“ von nonconform-Architekten zeigt.

Foto: nonconform architektur vor ort

„Werdet politischer, Architekten!“

Albtraum Partizipation: der Architekturpublizist Markus Miessen über falschen Konsens, guten Konflikt und die Rolle der Architekten in der Politik.
Von Maik Novotny

In seinem 2012 erschienenen Buch *Albtraum Partizipation* geißelte der Berliner Architekt und Publizist Markus Miessen die romantische Verklärung der Basisdemokratie und die in technokratischem Geplänkel versandeten Liquid-Democracy-Bemühungen der Piratenpartei. Es müsse eben nicht immer „jede letzte Schnarchnase“ an allem beteiligt sein. Anstatt Verantwortung bequem durch Volksabstimmungen abzuwälzen, gelte es, Mut zum Konflikt zu zeigen – eine Rolle, für die Architekten als Generalisten ohne Lobby prädestiniert seien.

STANDARD: In Ihrem Buch „Albtraum Partizipation“ bezeichnen Sie die Occupy-Bewegung, die Piratenpartei und die arabischen Twitter-Revolutionen als Beginn eines neuen partizipativen Zeitalters. Woher kommt das?

Miessen: Das liegt sicher einerseits an den technischen Möglichkeiten des Internets der letzten 15 Jahre, die inzwischen auch Altersgruppen wie der unserer Eltern den Zugang ermöglicht haben. Andererseits gibt es in westlich geprägten Demokratien ein zunehmendes Interesse an demokratischen Prozessen. Das heißt aber nicht, dass das alles ausschließlich gut ist.

STANDARD: Worin liegt der Albtraum in der Partizipation?

Miessen: Ich stelle nicht das System infrage – ich glaube an das Modell der repräsentativen Demokratie. Aber ich misstraue der Vorstellung der Basisdemokratie als Allheilmittel. Das Thema Partizipation ist in den letzten 15 Jahren sehr oft als Ausrede benutzt worden, um sich der eigenen Verantwortung zu entziehen. Es gab viele nebulöse Partizipationskons-

trukte, bei denen man das diffuse Gefühl hatte, man habe sich einbringen können. Für Politiker ist das perfekt, um sich der Kritik zu entziehen. Im Nachhinein können sie immer sagen: Ihr habt es doch so gewollt!

STANDARD: Wie sieht die Alternative dazu aus?

Miessen: Partizipation ist für mich die Möglichkeit der Selbstermächtigung. Basisdemokratie kann nicht heißen, dass ich abwarte, bis mich jemand zur Teilnahme einlädt. Sondern initiativ zu agieren, auch und gerade in Situationen, in denen man nicht eingeladen ist. Indem man sich in bestehende Diskussionen, in die man nicht involviert ist, aktiv hineindrängt.

STANDARD: Sie werben in Ihrem Buch für eine neue Rolle der Architekten als „uneingeladene Außen-seiter“. Was befähigt die Architekten dazu?

Miessen: Die Architektur ist in der Öffentlichkeit nicht gerade als Hort der Basisdemokratie bekannt. Und ich würde diese Rolle auch nicht exklusiv den Architekten auf den Leib schneiden. Es geht mir mehr darum, als Vertreter der Zivilgesellschaft zu agieren. Man ist als Architekt immer ein Mediator – mit dem Nachteil, dass man immer auf der Suche nach Konsens ist. Ich finde es spannender, wenn man auch bewusst den Konflikt in Kauf nimmt, ohne sich von vornherein auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verständigen. Der Publizist Carson Chan hat für die Rolle des Architekten die schöne Analogie der Hebamme geprägt. Er muss nicht bis in alle Ewigkeit mitreden, sondern durch kurze Intervention eine Idee auf die Welt bringen.

STANDARD: Also ein neues Tätigkeitsfeld für Architekten in Zeiten, in denen es nicht genug Bauaufträge gibt?

Miessen: Ich würde jetzt nicht allen Architekten empfehlen, Partizipationsmodellen hinterherzu-

rennen. Aber mehr Eigeninitiative, mehr Unternehmertum, mehr Forschung wäre wünschenswert, davon gibt es sehr wenig in der Architektur. Innerhalb der Architektenschaft hat sich in den letzten zehn Jahren eine Art Subkultur herauskristallisiert, die sich mit raumpolitischen Fragen auseinandersetzt. Auch die Feuilletons, die sich sonst nur auf Stararchitekten konzentrieren, haben diese Themen zunehmend aufgegriffen.

STANDARD: Die Partizipation in der Architektur hatte eigentlich ihre Hochphase in den 1970er- und 1980er-Jahren. Verkörpern die *Wutbürger von Stuttgart 21* die Renaissance dieser Ära der Bürgerbeteiligung?

Miessen: Mich hat bei dieser Debatte gewundert, dass niemand gesagt hat: Ihr hattet lange genug Zeit mitzubestimmen und habt es nicht getan – Pech gehabt! Ich stehe Stuttgart 21 relativ neutral gegenüber, aber wenn ich vor zehn Jahren dazu eine entschiedene Meinung pro oder contra gehabt hätte, hätte ich mich da eingebracht. Das hat aber damals fast niemand getan. Dazu hätte man auch nicht Architekt sein müssen, das kann auch die Hausfrau oder der Zoodirektor. Jetzt, da es zu spät ist, trifft man sich, polemisch gesagt, protestierend zu

„Ich finde es viel spannender, wenn man bewusst den Konflikt in Kauf nimmt, ohne sich von vornherein auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verständigen.“



Architekt Markus Miessen.

Foto: Paavo Lehtonen

einer Party im Park vor dem Bahnhof, und abends um acht geht man brav wieder zum Spätzleessen nach Hause.

STANDARD: Gibt es bessere Beispiele dafür?

Miessen: Es gibt Ansätze, durch die ganz neue Arten von Architektur entstanden sind, etwa die Baugruppen, die ganz auf Eigeninitiative zurückzuführen sind oder von Architekten initiiert wurden. Das verkörpert eine neue Idee, wie man in der Stadt leben kann – ohne dass man das schreckliche Wort „Vision“ bemühen muss. Wenn man sich eine Stadt wie Berlin oder London anschaut, sind es tatsächlich diese Typologien, die im positiven Sinne die größte Veränderung der letzten Jahre darstellen.

STANDARD: Könnte das ein tragfähiges Modell des Zusammenlebens sein, das zukünftig in breiter Form angewendet wird?

Miessen: Ich glaube schon. Für den Großteil der Architekten ist das heute noch uninteressant, weil man nichts daran verdient. Aber einzelne Vorreiter können hier für ein Thema sensibilisieren, das später von größeren Büros aufgegriffen wird. Auch in den Städten können sich Architekten als politische Akteure einbringen, die Institutionen infiltrieren, in denen die Entscheidungen getroffen werden, welche die Stadt beeinflussen. Architekten denken immer, der gebaute Raum habe massiven Einfluss auf die Stadt. Smart Cities zu planen ist natürlich eine gute Sache, aber es gibt viele weiche Faktoren, die das Leben der Bürger weit mehr beeinflussen.

STANDARD: Welche zum Beispiel?

Miessen: In Berlin wird zurzeit ein Gesetz diskutiert, das es verbietet, Eigentumswohnungen das ganze Jahr als Ferienwohnungen zu vermieten. Diese Praxis nimmt rapide zu, mit Wahnsinnspreisen und der Folge, dass ganze Stadtviertel zu Hotels werden und es kein zivilbürgerliches Leben mehr gibt.

Das ist also eine Möglichkeit des Eingreifens, die an sich nichts mit Architektur zu tun hat, aber enorme Folgen haben kann.

STANDARD: Ihr Starkollege Rem Koolhaas meinte einst, Architekten würden per se als politisch blind angesehen. Müssen Architekten politisch mutiger werden?

Miessen: Das würde ich mir wünschen! Architekten haben zwar oft politisch-moralische Vorstellungen, werfen diese dann aber gerne über Bord, wenn ein Projekt in Gefahr ist. Das ist zwar kein speziell architektonischer Charakterzug, es fällt bei ihnen aber eher auf, weil sie von den Machtstrukturen öffentlich beauftragt werden. Der Bau des Berliner Bundeskanzleramts zum



Beispiel ist die exakt veräumlichte Version von Helmut Kohl! Dessen Architekt muss sich sagen lassen, dass er hier eine ganz bestimmte politische Überzeugung baulich realisiert hat. Gut, vielleicht teilt er ja diese Überzeugung, dann ist es in Ordnung. Kritischer wird es, wenn Architekten in weniger demokratischen Ländern Staatsstrukturen nachbauen.

STANDARD: Architekten sehen sich heute oft als Dienstleister. Sind sie als solche nicht wirtschaftlich viel zu abhängig, um Konflikte mit zu schüren?

Miessen: Ich will niemanden vorverurteilen, nur weil er wirtschaftlich von Aufträgen abhängig ist. Man sollte sich aber dessen bewusst sein, dass jede Entscheidung eine raumpolitische Konsequenz hat. Es dauert nicht nur lange, es dauert auch eine lange Halbwertszeit, die Menschen müssen sehr lange damit leben. Man sollte sich dieser Verantwortung auch bewusst sein.

Markus Miessen, geboren 1978, ist Architekt, Verfasser des 2012 erschienenen Buches „Albtraum Partizipation“ und Professor an der Städelschule in Frankfurt. Er hat Lehraufträge an der University of Southern California und der Haute école d'art et de design Genf.